

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu den Änderungsurkunden vom 18. Oktober 2002 zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion vom 22. Dezember 1992

A. Problem und Ziel

Die Bundesrepublik Deutschland ist Mitglied der Internationalen Fernmeldeunion. Grundlagen sind die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, die auf weltweiter Basis die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Telekommunikation regeln. Auf der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Marrakesch 2002 sind eine Reihe von Änderungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Minneapolis 1998 zuletzt geänderten Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion beschlossen worden. Die in Marrakesch beschlossenen Änderungen sollen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft gesetzt werden.

B. Lösung

Den Änderungen der Konstitution und der Konvention wird durch Vertragsgesetz zugestimmt.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

Die Kosten für den jährlichen Mitgliedsbeitrag werden wie bisher aus den zur Verfügung stehenden Mitteln des Einzelplans 09 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit getragen. Länder und Gemeinden werden nicht mit Kosten belastet.

E. Sonstige Kosten

Keine

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, den 30 September 2004

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Wolfgang Thierse
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu den Änderungsurkunden vom 18. Oktober 2002
zur Konstitution und zur Konvention der internationalen Fernmeldeunion
vom 22. Dezember 1992

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Der Bundesrat hat in seiner 803. Sitzung am 24. September 2004 gemäß Artikel 76
Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf**Gesetz
zu den Änderungsurkunden vom 18. Oktober 2002
zur Konstitution und zur Konvention
der Internationalen Fernmeldeunion vom 22. Dezember 1992****Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Marrakesch am 18. Oktober 2002 unterzeichneten Änderungsurkunden zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, geändert durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998), wird zugestimmt. Die Änderungsurkunden sowie die Erklärungen und Vorbehalte vom 18. Oktober 2002 werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Vollzugsordnungen, die die Konstitution und die Konvention gemäß Artikel 4 Abs. 3 der Konstitution ergänzen, sowie Änderungen zu diesen Vollzugsordnungen, die die weltweiten Funkkonferenzen und die weltweiten Konferenzen für internationale Fernmeldedienste der Internationalen Fernmeldeunion beschließen, in Kraft zu setzen und Regelungen über die Verkündung der Vollzugsordnungen sowie ihrer Änderungen zu treffen.

Artikel 3

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit kann die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion in der geänderten Fassung mit einer amtlichen deutschen Übersetzung in der Neufassung bekannt machen.

Artikel 4

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem die Änderungen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf die Änderungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist erforderlich, da das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit durch Artikel 2 des Gesetzes ermächtigt wird, Rechtsverordnungen abweichend von Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes ohne Zustimmung des Bundesrates zu erlassen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 gibt dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit die Möglichkeit, die Vollzugsordnungen, die die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion vom 22. Dezember 1992 ergänzen, durch Rechtsverordnung in innerstaatliches Recht umzusetzen.

Nach Artikel 13 Abs. 1 und Artikel 25 Abs. 1 der Konstitution können die weltweiten Funkkonferenzen und die weltweiten Konferenzen für internationale Fernmeldedienste die o. a. Vollzugsordnungen teilweise oder vollständig ändern. Ihre Beschlüsse müssen jedoch gemäß Artikel 13 Abs. 4 und Artikel 25 Abs. 2 der Konstitution in jedem Fall den Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion entsprechen. Damit das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit die Möglichkeit erhält, auch eine solche Änderung in gleicher Weise in innerstaatliches Recht umzusetzen, schließt die Ermächtigung diesen Fall ein.

Es ist vorgesehen, dass Rechtsverordnungen zur Inkraftsetzung der Vollzugsordnungen, die die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion ergänzen, nicht der Zustimmung des Bundesrates bedürfen. Denn bei den Vollzugsordnungen handelt es sich um eine nachrangige Rechtsmaterie, deren Inhalt in jedem Fall den Bestimmungen der Konstitution und der Konvention entsprechen muss, denen der Bundesrat im Rahmen dieses Gesetzgebungsverfahrens bereits zugestimmt hat.

Wegen des großen Volumens der in den Vollzugsordnungen enthaltenen technischen und betrieblichen Detailvorschriften und ihrer großen Änderungshäufigkeit erscheint eine anderweitige gesetzliche Regelung im Sinne von Artikel 82 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes bezüglich der Verkündung der Rechtsverordnungen – nämlich der Verzicht auf eine vollständige Verkündung im Bundesgesetzblatt – geboten. Auch dann sind die vollständigen Texte dem Bürger jederzeit zugänglich, da die vorgesehene Rechtsverordnung im Bundesgesetzblatt verkündet wird und in der Rechtsverordnung eine Regelung über die anderweitige Verkündung der betroffenen Vollzugsordnungen enthalten ist.

Zu Artikel 3

Nach Artikel 3 kann das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit die geänderte Fassung in der Neufassung bekannt machen.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Tag an dem die Änderungen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten – der Tag der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde beim Generalsekretär der Internationalen Fernmeldeunion – im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Die Bundesrepublik Deutschland hat nach Artikel 28 der Konstitution einen Beitrag zu den Ausgaben der Internationalen Fernmeldeunion zu leisten. Dieser Beitrag, dessen Höhe von den Ausgaben der Union abhängig ist und der zurzeit

etwa 6 Millionen Euro pro Jahr beträgt, wird aus den zur Verfügung stehenden Mitteln des Einzelplans 09 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit gezahlt. Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Der Gesetzentwurf hat keine Auswirkungen auf Einzelpreise bzw. das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau.

Schlussakten
der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten
(Marrakesch 2002)*)

Änderungsurkunde
zur Konstitution
der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992),
geändert durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994)
und durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998)

Änderungsurkunde
zur Konvention
der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992),
geändert durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994)
und durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998)

Actes finals
de la Conférence de plénipotentiaires
(Marrakech, 2002)

Instrument d'amendement
à la Constitution
de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992)
telle qu'amendée par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994)
et par la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998)

Instrument d'amendement
à la Convention
de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992)
telle qu'amendée par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994)
et par la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998)

*) Aus redaktionellen Gründen wurde die Interpunktion der Schlussakten an die Interpunktion der Änderungsurkunde vom 6. November 1998 (BGBl. 2001 II S. 365) angepasst.

Notes explicatives**Notations marginales utilisées dans les Actes finals**

Les modifications adoptées par la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002) aux textes de la Constitution et de la Convention (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) et par la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998), sont précédées des notations marginales suivantes:

- ADD = adjonction d'une nouvelle disposition
- MOD = modification d'une disposition existante
- (MOD) = modification de forme d'une disposition existante
- SUP = disposition supprimée
- SUP* = disposition déplacée à un autre endroit dans les Actes Finals
- ADD* = disposition existante retirée d'un autre endroit des Actes Finals pour être placée à l'endroit indiqué

Ces notations sont suivies du numéro de la disposition existante. Une nouvelle disposition (symbole ADD) s'insère à l'endroit correspondant au numéro de ladite disposition, suivie d'une lettre.

(Übersetzung)

Erläuterung**Zeichen am Rand der Texte der Schlussakten**

Die Änderungen, die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) im Vergleich zu den von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) geänderten Texten der Konstitution und der Konvention (Genf 1992) angenommen wurden, sind mit den folgenden Zeichen am Rand versehen:

- ADD = Hinzufügung einer neuen Bestimmung
- MOD = Änderung einer vorhandenen Bestimmung
- (MOD) = redaktionelle Änderung einer vorhandenen Bestimmung
- SUP = Streichung einer vorhandenen Bestimmung
- SUP* = Verschiebung einer vorhandenen Bestimmung an eine andere Stelle in den Schlussakten
- ADD* = Hinzufügung einer vorhandenen Bestimmung von einer anderen Stelle der Schlussakten an die angegebene Stelle

Diesen Zeichen folgt die Nummer der vorhandenen Bestimmung. Eine neue Bestimmung (Zeichen ADD) ist an der Stelle eingefügt, die der Nummer der betreffenden Bestimmung entspricht; der Nummer ist ein Buchstabe beigefügt.

(Übersetzung)

Table des matières

Inhaltsverzeichnis

**Instrument d'amendement
à la Constitution de l'Union internationale
des télécommunications (Genève, 1992)
telle qu'amendée par la Conférence
de plénipotentiaires (Kyoto, 1994)
et par la Conférence de pléni-
potentiaires (Minneapolis, 1998)**

**Änderungsurkunde zur Konstitution
der Internationalen Fernmeldeunion
(Genf 1992),
geändert durch die
Konferenz der Regierungsbevoll-
mächtigten (Kioto 1994) und durch
die Konferenz der Regierungsbevoll-
mächtigten (Minneapolis 1998)**

(Amendements adoptés
par la Conférence de plénipotentiaires
(Marrakech, 2002))

(Von der Konferenz der Regierungs-
bevollmächtigten (Marrakesch 2002)
angenommene Änderungen)

Partie I

Teil I

Avant-propos

Vorwort

Chapitre I

Kapitel I

Dispositions de base

Grundlegende Bestimmungen

	Article		Artikel
La Conférence de plénipotentiaires	8	Konferenz der Regierungsbevollmächtigten	8
Principes relatifs aux élections et questions connexes	9	Grundsätze für die Wahlen und damit verbundene Fragen	9
Le Conseil	10	Rat	10
Secrétariat général	11	Generalsekretariat	11
Chapitre II		Kapitel II	
Secteur des radiocommunications		Sektor für das Funkwesen	
Comité du Règlement des radiocommunications	14	Funkregulierungsausschuss	14
Chapitre IVA		Kapitel IVA	
Méthodes de travail des Secteurs		Arbeitsweise der Sektoren	
Chapitre V		Kapitel V	
Autres dispositions relatives au fonctionnement de l'Union		Weitere Bestimmungen über die Arbeitsweise der Union	
Finances de l'Union	28	Finanzen der Union	28
Règles générales régissant les conférences, assemblées et réunions de l'Union	32	Geschäftsordnung der Konferenzen, Versammlungen und Tagungen der Union	32
Chapitre VII		Kapitel VII	
Dispositions spéciales relatives aux radiocommunications		Besondere Bestimmungen über den Funkdienst	
Utilisation du spectre des fréquences radioélectriques ainsi que de l'orbite des satellites géostationnaires et d'autres orbites	44	Nutzung des Funkfrequenzspektrums sowie der Umlaufbahn der geostationären Satelliten und anderer Umlaufbahnen	44
Chapitre VIII		Kapitel VIII	
Relations avec l'Organisation des Nations Unies, les autres organisations internationales et les Etats non-Membres		Beziehungen zur Organisation der Vereinten Nationen, zu anderen internationalen Organisationen und zu Nichtmitgliedstaaten	
Relations avec les autres organisations internationales	50	Beziehungen zu anderen internationalen Organisationen	50
Chapitre IX		Kapitel IX	
Dispositions finales		Schlussbestimmungen	
Dispositions pour amender la présente Constitution	55	Bestimmungen zur Änderung dieser Konstitution	55
Entrée en vigueur et questions connexes	58	Inkrafttreten und damit verbundene Fragen	58

Partie II

Teil II

Date d'entrée en vigueur

Zeitpunkt des Inkrafttretens

Formule finale

Schlussformel

Signatures

Unterschriften

**Instrument d'amendement
à la Convention de l'Union internationale
des télécommunications (Genève, 1992)
telle qu'amendée par la Conférence
de plénipotentiaires (Kyoto, 1994)
et par la Conférence de pléni-
potentiaires (Minneapolis, 1998)**

(Amendements adoptés
par la Conférence de plénipotentiaires
(Marrakech, 2002))

**Änderungsurkunde zur Konvention
der Internationalen Fernmeldeunion
(Genf 1992), geändert durch die
Konferenz der Regierungsbevoll-
mächtigten (Kioto 1994) und durch
die Konferenz der Regierungsbe-
vollmächtigten (Minneapolis 1998)**

(Von der Konferenz der Regierungs-
bevollmächtigten (Marrakesch 2002)
angenommene Änderungen)

**Partie I
Avant-propos**

**Chapitre I
Fonctionnement de l'Union**

	Article
Elections et questions connexes	2
Autres conférences et assemblées	3
Le Conseil	4
Secrétariat général	5
Comité de coordination	6
Assemblée des radiocommunications	8
Comité du Règlement des radiocommunications	10
Groupe consultatif des radiocommunications	11A
Bureau des radiocommunications	12
Assemblée mondiale de normalisation des télécommunications	13
Groupe consultatif de la normalisation des télécommunications	14A
Bureau de la normalisation des télécommunications	15
Conférences de développement des télécommunications	16
Groupe consultatif pour le développement des télécommunications	17A
Bureau de développement des télécommunications	18

**Chapitre II
Dispositions particulières concer-
nant les conférences et les assemblées**

Admission aux Conférences de plénipotentiaires	23
Admission aux conférences des radiocommunications	24
Admission aux assemblées des radiocommunications, aux assemblées mondiales de normalisation des télécommunications et aux conférences de développement des télécommunications	25
Procédure de convocation ou d'annulation de conférences ou d'assemblées mondiales à la demande d'Etats Membres ou sur proposition du Conseil	26
Procédure de convocation de conférences régionales à la demande d'Etats Membres ou sur proposition du Conseil	27
Dispositions relatives aux conférences et aux assemblées qui se réunissent sans gouvernement invitant	28
Changement du lieu ou des dates d'une conférence ou d'une assemblée	29
Délais et modalités de présentation des propositions et des rapports aux conférences	30
Pouvoirs aux conférences	31

**Chapitre III
Règlement intérieur**

Règles générales régissant les conférences, assemblées et réunions de l'Union	32
---	----

**Teil I
Vorwort**

**Kapitel I
Arbeitsweise der Union**

	Artikel
Wahlen und damit verbundene Fragen	2
Andere Konferenzen und Versammlungen	3
Rat	4
Generalsekretariat	5
Koordinierungsausschuss	6
Funkversammlung	8
Funkregulierungsausschuss	10
Beratende Gruppe für das Funkwesen	11A
Büro für das Funkwesen	12
Weltweite Versammlung für die Standardisierung im Fernmeldewesen	13
Beratende Gruppe für die Standardisierung im Fernmeldewesen	14A
Büro für die Standardisierung im Fernmeldewesen	15
Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens	16
Beratende Gruppe für die Entwicklung des Fernmeldewesens	17A
Büro für die Entwicklung des Fernmeldewesens	18

**Kapitel II
Besondere Bestimmungen für
die Konferenzen und Versammlungen**

Zulassung zu den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten	23
Zulassung zu den Funkkonferenzen	24
Zulassung zu den Funkversammlungen, den weltweiten Versammlungen für die Standardisierung im Fernmeldewesen und den Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens	25
Verfahren für die Einberufung oder Streichung von weltweiten Konferenzen oder Versammlungen auf Antrag von Mitgliedstaaten oder auf Vorschlag des Rates	26
Verfahren für die Einberufung regionaler Konferenzen auf Antrag von Mitgliedstaaten oder auf Vorschlag des Rates	27
Bestimmungen für Konferenzen und Versammlungen, die zusammentreten, ohne dass eine Regierung einlädt	28
Änderung des Ortes oder des Zeitpunkts einer Konferenz oder Versammlung	29
Fristen und Verfahren für die Vorlage von Vorschlägen und Berichten für die Konferenzen	30
Vollmachten bei den Konferenzen	31

**Kapitel III
Geschäftsordnung**

Geschäftsordnung der Konferenzen, Versammlungen und Tagungen der Union	32
--	----

Chapitre IV		Kapitel IV	
Autres dispositions		Andere Bestimmungen	
Finances	33	Finanzen	33
Chapitre VI		Kapitel VI	
Arbitrage et amendement		Schiedsgerichtsbarkeit und Änderung der Konvention	
Dispositions pour amender la présente Convention	42	Bestimmungen zur Änderung der Konvention	42
Partie II		Teil II	
Date d'entrée en vigueur		Zeitpunkt des Inkrafttretens	
Formule finale		Schlussformel	
Signatures		Unterschriften	
Déclarations et Réserves		Erklärungen und Vorbehalte	
Algérie (République algérienne démocratique et populaire) (27, 52)		Demokratische Volksrepublik Algerien (27, 52)	
Allemagne (République fédérale d') (48, 53, 67, 101)		Bundesrepublik Deutschland (48, 53, 67, 101)	
Arabie saoudite (Royaume d') (9, 27, 52)		Königreich Saudi-Arabien (9, 27, 52)	
Argentine (République) (107)		Argentinische Republik (107)	
Arménie (République d') (59)		Republik Armenien (59)	
Australie (57, 101)		Australien (57, 101)	
Autriche (40, 48, 101)		Österreich (40, 48, 101)	
Azerbaïdjanaise (République) (67, 69, 101)		Republik Aserbaidschan (67, 69, 101)	
Bahreïn (Royaume de) (27)		Königreich Bahrain (27)	
Bangladesh (République populaire du) (26)		Volksrepublik Bangladesch (26)	
Bélarus (République du) (59)		Republik Belarus (59)	
Belgique (40, 48, 101)		Belgien (40, 48, 101)	
Bénin (République du) (32)		Republik Benin (32)	
Bhoutan (Royaume du) (86)		Königreich Bhutan (86)	
Botswana (République du) (65)		Republik Botsuana (65)	
Brésil (République fédérative du) (61)		Föderative Republik Brasilien (61)	
Brunéi Darussalam (20)		Brunei Darussalam (20)	
Bulgarie (République de) (4)		Republik Bulgarien (4)	
Burkina Faso (33)		Burkina Faso (33)	
Burundi (République du) (37)		Republik Burundi (37)	
Cameroun (République du) (89)		Republik Kamerun (89)	
Canada (38, 101)		Kanada (38, 101)	
Centrafricaine (République) (13)		Zentralafrikanische Republik (13)	
Chili (100)		Chile (100)	
Chine (République populaire de) (21)		Volksrepublik China (21)	
Chypre (République de) (12, 47)		Republik Zypern (12, 47)	
Colombie (République de) (45)		Republik Kolumbien (45)	
Corée (République de) (58)		Republik Korea (58)	
Costa Rica (28)		Costa Rica (28)	
Cuba (72)		Kuba (72)	
Danemark (48, 67, 101)		Dänemark (48, 67, 101)	
Dominicaine (République) (77)		Dominikanische Republik (77)	
Egypte (République arabe d') (36, 52)		Arabische Republik Ägypten (36, 52)	
El Salvador (République d') (8)		Republik El Salvador (8)	
Emirats arabes unis (27)		Vereinigte Arabische Emirate (27)	
Equateur (94)		Ecuador (94)	
Espagne (48, 66)		Spanien (48, 66)	
Estonie (République d') (43, 47, 67)		Republik Estland (43, 47, 67)	
Etats-Unis d'Amérique (70, 71, 79, 80, 101)		Vereinigte Staaten von Amerika (70, 71, 79, 80, 101)	
Ethiopie (République fédérale démocratique d') (83)		Demokratische Bundesrepublik Äthiopien (83)	
Finlande (48, 67, 101)		Finnland (48, 67, 101)	
France (22, 48, 67, 101)		Frankreich (22, 48, 67, 101)	

Gabonaise (République) (60)	Gabunische Republik (60)
Ghana (109)	Ghana (109)
Grèce (14, 48)	Griechenland (14, 48)
Guatemala (République du) (34)	Republik Guatemala (34)
Guinée (République de) (5)	Republik Guinea (5)
Haïti (République d') (110)	Republik Haiti (110)
Hongrie (République de) (47, 67, 101)	Republik Ungarn (47, 67, 101)
Inde (République de l') (29)	Republik Indien (29)
Indonésie (République d') (7)	Republik Indonesien (7)
Iran (République islamique d') (27, 52, 64)	Islamische Republik Iran (27, 52, 64)
Irlande (48, 67, 101)	Irland (48, 67, 101)
Islande (23, 24, 101)	Island (23, 24, 101)
Israël (Etat d') (62, 90)	Staat Israel (62, 90)
Italie (48, 67)	Italien (48, 67)
Japon (55, 101)	Japan (55, 101)
Jordanie (Royaume hachémite de) (41, 52)	Haschemitisches Königreich Jordanien (41, 52)
Kenya (République du) (74)	Republik Kenia (74)
Koweït (Etat du) (27, 52, 103)	Staat Kuwait (27, 52, 103)
Lesotho (Royaume du) (15)	Königreich Lesotho (15)
Lettonie (République de) (43, 47, 67, 101)	Republik Lettland (43, 47, 67, 101)
Libye (Jamahiriya arabe libyenne populaire et socialiste) (27, 99)	Sozialistische Libysch-Arabisches Volks-Dschamahirija (27, 99)
Liechtenstein (Principauté de) (23, 24, 101)	Fürstentum Liechtenstein (23, 24, 101)
Lituanie (République de) (43, 47)	Republik Litauen (43, 47)
Luxembourg (40, 48, 101)	Luxemburg (40, 48, 101)
Malaisie (27, 30)	Malaysia (27, 30)
Malawi (76)	Malawi (76)
Mali (République du) (73, 97)	Republik Mali (73, 97)
Malte (47, 56, 67, 101)	Malta (47, 56, 67, 101)
Maroc (Royaume du) (52)	Königreich Marokko (52)
Marshall (République des Iles) (81)	Republik Marshallinseln (81)
Mexique (51)	Mexiko (51)
Micronésie (Etats fédérés de) (78)	Föderierte Staaten von Mikronesien (78)
Moldova (République de) (59)	Republik Moldau (59)
Mongolie (19)	Mongolei (19)
Mozambique (République du) (63)	Republik Mosambik (63)
Myanmar (Union de) (42)	Union Myanmar (42)
Népal (1)	Nepal (1)
Niger (République du) (105)	Republik Niger (105)
Nigéria (République fédérale du) (93)	Bundesrepublik Nigeria (93)
Norvège (23, 24, 101)	Norwegen (23, 24, 101)
Nouvelle-Zélande (46, 101)	Neuseeland (46, 101)
Oman (Sultanat d') (27)	Sultanat Oman (27)
Ouganda (République de l') (95)	Republik Uganda (95)
Ouzbékistan (République d') (59)	Republik Usbekistan (59)
Pakistan (République islamique du) (17, 27)	Islamische Republik Pakistan (17, 27)
Papouasie-Nouvelle-Guinée (87)	Papua-Neuguinea (87)
Paraguay (République du) (96)	Republik Paraguay (96)
Pays-Bas (Royaume des) (48, 67)	Königreich der Niederlande (48, 67)
Philippines (République des) (2)	Republik der Philippinen (2)
Pologne (République de) (16, 47)	Republik Polen (16, 47)
Portugal (48, 67, 101, 104)	Portugal (48, 67, 101, 104)
Qatar (Etat du) (27, 52, 106)	Staat Katar (27, 52, 106)
République arabe syrienne (10, 27)	Arabische Republik Syrien (10, 27)
République kirghize (59)	Kirgisische Republik (59)
République slovaque (47, 49, 67, 101)	Slowakische Republik (47, 49, 67, 101)
République tchèque (47, 50, 67, 101)	Tschechische Republik (47, 50, 67, 101)
Roumanie (47, 88, 101)	Rumänien (47, 88, 101)
Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord (48, 67, 101)	Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland (48, 67, 101)
Russie (Fédération de) (59)	Russische Föderation (59)

Saint-Marin (République de) (3)	Republik San Marino (3)
Sao Tomé-et-Príncipe (République démocratique de) (102)	Demokratische Republik São Tomé und Príncipe (102)
Sénégal (République du) (84)	Republik Senegal (84)
Singapour (République de) (18)	Republik Singapur (18)
Sri Lanka (République socialiste démocratique de) (85)	Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka (85)
Sudafricaine (République) (75)	Republik Südafrika (75)
Suède (48, 67, 101)	Schweden (48, 67, 101)
Suisse (Confédération) (67, 101)	Schweizerische Eidgenossenschaft (67, 101)
Swaziland (Royaume du) (44)	Königreich Swasiland (44)
Tanzanie (République-Unie de) (92)	Vereinigte Republik Tansania (92)
Thaïlande (25)	Thailand (25)
Togolaise (République) (108)	Republik Togo (108)
Tonga (Royaume des) (54)	Königreich Tonga (54)
Tunisie (27, 39)	Tunesien (27, 39)
Turquie (47, 67, 68, 98, 101)	Türkei (47, 67, 68, 98, 101)
Ukraine (59)	Ukraine (59)
Uruguay (République orientale de l') (6)	Republik Östlich des Uruguay (6)
Venezuela (République bolivarienne du) (35)	Bolivarische Republik Venezuela (35)
Viet Nam (République socialiste du) (82)	Sozialistische Republik Vietnam (82)
Yémen (République du) (11, 27, 52)	Republik Jemen (11, 27, 52)
Zambie (République de) (31)	Republik Sambia (31)
Zimbabwe (République du) (91)	Republik Simbabwe (91)

Änderungsurkunde
der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion*)
(Genf 1992)

geändert durch
die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und
die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998)

(Von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten
(Marrakesch 2002) angenommene Änderungen)

Instrument d'amendement
à la Constitution
de l'Union internationale des télécommunications*)
(Genève, 1992)

telle qu'amendée par
la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) et par
la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998)

(Amendements adoptés par
la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002))

(Übersetzung)

Partie I
Avant-propos

En vertu et en application des dispositions pertinentes de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telle qu'amendée par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) et par la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998), et notamment des dispositions de son article 55, la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002) a adopté les amendements ci-après à la Constitution précitée:

Teil I
Vorwort

Auf der Grundlage und in Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in der von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und (Minneapolis 1998) geänderten Form, und insbesondere der Bestimmungen des Artikels 55, hat die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) die nachstehenden Änderungen der vorgenannten Konstitution beschlossen:

*) Conformément à la Résolution 70 (Rév. Marrakech, 2002) de la Conférence de plénipotentiaires, relative à l'intégration du principe de l'égalité entre les femmes et les hommes à l'UIT, les instruments fondamentaux de l'Union (Constitution et Convention) doivent être considérés comme rédigés dans un langage neutre.

*) Gemäß der EntschlieÙung Nr. 70 (Rev. Marrakesch 2002) der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten zur Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei der ITU gelten die Grundsatzdokumente der Union (Konstitution und Konvention) als in einer geschlechtsneutralen Sprache abgefasst.

Chapitre I
Dispositions de base

Article 8

La Conférence de plénipotentiaires

- MOD 51
PP-98** c) compte tenu des décisions prises sur la base des rapports mentionnés au numéro 50 ci-dessus, établit le plan stratégique pour l'Union ainsi que les bases du budget de l'Union et fixe les limites financières correspondantes pour la période allant jusqu'à la Conférence de plénipotentiaires suivante, après avoir examiné tous les aspects pertinents de l'activité de l'Union durant cette période;
- MOD 58A
PP-98** j^{bis}) adopte et amende les Règles générales régissant les conférences, assemblées et réunions de l'Union;

Article 9

Principes relatifs aux élections et questions connexes

- (MOD) 61** a) les Etats Membres du Conseil soient élus compte dûment tenu de la nécessité d'une répartition équitable des sièges du Conseil entre toutes les régions du monde;
- MOD 62
PP-94
PP-98** b) le Secrétaire général, le Vice-Secrétaire général et les Directeurs des Bureaux soient élus parmi les candidats proposés par les Etats Membres en tant que leurs ressortissants, qu'ils soient tous ressortissants d'Etats Membres différents et que, lors de leur élection, il soit dûment tenu compte d'une répartition géographique équitable entre les régions du monde; il faudrait en outre tenir dûment compte des principes énoncés au numéro 154 de la présente Constitution;
- MOD 63
PP-94
PP-98** c) les membres du Comité du Règlement des radiocommunications soient élus à titre individuel et choisis parmi les candidats proposés par les Etats Membres en tant que leurs ressortissants. Chaque Etat Membre ne peut proposer qu'un seul candidat. Les membres du Comité du Règlement des radiocommunications ne doivent pas être des ressortissants du même Etat Membre que le Directeur du Bureau des radiocommunications; pour leur élection, il conviendrait de tenir dûment compte du principe d'une répartition géographique équitable entre les régions du monde et des principes énoncés au numéro 93 de la présente Constitution.

Kapitel 1
Grundlegende Bestimmungen

Artikel 8

Konferenz der Regierungsbevollmächtigten

- MOD 51
PP-98** c) erstellt unter Berücksichtigung der Beschlüsse, die aufgrund der in Nummer 50 genannten Berichte gefasst wurden, den strategischen Plan der Union sowie die Grundlagen für das Budget der Union und bestimmt auch den entsprechenden finanziellen Rahmen für die Zeit bis zur nächsten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten, nachdem sie alle maßgeblichen Gesichtspunkte der Tätigkeit der Union während dieser Zeit geprüft hat;
- MOD 58A
PP-98** j^{bis}) nimmt die Geschäftsordnung der Konferenzen, Versammlungen und Tagungen der Union sowie deren Änderungen an;

Artikel 9

Grundsätze für die Wahlen und damit verbundene Fragen

- (MOD) 61** a) dass die Mitgliedstaaten des Rates unter gebührender Berücksichtigung der Notwendigkeit einer ausgewogenen Verteilung der Sitze des Rates auf alle Regionen der Welt gewählt werden;
- MOD 62
PP-94
PP-98** b) dass der Generalsekretär, der stellvertretende Generalsekretär und die Direktoren der Büros aus dem Kreis der von den Mitgliedstaaten als Staatsangehörige ihres Landes vorgeschlagene Kandidaten gewählt werden, dass sie Staatsangehörige verschiedener Mitgliedstaaten sind und dass bei ihrer Wahl eine ausgewogene geographische Verteilung auf die Regionen der Welt gebührend berücksichtigt wird; darüber hinaus sollten die in Nummer 154 dieser Konstitution dargelegten Grundsätze gebührend berücksichtigt werden;
- MOD 63
PP-94
PP-98** c) dass die Mitglieder des Funkregulierungsausschusses aufgrund ihrer persönlichen Qualifikation und aus dem Kreise der von den Mitgliedstaaten als Staatsangehörige ihres Landes vorgeschlagenen Kandidaten gewählt werden. Jeder Mitgliedstaat darf nur einen einzigen Kandidaten vorschlagen. Die Mitglieder des Funkregulierungsausschusses dürfen nicht dieselbe Staatsangehörigkeit besitzen wie der Direktor des Funkbüros; bei ihrer Wahl sind der Grundsatz einer ausgewogenen geographischen Verteilung auf die Regionen der Welt sowie die Grundsätze aus Nummer 93 dieser Konstitution gebührend zu berücksichtigen.

MOD 64	2. Les dispositions relatives à l'entrée en fonctions, aux vacances de poste et à la rééligibilité figurent dans la Convention.	2. Die Bestimmungen über den Amtsantritt, die freien Stellen und die Wiederwählbarkeit sind in der Konvention enthalten.	MOD 64
	Article 10 Le Conseil	Artikel 10 Rat	
(MOD) 66	(2) Chaque Etat Membre du Conseil désigne pour siéger au Conseil une personne qui peut être assistée d'un ou plusieurs assesseurs.	(2) Jeder Mitgliedstaat des Rates ernannt zur Wahrnehmung des Sitzes im Rat eine Person, die von einem oder mehreren Beratern unterstützt werden kann.	(MOD) 66
SUP* 67			SUP* 67
MOD 70 PP-98	(2) Le Conseil examine les grandes questions de politique des télécommunications conformément aux directives générales de la Conférence de plénipotentiaires, afin que les orientations politiques et la stratégie de l'Union soient parfaitement adaptées à l'évolution de l'environnement des télécommunications.	(2) Der Rat befasst sich unter Einhaltung der allgemeinen Richtlinien der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten mit den wichtigen Fragen der Telekommunikationspolitik, um sicherzustellen, dass Politik und Strategie der Union dem sich wandelnden Telekommunikationsumfeld in jeder Hinsicht angepasst sind.	MOD 70 PP-98
ADD 70A	(2 ^{bis}) Le Conseil établit un rapport sur la politique et sur la planification stratégique recommandées pour l'Union ainsi que sur leurs répercussions financières, en utilisant les données concrètes préparées par le Secrétaire général en application du numéro 74A ci-dessous.	(2 ^{bis}) Der Rat erstellt einen Bericht über seine Empfehlungen für die Politik und die strategische Planung der Union und deren finanzielle Auswirkungen; zu diesem Zweck bedient er sich der nach Nummer 74A vom Generalsekretär vorbereiteten Unterlagen.	ADD 70A
	Article 11 Secrétariat général	Artikel 11 Generalsekretariat	
MOD 74A PP-98	b) prépare, avec l'assistance du Comité de coordination, et fournit aux Etats Membres et aux Membres des Secteurs les données concrètes éventuellement nécessaires à l'élaboration d'un rapport sur la politique et sur le plan stratégique de l'Union et coordonne la mise en œuvre dudit plan; ce rapport est communiqué aux Etats Membres et aux Membres des Secteurs, pour examen, au cours des deux dernières sessions ordinaires du Conseil qui précèdent la Conférence de plénipotentiaires;	b) prépare mit Unterstützung des Koordinierungsausschusses die für die Erarbeitung eines Berichts über die Politik und die strategische Planung der Union gegebenenfalls erforderlichen Unterlagen vor, stellt diese den Mitgliedstaaten und den Sektormitgliedern zur Verfügung und koordiniert die Umsetzung der Planung; dieser Bericht wird während der beiden letzten, ordentlichen Ratstagungen vor der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten den Mitgliedstaaten und Sektormitgliedern zur Prüfung zugeleitet;	MOD 74A PP-98
	Chapitre II Secteur des radiocommunications	Kapitel II Sektor für das Funkwesen	
	Article 14 Comité du Règlement des radiocommunications	Artikel 14 Funkregulierungsausschuss	
MOD 95 PP-98	a) à approuver des règles de procédure, qui comportent des critères techniques, conformes au Règlement des radiocommunications et aux décisions des conférences des radiocommunications compétentes. Ces règles de procédure sont utilisées par le Directeur et le Bureau dans l'application du Règlement des radiocommunications pour enregistrer les assignations de fréquences faites par les Etats Membres. Ces règles sont élaborées	a) er genehmigt Verfahrensregeln, die technische Kriterien einschließen, wobei er sich an die Vollzugsordnung für den Funkdienst und die Beschlüsse der zuständigen Funkkonferenzen hält. Der Direktor und das Büro legen diese Verfahrensregeln bei der Anwendung der Vollzugsordnung zugrunde, wenn sie die von den Mitgliedstaaten vorgenommenen Frequenzuteilungen registrieren. Die Regeln werden unter Bedingungen der Transparenz	MOD 95 PP-98

d'une manière transparente et peuvent faire l'objet de commentaires de la part des administrations et, en cas de désaccord persistant, la question est soumise à la conférence mondiale des radiocommunications suivante;

erstellt, und die Verwaltungen können Stellungnahmen dazu abgeben und im Falle anhaltender Meinungsverschiedenheiten ist die Frage der nächsten weltweiten Funkkonferenz vorzulegen;

ADD	Chapitre IVA	Kapitel IVA	ADD
ADD	Méthodes de travail des Secteurs	Arbeitsweise der Sektoren	ADD
ADD 145A	L'assemblée des radiocommunications, l'assemblée mondiale de normalisation des télécommunications et la conférence mondiale de développement des télécommunications peuvent établir et adopter des méthodes de travail et procédures applicables à la gestion des activités de leur Secteur respectif. Ces méthodes de travail et procédures doivent être conformes à la présente Constitution, à la Convention et aux règlements administratifs, et en particulier aux numéros 246D à 246H de la Convention.	Die Funkversammlung, die weltweite Versammlung für die Normung im Fernmeldewesen und die weltweite Konferenz für die Entwicklung des Fernmeldewesens können für die Abwicklung der Arbeiten in ihrem jeweiligen Sektor entsprechende Arbeitsweisen und Verfahren ausarbeiten und verabschieden. Diese Arbeitsweisen und Verfahren müssen mit der Konstitution, der Konvention und den Verwaltungsverordnungen, insbesondere den Nummern 246D bis 246H der Konvention, in Einklang stehen.	ADD 145A
	Chapitre V	Kapitel V	
	Autres dispositions relatives au fonctionnement de l'Union	Weitere Bestimmungen über die Arbeitsweise der Union	
	Article 28	Artikel 28	
	Finances de l'Union	Finanzen der Union	
MOD 159D PP-98	2 ^{ter} Les dépenses des conférences régionales visées au numéro 43 de la présente Constitution sont à la charge:	2 ^{ter} Die Ausgaben für die in Nummer 43 dieser Konstitution genannten regionalen Konferenzen werden getragen:	MOD 159D PP-98
ADD 159E	a) de tous les Etats Membres de la région concernée, selon leur classe de contribution;	a) von allen Mitgliedstaaten der betreffenden Region entsprechend ihrer Beitragsklasse;	ADD 159E
ADD 159F	b) des Etats Membres d'autres régions qui ont participé à de telles conférences, selon leur classe de contribution;	b) von den an diesen Konferenzen teilnehmenden Mitgliedstaaten anderer Regionen entsprechend ihrer Beitragsklasse;	ADD 159F
ADD 159G	c) des Membres des Secteurs et d'autres organisations autorisés qui ont participé à de telles conférences, conformément aux dispositions de la Convention.	c) von den an diesen Konferenzen teilnehmenden zugelassenen Sektormitgliedern und anderen zugelassenen Organisationen nach Maßgabe der Bestimmungen der Konvention.	ADD 159G
MOD 161E PP-02	(4) Compte tenu du projet de plan financier tel que révisé, la Conférence de plénipotentiaires détermine dès que possible la limite supérieure définitive du montant de l'unité contributive et fixe la date, qui doit être un jour de l'avant-dernière semaine de la Conférence de plénipotentiaires, à laquelle les Etats Membres, sur l'invitation du Secrétaire général, doivent avoir annoncé la classe de contribution qu'ils ont définitivement choisie.	(4) Unter Berücksichtigung des revidierten Entwurfs des Finanzplans legt die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten so rasch wie möglich die endgültige Obergrenze für die Höhe der Beitragseinheit fest und bestimmt ein innerhalb der vorletzten Woche der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten gelegenes Datum, bis zu dem die Mitgliedstaaten nach Aufforderung durch den Generalsekretär die von ihnen endgültig gewählte Beitragsklasse bekannt geben müssen.	MOD 161E PP-02

Article 32**MOD Règles générales régissant les conférences, assemblées et réunions de l'Union**

MOD 177 PP-98 1. Les Règles générales régissant les conférences, assemblées et réunions de l'Union adoptées par la Conférence de plénipotentiaires s'appliquent à la préparation des conférences et assemblées, à l'organisation des travaux et à la conduite des débats des conférences, assemblées et réunions de l'Union ainsi qu'à l'élection des Etats Membres du Conseil, du Secrétaire général, du Vice-Secrétaire général, des Directeurs des Bureaux des Secteurs et des membres du Comité du Règlement des radiocommunications.

MOD 178 PP-98 2. Les conférences, les assemblées et le Conseil peuvent adopter les règles qu'ils jugent indispensables en complément de celles du chapitre II des Règles générales régissant les conférences, assemblées et réunions de l'Union. Toutefois, ces règles complémentaires doivent être compatibles avec les dispositions de la présente Constitution, de la Convention et du chapitre II susmentionné; s'il s'agit de règles complémentaires adoptées par des conférences ou des assemblées, elles sont publiées comme documents de ces dernières.

Chapitre VII

Dispositions spéciales relatives aux radiocommunications

Article 44**Utilisation du spectre des fréquences radioélectriques ainsi que de l'orbite des satellites géostationnaires et d'autres orbites**

(MOD) 195 1. Les Etats Membres s'efforcent de limiter le nombre de fréquences et l'étendue du spectre utilisé au minimum indispensable pour assurer de manière satisfaisante le fonctionnement des services nécessaires. A cette fin, ils s'efforcent d'appliquer dans les moindres délais les derniers perfectionnements de la technique.

Chapitre VIII

Relations avec l'Organisation des Nations Unies, les autres organisations internationales et les Etats non-Membres

Article 50**Relations avec les autres organisations internationales**

MOD 206 Afin d'aider à la réalisation d'une entière coordination internationale dans le domaine des télécommunications, l'Union

Artikel 32**MOD Geschäftsordnung der Konferenzen, Versammlungen und Tagungen der Union**

MOD 177 PP-98 1. Die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten angenommene Geschäftsordnung der Konferenzen, Versammlungen und Tagungen der Union gelten für die Vorbereitung von Konferenzen und Versammlungen, für die Organisation der Arbeiten und die Leitung der Beratungen bei den Konferenzen, Versammlungen und Sitzungen der Union sowie für die Wahl der Ratsmitgliedstaaten, des Generalsekretärs, des stellvertretenden Generalsekretärs, der Direktoren der Büros der Sektoren und der Mitglieder des Funkregulierungsausschusses.

MOD 178 PP-98 2. Die Konferenzen, die Versammlungen und der Rat können die Vorschriften annehmen, die sie als Ergänzung zu den Vorschriften aus Kapitel II der Geschäftsordnung der Konferenzen, Versammlungen und Tagungen der Union für erforderlich halten. Diese ergänzenden Vorschriften müssen jedoch mit den Bestimmungen dieser Konstitution, der Konvention und denen aus Kapitel II vereinbar sein; werden diese ergänzenden Vorschriften von den Konferenzen oder den Versammlungen angenommen, so werden sie als Dokument dieser Konferenzen oder Versammlungen veröffentlicht.

Kapitel VII

Besondere Bestimmungen über den Funkdienst

Artikel 44**Nutzung des Funkfrequenzspektrums sowie der Umlaufbahn der geostationären Satelliten und anderer Umlaufbahnen**

(MOD) 195 1. Die Mitgliedstaaten bemühen sich, die Zahl der benutzten Frequenzen und den Umfang des benutzten Frequenzspektrums so weit zu beschränken, wie es für die zufrieden stellende Wahrnehmung der erforderlichen Dienste unerlässlich ist. Zu diesem Zweck bemühen sie sich, die neuesten technischen Errungenschaften unverzüglich anzuwenden.

Kapitel VIII

Beziehungen zur Organisation der Vereinten Nationen, zu anderen internationalen Organisationen und zu Nichtmitgliedstaaten

Artikel 50**Beziehungen zu anderen internationalen Organisationen**

MOD 206 Um auf internationaler Ebene zu einer vollständigen Koordinierung auf dem Gebiet des Fernmeldewesen beizutragen,

devrait collaborer avec les organisations internationales qui ont des intérêts et des activités connexes.

sollte die Union mit denjenigen internationalen Organisationen zusammenarbeiten, die gleichartige Interessen und Tätigkeitsbereiche haben.

Chapitre IX Dispositions finales

Article 55

Dispositions pour amender la présente Constitution

**MOD 224
PP-98**

1. Tout Etat Membre peut proposer tout amendement à la présente Constitution. Une telle proposition doit, pour pouvoir être transmise à tous les Etats Membres et être examinée par eux en temps utile, parvenir au Secrétaire général au plus tard huit mois avant la date d'ouverture fixée pour la Conférence de plénipotentiaires. Le Secrétaire général publie une telle proposition, aussitôt que possible et au plus tard six mois avant cette dernière date, pour informer tous les Etats Membres.

**MOD 228
PP-98**

5. Les Règles générales régissant les conférences, assemblées et réunions de l'Union s'appliquent, à moins que les paragraphes précédents du présent article, qui prévalent, n'en disposent autrement.

Article 58

Entrée en vigueur et questions connexes

MOD 238

1. La présente Constitution et la Convention, adoptées par la Conférence de plénipotentiaires additionnelle (Genève, 1992), entreront en vigueur le 1^{er} juillet 1994 entre les Etats Membres qui auront déposé avant cette date leur instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

Partie II

Date d'entrée en vigueur

Les amendements contenus dans le présent instrument entreront en vigueur, dans leur totalité et sous la forme d'un seul instrument, le 1^{er} janvier 2004 entre les Etats Membres qui seront alors parties à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et qui auront déposé avant cette date leur instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation du présent instrument ou d'adhésion à celui-ci.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires soussignés ont signé l'original du présent instrument d'amendement à la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telle qu'amendée par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) et par la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998).

Fait à Marrakech, le 18 octobre 2002

Kapitel IX Schlussbestimmungen

Artikel 55

Bestimmungen zur Änderung dieser Konstitution

**MOD 224
PP-98**

1. Jeder Mitgliedstaat kann Änderungsvorschläge zu dieser Konstitution einreichen. Ein solcher Vorschlag muss, damit er allen Mitgliedstaaten rechtzeitig zur Prüfung übermittelt werden kann, spätestens acht Monate vor dem für die Eröffnung der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten vorgesehenen Zeitpunkt beim Generalsekretär eingehen. Der Generalsekretär veröffentlicht einen solchen Vorschlag so bald wie möglich, jedoch spätestens sechs Monate vor dem oben genannten Zeitpunkt, um alle Mitgliedstaaten zu unterrichten.

**MOD 228
PP-98**

5. Sofern in den vorhergehenden Absätzen dieses Artikels, die maßgebend sind, nichts anderes bestimmt ist, gilt die Geschäftsordnung der Konferenzen, Versammlungen und Tagungen der Union.

Artikel 58

Inkrafttreten und damit verbundene Fragen

MOD 238

1. Diese Konstitution und die Konvention, die von der zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Genf 1992) angenommen wurden, treten am 1. Juli 1994 zwischen den Mitgliedstaaten in Kraft, die bis zu diesem Tage ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben.

Teil II

Zeitpunkt des Inkrafttretens

Die in dieser Urkunde niedergelegten Änderungen treten in ihrer Gesamtheit als eine einzige Urkunde zum 1. Januar 2004 zwischen den Mitgliedstaaten in Kraft, die dann Vertragsparteien der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) sind und bis zu diesem Zeitpunkt ihre Ratifizierungs-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde dieser Urkunde bzw. ihre Beitrittsurkunde hinterlegt haben.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Regierungsbevollmächtigten die Urschrift dieser Änderungsurkunde der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) geänderten Form unterzeichnet.

Geschehen zu Marrakesch, den 18. Oktober 2002

Änderungsurkunde
der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion*)
(Genf 1992)

geändert durch
die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und
die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998)

(Von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten
(Marrakesch 2002) angenommene Änderungen)

Instrument d'amendement
à la Convention
de l'Union internationale des télécommunications*)
(Genève, 1992)

telle qu'amendée par
la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) et par
la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998)

(Amendements adoptés par
la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002))

(Übersetzung)

Partie I
Avant-propos

En vertu et en application des dispositions pertinentes de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telle qu'amendée par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) et par la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998), et notamment des dispositions de son article 42, la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002) a adopté les amendements ci-après à la Convention précitée:

Teil I
Vorwort

Auf der Grundlage und in Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) geänderten Form, und insbesondere der Bestimmungen aus Artikel 42, hat die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) nachstehende Änderungen der oben genannten Konvention beschlossen:

*) Conformément à la Résolution 70 (Rév. Marrakech, 2002) de la Conférence de plénipotentiaires, relative à l'intégration du principe de l'égalité entre les femmes et les hommes à l'UIT, les instruments fondamentaux de l'Union (Constitution et Convention) doivent être considérés comme rédigés dans un langage neutre.

*) Gemäß der EntschlieÙung Nr. 70 (Rev. Marrakesch 2002) der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten zur Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei der ITU gelten die Grundsatzdokumente der Union (Konstitution und Konvention) als in einer geschlechtsneutralen Sprache abgefasst.

	Chapitre I Fonctionnement de l'Union		Kapitel I Arbeitsweise der Union
	Section 1		Abschnitt 1
	Article 2 Elections et questions connexes		Artikel 2 Wahlen und damit verbundene Fragen
	Le Conseil	Rat	
(MOD) 11	a) lorsqu'un Etat Membre du Conseil ne s'est pas fait représenter à deux sessions ordinaires consécutives du Conseil;	a) wenn ein Mitgliedstaat des Rates zu zwei aufeinander folgenden ordentlichen Tagungen des Rates keinen Vertreter entsandt hat.	(MOD) 11
	Membres du Comité du Règlement des radiocommunications	Mitglieder des Funkregulierungsausschusses	
(MOD) 21	2. Si, dans l'intervalle qui sépare deux Conférences de plénipotentiaires, un membre du Comité démissionne ou vient à être empêché d'exercer ses fonctions, le Secrétaire général, après consultation du directeur du Bureau des radiocommunications, invite les Etats Membres qui font partie de la région intéressée à proposer des candidats pour l'élection d'un remplaçant par le Conseil lors de sa session suivante. Pendant, si la vacance se produit plus de 90 jours avant une session du Conseil ou après la session du Conseil qui précède la Conférence de plénipotentiaires suivante, l'Etat Membre concerné désigne, aussitôt que possible et dans les 90 jours, un autre ressortissant comme remplaçant, lequel restera en fonction, selon le cas, jusqu'à l'entrée en fonction du nouveau membre élu par le Conseil ou jusqu'à l'entrée en fonction des nouveaux membres du Comité élus par la Conférence de plénipotentiaires suivante. Le remplaçant pourra être présenté comme candidat à l'élection par le Conseil ou par la Conférence de plénipotentiaires, selon le cas.	2. Wenn in der Zeit zwischen zwei Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten ein Mitglied des Ausschusses sein Amt niederlegt oder nicht mehr in der Lage ist, seine Aufgaben wahrzunehmen, fordert der Generalsekretär nach Beratung mit dem Direktor des Büros für das Funkwesen die zu der betreffenden Region gehörenden Mitgliedstaaten auf, Kandidaten für die Wahl eines Ersatzmitglieds vorzuschlagen, die der Rat während seiner nächsten Tagung vornimmt. Wird jedoch die Stelle mehr als 90 Tage vor der Tagung des Rates oder nach der Tagung des Rates, die der nächsten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten vorangeht, frei, so ernennt der betreffende Mitgliedstaat so bald als möglich, auf jeden Fall aber binnen 90 Tagen, einen anderen Staatsangehörigen zum Ersatzmitglied, der je nach Fall bis zum Amtsantritt des vom Rat gewählten neuen Mitglieds oder bis zum Amtsantritt der von der nächsten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten gewählten neuen Mitglieder des Ausschusses im Amt bleibt. Das Ersatzmitglied kann je nach Fall als Kandidat für die Wahl durch den Rat oder durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten aufgestellt werden.	(MOD) 21
MOD 22	3. Un membre du Comité du Règlement des radiocommunications est réputé ne plus être en mesure d'exercer ses fonctions lorsqu'il a été absent trois fois consécutives des réunions du Comité. Le Secrétaire général, après consultation du président du Comité, du membre du Comité et de l'Etat Membre concerné, déclare qu'un poste se trouve vacant au Comité et prend les dispositions prévues au numéro 21 ci-dessus.	3. Ein Mitglied des Funkregulierungsausschusses gilt als nicht mehr in der Lage, seine Aufgaben wahrzunehmen, wenn es drei Mal hintereinander den Tagungen des Ausschusses ferngeblieben ist. Der Generalsekretär erklärt nach Beratung mit dem Vorsitzenden des Ausschusses, dem betreffenden Mitglied des Ausschusses und dem betreffenden Mitgliedstaat, dass eine Stelle im Ausschuss frei ist, und verfährt nach Nummer 21.	MOD 22
	Article 3 Autres conférences et assemblées	Artikel 3 Andere Konferenzen und Versammlungen	
MOD 47 PP-98	7. Dans les consultations visées aux numéros 42, 46, 118, 123 et 138 de la présente Convention et aux numéros 26, 28, 29, 31 et 36 des Règles générales régissant les conférences, assemblées et réunions de l'Union, les Etats Membres qui n'ont pas répondu dans le délai fixé par le	7. Wenn ein Mitgliedstaat bei den in den Nummern 42, 46, 118, 123 und 138 dieser Konvention und den Nummern 26, 28, 29, 31 und 36 der Geschäftsordnung der Konferenzen, Versammlungen und Tagungen der Union genannten Befragungen nicht binnen der vom Rat festgesetz-	MOD 47 PP-98

Conseil sont considérés comme n'ayant pas participé à ces consultations et en conséquence ne sont pas pris en considération dans le calcul de la majorité. Si le nombre des réponses reçues ne dépasse pas la moitié du nombre des Etats Membres consultés, on procède à une nouvelle consultation dont le résultat est déterminant quel que soit le nombre de suffrages exprimés.

Section 2

Article 4

Le Conseil

MOD 57

6. Seuls les frais de voyage, de subsistance et d'assurance engagés par le représentant de chacun des Etats Membres du Conseil appartenant à la catégorie des pays en développement, dont la liste est établie par le Programme des Nations Unies pour le développement, pour exercer ses fonctions aux sessions du Conseil, sont à la charge de l'Union.

MOD 60A
PP-98

⁹^{bis} Un Etat Membre qui n'est pas Etat Membre du Conseil peut, s'il en avise préalablement le Secrétaire général, envoyer à ses frais un observateur à des séances du Conseil, de ses commissions et de ses groupes de travail. Un observateur n'a pas le droit de vote.

ADD 60B

⁹^{ter} Sous réserve des conditions fixées par le Conseil, y compris en ce qui concerne le nombre et les modalités de leur désignation, les Membres des Secteurs peuvent être représentés en qualité d'observateurs aux séances du Conseil, de ses commissions et de ses groupes de travail.

ADD 61A

¹⁰^{bis} Tout en respectant en tout temps les limites financières telles qu'adoptées par la Conférence de plénipotentiaires, le Conseil peut, au besoin, réexaminer et mettre à jour le plan stratégique qui forme la base des plans opérationnels correspondants et informer les Etats Membres et les Membres des Secteurs en conséquence.

ADD* 61B

¹⁰^{ter} Le Conseil établit son propre règlement intérieur.

ADD 62A

(1) reçoit et examine les données concrètes pour la planification stratégique qui sont fournies par le Secrétaire général comme indiqué au numéro 74A de la Constitution et, au cours de l'avant-dernière session ordinaire du Conseil avant la Conférence de plénipotentiaires suivante, commence l'élaboration d'un projet de nouveau plan stratégique pour l'Union, en s'appuyant sur les contributions des Etats Membres et des Membres des Secteurs, ainsi que celles des groupes consultatifs des Secteurs, et établit un projet de nouveau plan stratégique coordonné quatre mois au plus tard avant la Conférence de plénipotentiaires;

ten Frist geantwortet hat, wird so verfahren, als habe er sich an diesen Befragungen nicht beteiligt, und er wird bei der Berechnung der Mehrheit nicht berücksichtigt. Übersteigt die Zahl der eingegangenen Antworten nicht die Hälfte der Zahl der befragten Mitgliedstaaten, so kommt es zu einer zweiten Befragung, deren Ergebnis entscheidend ist, unabhängig von der Zahl der abgegebenen Stimmen.

Abschnitt 2

Artikel 4

Rat

MOD 57

6. Nur die Kosten für Reise, Aufenthalt und Versicherungen, die für den Vertreter eines nach der Liste des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNPD) der Gruppe der Entwicklungsländer angehörenden Mitgliedstaates des Rates in Ausübung seiner Tätigkeit bei den Tagungen des Rates entstehen, gehen zu Lasten der Union.

MOD 60A
PP-98

⁹^{bis} Ein Mitgliedstaat, der nicht Mitgliedstaat des Rates ist, kann auf seine eigenen Kosten einen Beobachter zu den Sitzungen des Rates, seiner Kommissionen und seiner Arbeitsgruppen entsenden, wenn er den Generalsekretär vorher darüber unterrichtet. Ein Beobachter ist nicht stimmberechtigt.

ADD 60B

⁹^{ter} Die Sektormitglieder können unter den vom Rat auch in Bezug auf ihre Zahl und die Verfahren ihrer Benennung festgelegten Bedingungen an den Sitzungen des Rates, seiner Kommissionen und seiner Arbeitsgruppen als Beobachter teilnehmen.

ADD 61A

¹⁰^{bis} Solange der Rat zu jeder Zeit den von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten verabschiedeten Finanzrahmen einhält, kann er im Bedarfsfalle den strategischen Plan, der die Grundlage der entsprechenden operativen Pläne bildet, überprüfen und aktualisieren und die Mitgliedstaaten und Sektormitglieder davon entsprechend in Kenntnis setzen.

ADD* 61B

¹⁰^{ter} Der Rat beschließt seine eigene Geschäftsordnung.

ADD 62A

(1) er nimmt die gemäß Nummer 74A der Konstitution vom Generalsekretär vorgelegten konkreten Daten für die strategische Planung entgegen, prüft sie und leitet bei der vorletzten ordentlichen Tagung des Rates vor der nächsten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten die Erarbeitung eines Entwurfs für einen neuen strategischen Plan für die Union ein, wobei er sich auf die Beiträge der Mitgliedstaaten und der Sektormitglieder wie auch auf die Beiträge der beratenden Gruppen für die Sektoren stützt, und erstellt bis spätestens vier Monate vor der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten einen koordinierten Entwurf eines neuen strategischen Plans.

ADD 62B	1 ^{bis} établit un calendrier pour l'élaboration des plans stratégique et financier de l'Union ainsi que des plans opérationnels de chaque Secteur et du Secrétariat général de façon à assurer une coordination appropriée entre ces plans;	1 ^{bis} legt einen Terminplan für die Ausarbeitung des strategischen Plans und des Finanzplans der Union wie auch für die operativen Pläne jedes einzelnen Sektors und des Generalsekretariats so fest, dass sie angemessen aufeinander abgestimmt werden können;	ADD 62B
MOD 73 PP-98	(7) examine et arrête le budget biennal de l'Union et examine le budget prévisionnel (inclus dans le rapport de gestion financière élaboré par le Secrétaire général conformément au numéro 101 de la présente Convention) pour le cycle de deux ans suivant un exercice budgétaire donné, compte tenu des décisions de la Conférence de plénipotentiaires concernant le numéro 50 de la Constitution et des limites financières fixées par ladite Conférence conformément aux dispositions du numéro 51 de la Constitution; il réalise toutes les économies possibles, mais garde à l'esprit l'obligation faite à l'Union d'obtenir des résultats satisfaisants aussi rapidement que possible. Ce faisant, le Conseil tient compte des priorités fixées par la Conférence de plénipotentiaires, telles qu'elles sont exposées dans le plan stratégique de l'Union, des vues du Comité de coordination exposées dans le rapport du Secrétaire général dont il est question au numéro 86 de la présente Convention, et du rapport de gestion financière mentionné au numéro 101 de la présente Convention;	(7) er prüft und beschließt das Zweijahresbudget der Union und prüft das voraussichtliche Budget für die beiden darauf folgenden Jahre (die Teile des vom Generalsekretär gemäß Nummer 101 dieser Konvention erstellten Finanzberichts sind), wobei er die in Bezug auf Nummer 50 der Konstitution gefassten Beschlüsse der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten und den von dieser Konferenz nach Nummer 51 der Konstitution festgesetzten finanziellen Rahmen berücksichtigt; er beachtet alle Einsparmöglichkeiten, trägt jedoch immer der Verpflichtung der Union Rechnung, so schnell wie möglich zufrieden stellende Ergebnisse zu erzielen. Dabei berücksichtigt der Rat die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten aufgestellten Prioritäten, die im strategischen Plan der Union im Einzelnen erläutert werden, die Stellungnahmen des Koordinierungsausschusses, die in dem in Nummer 86 dieser Konvention genannten Bericht des Generalsekretärs dargelegt werden, sowie den in Nummer 101 dieser Konvention genannten Finanzbericht;	MOD 73 PP-98
MOD 79 PP-98	(13) prend toutes les dispositions nécessaires, après accord de la majorité des Etats Membres, pour résoudre à titre provisoire les cas non prévus dans la Constitution, dans la présente Convention et dans les Règlements administratifs, pour la solution desquels il n'est plus possible d'attendre la conférence compétente suivante;	(13) er ergreift nach Zustimmung der Mehrheit der Mitgliedstaaten alle notwendigen Maßnahmen zur vorläufigen Regelung der Fälle, die in der Konstitution, in dieser Konvention und in den Vollzugsordnungen nicht vorgesehen sind und mit deren Regelung nicht bis zur nächsten zuständigen Konferenz gewartet werden kann;	MOD 79 PP-98
MOD 81 PP-98	(15) envoie aux Etats Membres, dans un délai de trente jours après chacune de ses sessions, des comptes rendus succincts de ses travaux, ainsi que tous documents qu'il juge utiles;	(15) er schickt den Mitgliedstaaten innerhalb von dreißig Tagen nach jeder Tagung Kurzberichte über seine Arbeiten sowie alle Dokumente, die ihm nützlich erscheinen;	MOD 81 PP-98
Section 3		Abschnitt 3	
Article 5		Artikel 5	
Secrétariat général		Generalsekretariat	
MOD 87A PP-98	d ^{bis}) établit chaque année un plan opérationnel glissant de quatre ans des activités que doit entreprendre le personnel du Secrétariat général conformément au Plan stratégique, couvrant l'année suivante et les trois années d'après, assorti des incidences financières, compte dûment tenu du Plan financier tel qu'il a été approuvé par la Conférence de plénipotentiaires; ce plan opérationnel de quatre ans est examiné par les	d ^{bis}) erstellt jedes Jahr einen gleitenden operativen Vierjahresplan für die Tätigkeiten, die das Personal des Generalsekretariats in Übereinstimmung mit dem strategischen Plan auszuführen hat; dieser gilt für das darauf folgende Jahr und die drei weiteren Jahre und gibt auch die finanziellen Auswirkungen bei angemessener Berücksichtigung des von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten verabschiedeten	MOD 87A PP-98

groupes consultatifs des trois Secteurs et est examiné et approuvé, chaque année, par le Conseil;

Finanzplans an; dieser operative Vierjahresplan wird von den beratenden Gruppen der drei Sektoren geprüft und jedes Jahr vom Rat geprüft und verabschiedet;

Section 4

Abschnitt 4

Article 6

Artikel 6

Comité de coordination

Koordinierungsausschuss

(MOD) 111

4. Un rapport sur les travaux du Comité de coordination est établi et communiqué sur demande aux Etats Membres du Conseil.

4. Über die Arbeit des Koordinierungsausschusses wird ein Bericht erstellt, der auf Verlangen den Mitgliedstaaten des Rates übermittelt wird.

(MOD) 111

Section 5

Abschnitt 5

Secteur des radiocommunications

Funksektor

Article 8

Artikel 8

Assemblée des radiocommunications

Funkversammlung

ADD 129A

^{1bis} L'assemblée des radiocommunications est habilitée à adopter les méthodes de travail et procédures applicables à la gestion des activités du Secteur, conformément au numéro 145A de la Constitution.

^{1bis} Die Funkversammlung ist befugt, die gemäß Nummer 145A der Konstitution für die Abwicklung der Sektortätigkeiten geltenden Arbeitsmethoden und Verfahren zu verabschieden.

ADD 129A

ADD 136A

(7) décide s'il y a lieu de maintenir, de dissoudre ou de créer d'autres groupes, dont elle désigne les présidents et vice-présidents;

(7) sie beschließt gegebenenfalls die Beibehaltung, die Auflösung oder die Einsetzung von anderen Gruppen und benennt deren Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende;

ADD 136A

ADD 136B

(8) établit le mandat des groupes dont il est question au numéro 136A ci-dessus, lesquels n'adoptent ni questions ni recommandations.

(8) sie setzt das Mandat der unter Nummer 136A genannten Gruppen fest, die weder Fragen noch Empfehlungen verabschieden.

ADD 136B

**MOD 137A
PP-98**

4. Une assemblée des radiocommunications peut confier au Groupe consultatif des radiocommunications des questions spécifiques relevant de son domaine de compétence, sauf celles relatives aux procédures contenues dans le Règlement des radiocommunications, en indiquant les mesures à prendre concernant ces questions.

4. Eine Funkversammlung kann spezielle Angelegenheiten, sofern sie in ihre Zuständigkeit fallen und nicht die in der Vollzugsordnung für den Funkdienst geregelten Verfahren betreffen, der beratenden Gruppe für das Funkwesen zur Stellungnahme vorlegen und die diesbezüglich zu ergreifenden Maßnahmen benennen.

**MOD 137A
PP-98**

Article 10

Artikel 10

Comité du Règlement des radiocommunications

Funkregulierungsausschuss

MOD 140

2. Outre les fonctions énoncées à l'article 14 de la Constitution, le Comité:

2. Zusätzlich zu den in Artikel 14 der Konstitution genannten Aufgaben prüft der Ausschuss:

MOD 140

(1) examine les rapports du Directeur du Bureau des radiocommunications concernant l'étude, à la demande d'une ou de plusieurs des administrations intéressées, des cas de brouillages préjudiciables et élabore les recommandations nécessaires;

(1) Berichte des Direktors des Büros für das Funkwesen über auf Ersuchen einer oder mehrerer betroffener Verwaltungen durchgeführten Untersuchungen von Fällen schädlicher Störungen und arbeitet die notwendigen Empfehlungen aus;

(2) examine en outre les appels des décisions prises par le Bureau des radiocommunications en ce qui concerne les assignations de fréquence, indépendamment du Bureau, à la demande d'une ou de plusieurs des administrations intéressées.

(2) ferner unabhängig vom Büro auf Ersuchen einer oder mehrerer betroffener Verwaltungen Einsprüche gegen die Entscheidungen des Büros für das Funkwesen in Bezug auf Frequenzzuteilungen.

MOD 141	3. Les membres du Comité doivent participer, à titre consultatif, aux conférences des radiocommunications. Dans ce cas, ils ne sont pas autorisés à participer à ces conférences en qualité de membres de leur délégation nationale.	3. Die Mitglieder des Ausschusses sind verpflichtet, an den Funkkonferenzen in beratender Eigenschaft teilzunehmen. In diesem Falle dürfen sie an diesen Konferenzen nicht als Mitglied ihrer nationalen Delegation teilnehmen.	MOD 141
ADD 141A	3 ^{bis} Deux membres du Comité, désignés par le Comité, doivent participer, à titre consultatif, aux Conférences de plénipotentiaires et aux assemblées des radiocommunications. Les deux membres ainsi désignés par le Comité ne sont pas autorisés à participer à ces conférences ou assemblées en qualité de membres de leur délégation nationale.	3 ^{bis} Zwei Mitglieder des Ausschusses, die vom Ausschuss benannt werden, müssen in beratender Eigenschaft an den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten und an den Funkversammlungen teilnehmen. Die vom Ausschuss benannten zwei Mitglieder dürfen dann an den Konferenzen oder Versammlungen nicht als Mitglied ihrer nationalen Delegation teilnehmen.	ADD 141A
ADD 142A	4 ^{bis} Les membres du Comité, lorsqu'ils exercent leurs fonctions au service de l'Union, telles qu'elles sont définies dans la Constitution et la Convention, ou lorsqu'ils accomplissent des missions pour cette dernière, jouissent de privilèges et immunités fonctionnels équivalents à ceux qui sont accordés aux fonctionnaires élus de l'Union par chaque Etat Membre, sous réserve des dispositions pertinentes de la législation nationale ou des autres législations applicables dans chaque Etat Membre. Ces privilèges et immunités fonctionnels sont accordés aux membres du Comité dans l'intérêt de l'Union et non en vue de leur avantage personnel. L'Union pourra et devra lever l'immunité accordée à un membre du Comité dans tous les cas où elle estimera que cette immunité gênerait la bonne administration de la justice et qu'il est possible de la lever sans porter atteinte aux intérêts de l'Union.	4 ^{bis} Die Mitglieder des Ausschusses genießen in Ausübung ihrer in der Konstitution und in der Konvention beschriebenen Tätigkeiten im Dienste der Union bzw. bei der Durchführung von Aufgaben für die Union – vorbehaltlich der einschlägigen Bestimmungen der innerstaatlichen Gesetzgebung oder anderer in den einzelnen Mitgliedstaaten geltenden Gesetzesbestimmungen – dieselben Vorrechte und Immunitäten wie sie von den einzelnen Mitgliedstaaten den gewählten Beamten der Union gewährt werden. Diese Vorrechte und Immunitäten im Amt werden den Mitgliedern des Ausschusses im Interesse der Union zuerkannt, nicht zu ihrem persönlichen Vorteil. Die Union kann und muss die einem Ausschussmitglied gewährte Immunität aufheben, sobald sie zu der Ansicht gelangt, dass diese Immunität den geordneten Ablauf der Rechtsprechung behindern könnte und die Interessen der Union durch eine Aufhebung der Immunität keinen Schaden nehmen.	ADD 142A
MOD 145	(2) Le Comité tient normalement quatre réunions par an au plus, d'une durée de cinq jours au plus, généralement au siège de l'Union, réunions au cours desquelles au moins les deux tiers de ses membres doivent être présents. Il peut s'acquitter de ses tâches à l'aide de moyens modernes de communication. S'il le juge nécessaire et selon les questions à examiner, le Comité peut tenir davantage de réunions et, à titre exceptionnel, les réunions peuvent durer jusqu'à deux semaines.	(2) Der Ausschuss hält normalerweise jedes Jahr und in der Regel am Sitz der Union höchstens vier Tagungen von maximal fünf Tagen ab, bei denen mindestens zwei Drittel der Mitglieder anwesend sein müssen. Er darf sich zur Erledigung seiner Aufgaben auch moderner Kommunikationsmittel bedienen. Sofern er es für erforderlich hält und je nach den anstehenden Fragen kann er weitere Sitzungen anberaumen und die Sitzungen dürfen im Ausnahmefall bis zu zwei Wochen dauern.	MOD 145
Article 11A		Artikel 11A	
PP-98	Groupe consultatif des radiocommunications	Beratende Gruppe für das Funkwesen	PP-98
MOD 160A PP-98	1. Le Groupe consultatif des radiocommunications est ouvert à la participation des représentants des administrations des Etats Membres et des représentants des Membres du Secteur ainsi que des présidents des commissions d'études et autres groupes; il agit par l'intermédiaire du directeur.	1. An den Arbeiten der beratenden Gruppe für das Funkwesen können sich die Vertreter der Verwaltungen der Mitgliedstaaten und die Vertreter der Sektormitglieder sowie die Vorsitzenden der Studienkommissionen und der anderen Gruppen beteiligen; die beratende Gruppe handelt durch ihren Direktor.	MOD 160A PP-98

MOD 160C PP-98	(1) examine les priorités, les programmes, les opérations, les questions financières et les stratégies concernant les assemblées des radiocommunications, les commissions d'études et autres groupes et la préparation des conférences des radiocommunications, ainsi que toute question particulière que lui confie une conférence de l'Union, une assemblée des radiocommunications ou le Conseil;	MOD 160C PP-98
ADD 160CA	(1 ^{bis}) examine la mise en œuvre du plan opérationnel de la période précédente, afin de déterminer les domaines dans lesquels le Bureau n'a pas atteint ou n'a pas pu atteindre les objectifs fixés dans ce plan, et conseille le directeur en ce qui concerne les mesures correctives nécessaires;	ADD 160CA
ADD 160I	(7) élabore un rapport à l'intention de l'assemblée des radiocommunications sur les questions qui lui ont été confiées conformément au numéro 137A de la présente Convention et le transmet au directeur pour soumission à l'assemblée.	ADD 160I
	(1) prüft die Prioritäten, Programme, Abläufe, finanziellen Fragen und Strategien, die mit den Funkversammlungen, den Studienkommissionen, anderen Gruppen und der Vorbereitung der Funkkonferenzen zusammenhängen, sowie alle besonderen Fragen, die ihr von einer Konferenz der Union, einer Funkversammlung oder vom Rat zugewiesen werden;	
	(1 ^{bis}) prüft die Durchführung des operativen Plans im vorausgegangenen Bezugszeitraum, um festzustellen, in welchen Bereichen das Büro die in diesem Plan angegebenen Ziele nicht erreicht hat oder nicht erreichen konnte, und berät den Direktor hinsichtlich der Maßnahmen, die notwendig sind, um Abhilfe zu schaffen;	
	(7) erarbeitet einen für die Funkversammlung bestimmten Bericht über die Fragen, die ihm gemäß Nummer 137A dieser Konvention übertragen wurden und übermittelt ihn an den Direktor zur Vorlage an die Versammlung.	

Article 12**Bureau des radiocommunications**

MOD 164 PP-98	a) coordonne les travaux préparatoires des commissions d'études et autres groupes et du Bureau, communique aux Etats Membres et aux Membres du Secteur les résultats de ces travaux, recueille leurs commentaires et soumet un rapport de synthèse à la conférence, qui peut inclure des propositions d'ordre réglementaire;
MOD 165	b) participe de droit, mais à titre consultatif, aux délibérations des conférences des radiocommunications, de l'assemblée des radiocommunications et des commissions d'études des radiocommunications et autres groupes. Le directeur prend toutes les mesures qui s'imposent pour la préparation des conférences des radiocommunications et des réunions du Secteur des radiocommunications en consultant le Secrétariat général conformément aux dispositions du numéro 94 de la présente Convention et, si nécessaire, les autres Secteurs de l'Union, et en tenant dûment compte des directives du Conseil relatives à l'exécution de cette préparation;
MOD 169	b) communique à tous les Etats Membres les règles de procédure du Comité, recueille les observations présentées par les administrations à ce sujet et les soumet au Comité;

Artikel 12**Büro für das Funkwesen**

MOD 164 PP-98	a) er koordiniert die vorbereitenden Arbeiten der Studienkommissionen, der anderen Gruppen und des Büros, teilt den Mitgliedstaaten und den Sektorenmitgliedern die Ergebnisse dieser Arbeiten mit, sammelt ihre Stellungnahmen dazu und legt der Konferenz einen zusammenfassenden Bericht vor, der auch Vorschläge mit Regelungscharakter enthalten kann;	MOD 164 PP-98
MOD 165	b) er nimmt kraft seines Amtes an den Beratungen der Funkkonferenzen, der Funkversammlung sowie der Studienkommissionen für das Funkwesen und anderer Gruppen teil, jedoch nur in beratender Eigenschaft. Der Direktor trifft alle für die Vorbereitung der Funkkonferenzen und der Tagungen des Sektors für das Funkwesen notwendigen Maßnahmen, wobei er das Generalsekretariat nach Nummer 94 dieser Konvention sowie erforderlichenfalls die anderen Sektoren der Union befragt und die Richtlinien des Rates für die Durchführung dieser Vorbereitung gebührend berücksichtigt;	MOD 165
MOD 169	b) er übermittelt allen Mitgliedstaaten die Verfahrensregeln des Ausschusses, sammelt die dazu von den Verwaltungen eingegangenen Stellungnahmen und legt sie dem Ausschuss vor;	MOD 169

MOD 170	c) traite les renseignements communiqués par les administrations en application des dispositions pertinentes du Règlement des radiocommunications et des accords régionaux ainsi que des Règles de procédure associées et les prépare, le cas échéant, aux fins de publication sous une forme appropriée;	c) er bearbeitet in Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Vollzugsordnung für den Funkdienst, der regionalen Vereinbarungen und den zugehörigen Verfahrensregeln die von den Verwaltungen übermittelten Angaben und bereitet sie gegebenenfalls zur Veröffentlichung in geeigneter Form vor;	MOD 170
MOD 175	(3) coordonne les travaux des commissions d'études des radiocommunications et autres groupes et est responsable de l'organisation de ces travaux;	(3) er koordiniert die Arbeiten der Studienkommissionen für das Funkwesen und anderer Gruppen und ist für die Organisation dieser Arbeiten verantwortlich.	MOD 175
MOD 175B PP-98	(3 ^{ter}) prend des mesures concrètes pour faciliter la participation des pays en développement aux travaux des commissions d'études des radiocommunications et autres groupes.	(3 ^{ter}) er ergreift konkrete Maßnahmen, um die Teilnahme der Entwicklungsländer an den Arbeiten der Studienkommissionen für das Funkwesen und anderer Gruppen zu erleichtern.	MOD 175B PP-98
MOD 180	d) rend compte, dans un rapport présenté à la conférence mondiale des radiocommunications, de l'activité du Secteur depuis la précédente conférence; si aucune conférence mondiale des radiocommunications n'est prévue, un rapport sur l'activité du Secteur pendant la période suivant la précédente conférence est soumis au Conseil et, pour information, aux Etats Membres et aux Membres du Secteur;	d) er gibt in einem der weltweiten Funkkonferenz vorgelegten Bericht Rechenschaft über die Tätigkeit des Sektors seit der letzten Konferenz; ist keine weltweite Funkkonferenz geplant, so wird dem Rat und – zur Information – auch den Mitgliedstaaten und den Sektormitgliedern ein Bericht über die Tätigkeit des Sektors seit der letzten Konferenz vorgelegt;	MOD 180
MOD 181A PP-98	f) établit chaque année un plan opérationnel glissant de quatre ans qui couvre l'année suivante et les trois années d'après, assorti des incidences financières des activités que doit entreprendre le Bureau pour aider le Secteur dans son ensemble; ce plan opérationnel de quatre ans est examiné par le Groupe consultatif des radiocommunications conformément à l'article 11A de la présente Convention et est examiné et approuvé, chaque année, par le Conseil;	f) er erstellt jedes Jahr einen gleitenden operativen Vierjahresplan für das darauf folgende Jahr und die drei weiteren Jahre, in dem auch die finanziellen Auswirkungen der Tätigkeiten, die das Büro zur Unterstützung des Sektors ausführen muss, dargestellt werden; dieser operative Vierjahresplan wird von der beratenden Gruppe für das Funkwesen nach Artikel 11A dieser Konvention geprüft und jedes Jahr vom Rat geprüft und verabschiedet;	MOD 181A PP-98

Section 6

Secteur de la normalisation
des télécommunications

Article 13

PP-98 **Assemblée mondiale de
normalisation des télécommunications****ADD 184A** 1^{bis} L'assemblée mondiale de normalisation des télécommunications est habilitée à adopter les méthodes de travail et procédures applicables à la gestion des activités du Secteur, conformément au numéro 145A de la Constitution.**MOD 187
PP-98** a) examine les rapports établis par les commissions d'études conformément aux dispositions du numéro 194 de la présente Convention, approuve, modifie ou rejette les projets de recommandation que contiennent ces rapports et examine les rapports établis par le Groupe

Abschnitt 6

Sektor für die Standardisierung
im Fernmeldewesen

Artikel 13

PP-98 **Weltweite
Versammlung
für die Standardisierung im Fernmeldewesen****ADD 184A** 1^{bis} Die weltweite Versammlung für die Standardisierung im Fernmeldewesen ist befugt, die für die Abwicklung der Tätigkeiten des Sektors nach Nummer 145A der Konstitution geltenden Arbeitsmethoden und Verfahren zu verabschieden;**MOD 187
PP-98** a) sie prüft die nach Nummer 194 dieser Konvention erstellten Berichte der Studienkommissionen und genehmigt, ändert oder verwirft die in diesen Berichten enthaltenen Empfehlungsentwürfe, und sie prüft die nach den Nummern 197H und 197I dieser Konvention erstellten Bericht-

	consultatif de la normalisation des télécommunications conformément aux dispositions des numéros 197H et 197I de la présente Convention;	te der beratenden Gruppe für die Standardisierung im Fernmeldewesen;	
ADD 191^{bis}	f) décide s'il y a lieu de maintenir, de dissoudre ou de créer d'autres groupes, dont elle désigne les présidents et les vice-présidents;	f) beschließt gegebenenfalls die Beibehaltung, die Auflösung oder die Einsetzung von anderen Gruppen und benennt deren Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende;	ADD 191^{bis}
ADD 191^{ter}	g) établit le mandat des groupes dont il est question au numéro 191 ^{bis} ci-dessus, lesquels n'adoptent ni questions ni recommandations.	g) bestimmt das Mandat der Gruppen aus Nummer 191 ^{bis} , diese verabschieden weder Fragen noch Empfehlungen.	ADD 191^{ter}
MOD 191B PP-98	5. L'assemblée mondiale de normalisation des télécommunications est présidée par un président désigné par le gouvernement du pays où la réunion a lieu ou, lorsque cette réunion se tient au siège de l'Union, par un président élu par l'assemblée elle-même; le président est assisté de vice-présidents élus par l'assemblée.	5. Die weltweite Versammlung für die Standardisierung im Fernmeldewesen wird von einem von der Regierung des Landes, in dem die Tagung stattfindet, benannten Vorsitzenden, oder, wenn die Tagung am Sitz der Union stattfindet, von einem von der Versammlung selbst gewählten Vorsitzenden geleitet; der Vorsitzende wird durch von der Versammlung gewählte stellvertretende Vorsitzende unterstützt;	MOD 191B PP-98

Article 14A**Groupe consultatif
de la normalisation des télécommunications**

**MOD 197A
PP-98** 1. Le Groupe consultatif de la normalisation des télécommunications est ouvert à la participation des représentants des administrations des Etats Membres et des représentants des Membres du Secteur ainsi que des présidents des commissions d'études et autres groupes.

ADD 197CA (1^{bis}) examine la mise en œuvre du plan opérationnel de la période précédente, afin de déterminer les domaines dans lesquels le Bureau n'a pas atteint ou n'a pas pu atteindre les objectifs fixés dans ce plan, et conseille le directeur en ce qui concerne les mesures correctives nécessaires;

Article 15**Bureau de la normalisation des
télécommunications**

**MOD 200
PP-98** a) met à jour chaque année, en concertation avec les présidents des commissions d'études de la normalisation des télécommunications et autres groupes, le programme de travail approuvé par l'assemblée mondiale de normalisation des télécommunications;

**MOD 201
PP-98** b) participe de droit, mais à titre consultatif, aux délibérations des assemblées mondiales de normalisation des télécommunications et des commissions d'études de la normalisation des télécommunications et autres groupes. Le directeur prend toutes les mesures qui s'imposent pour la préparation des assemblées et des réunions du Secteur de la normalisation des télécommunications en consultant le

Artikel 14A**Beratende Gruppe für die
Standardisierung im Fernmeldewesen**

**MOD 197A
PP-98** 1. An den Arbeiten der beratenden Gruppe für die Standardisierung im Fernmeldewesen können sich die Vertreter der Verwaltungen der Mitgliedstaaten und die Vertreter der Sektormitglieder sowie die Vorsitzenden der Studienkommissionen und anderen Gruppen beteiligen.

ADD 197CA (1^{bis}) prüft die Durchführung des operativen Plans im vorausgegangenen Bezugszeitraum, um festzustellen, in welchen Bereichen das Büro die in diesem Plan angegebenen Ziele nicht erreicht hat oder nicht erreichen konnte, und berät den Direktor hinsichtlich der zur Abhilfe notwendigen Maßnahmen;

Artikel 15**Büro für die
Standardisierung im Fernmeldewesen**

**MOD 200
PP-98** a) er aktualisiert jedes Jahr im Einvernehmen mit den Vorsitzenden der Studienkommissionen für die Standardisierung im Fernmeldewesen und der anderen Gruppen das von der weltweiten Versammlung für die Standardisierung im Fernmeldewesen genehmigte Arbeitsprogramm;

**MOD 201
PP-98** b) er nimmt kraft seines Amtes an den Beratungen der weltweiten Versammlungen für die Standardisierung im Fernmeldewesen und der Studienkommissionen und anderen Gruppen teil, jedoch nur in beratender Eigenschaft. Der Direktor trifft alle für die Vorbereitung der Versammlungen und Tagungen des Sektors für die Standardisierung im Fernmeldewesen erforderlichen Maßnahmen, wobei er nach Num-

	Secrétariat général conformément aux dispositions du numéro 94 de la présente Convention et, si nécessaire, les autres Secteurs de l'Union, et en tenant dûment compte des directives du Conseil relatives à cette préparation;	mer 94 dieser Konvention das Generalsekretariat und erforderlichenfalls die andern Sektoren der Union befragt und die Richtlinien des Rates für die Durchführung dieser Vorbereitung gebührend berücksichtigt;	
MOD 205A PP-98	g) établit chaque année un plan opérationnel glissant de quatre ans qui couvre l'année suivante et les trois années d'après, assorti des incidences financières des activités que doit entreprendre le Bureau pour aider le Secteur dans son ensemble; ce plan opérationnel de quatre ans est examiné par le Groupe consultatif de la normalisation des télécommunications conformément à l'article 14A de la présente Convention et est examiné et approuvé, chaque année, par le Conseil;	g) er erstellt jedes Jahr einen gleitenden operativen Vierjahresplan für das darauf folgende Jahr und die drei weiteren Jahre, in dem auch die finanziellen Auswirkungen der Tätigkeiten, die das Büro zur Unterstützung des Sektors ausführen muss, dargestellt werden; dieser operative Vierjahresplan wird von der beratenden Gruppe für die Standardisierung im Fernmeldewesen nach Artikel 14A dieser Konvention geprüft und jedes Jahr vom Rat geprüft und verabschiedet;	MOD 205A PP-98
Section 7		Abschnitt 7	
Secteur du développement des télécommunications		Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens	
Article 16		Artikel 16	
Conférences de développement des télécommunications		Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens	
ADD 207A	1. La conférence mondiale de développement des télécommunications est habilitée à adopter les méthodes de travail et procédures applicables à la gestion des activités du Secteur, conformément au numéro 145A de la Constitution.	1. Die weltweite Konferenz zur Entwicklung des Fernmeldewesens ist befugt, die Arbeitsmethoden und Verfahren für die Abwicklung der Tätigkeiten ihres Sektors gemäß Nummer 145A der Konstitution festzulegen.	ADD 207A
ADD 209A	a ^{bis}) décide s'il y a lieu de maintenir, de dissoudre ou de créer d'autres groupes, dont elle désigne les présidents et les vice-présidents;	a ^{bis}) beschließt gegebenenfalls die Beibehaltung, die Auflösung oder die Einsetzung von anderen Gruppen und benennt deren Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende;	ADD 209A
ADD 209B	a ^{ter}) établit le mandat des groupes dont il est question au numéro 209A ci-dessus, lesquels n'adoptent ni questions ni recommandations.	a ^{ter}) bestimmt das Mandat der Gruppen aus Nummer 209A; diese verabschieden weder Fragen noch Empfehlungen.	ADD 209B
MOD 210	b) les conférences régionales de développement des télécommunications examinent les questions et les priorités relatives au développement des télécommunications, compte tenu des besoins et des caractéristiques de la région concernée; elles peuvent aussi soumettre des recommandations aux conférences mondiales de développement des télécommunications;	b) die regionalen Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens prüfen die Fragen und Prioritäten mit Bezug auf die Entwicklung des Fernmeldewesens unter Berücksichtigung der Erfordernisse und Besonderheiten des Fernmeldewesens in der betroffenen Region; sie dürfen auch den weltweiten Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens Empfehlungen vorlegen;	MOD 210
MOD 213A	3. Une conférence de développement des télécommunications peut confier au Groupe consultatif pour le développement des télécommunications des questions spécifiques relevant de son domaine de compétence, en indiquant les mesures recommandées concernant ces questions.	3. Eine Konferenz für die Entwicklung des Fernmeldewesens kann spezielle Fragen, die in ihre Zuständigkeit fallen, der beratenden Gruppe für die Entwicklung des Fernmeldewesens übertragen und auf die in Bezug auf diese Fragen empfohlenen Maßnahmen hinweisen.	MOD 213A

Article 17A		Artikel 17A	
PP-98	Groupe consultatif pour le développement des télécommunications	PP-98	Beratende Gruppe für die Entwicklung des Fernmeldewesens
MOD 215C PP-98	1. Le Groupe consultatif pour le développement des télécommunications est ouvert à la participation des représentants des administrations des Etats Membres et des représentants des Membres du Secteur ainsi que des présidents et vice-présidents des commissions d'études et autres groupes.	MOD 215C PP-98	1. An den Arbeiten der beratenden Gruppe für die Entwicklung des Fernmeldewesens können sich die Vertreter der Verwaltungen der Mitgliedstaaten und die Vertreter der Sektormitglieder sowie die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Studienkommissionen und der anderen Gruppen beteiligen.
ADD 215EA	(1 ^{bis}) examine la mise en œuvre du plan opérationnel de la période précédente, afin de déterminer les domaines dans lesquels le Bureau n'a pas atteint ou n'a pas pu atteindre les objectifs fixés dans ce plan, et conseille le directeur en ce qui concerne les mesures correctives nécessaires;	ADD 215EA	(1 ^{bis}) prüft die Durchführung des operativen Plans im vorausgegangenen Bezugszeitraum, um festzustellen, in welchen Bereichen das Büro die in diesem Plan angegebenen Ziele nicht erreicht hat oder nicht erreichen konnte, und berät den Direktor hinsichtlich der zur Abhilfe notwendigen Maßnahmen;
ADD 215JA	(6 ^{bis}) élabore un rapport à l'intention de la conférence mondiale de développement des télécommunications sur les questions qui lui ont été confiées conformément au numéro 213A de la présente Convention et le transmet au directeur pour soumission à la Conférence.	ADD 215JA	(6 ^{bis}) erarbeitet einen für die weltweite Konferenz für die Entwicklung des Fernmeldewesens bestimmten Bericht über die Fragen, die ihm gemäß Nummer 213A dieser Konvention übertragen wurden und übermittelt ihn an den Direktor zur Vorlage an die Konferenz.
Article 18		Artikel 18	
PP-98	Bureau de développement des télécommunications	PP-98	Büro für die Entwicklung des Fernmeldewesens
MOD 218	a) participe de droit, mais à titre consultatif, aux délibérations des conférences de développement des télécommunications et des commissions d'études du développement des télécommunications et autres groupes. Le directeur prend toutes mesures concernant la préparation des conférences et des réunions du Secteur du développement des télécommunications en consultant le Secrétariat général conformément aux dispositions du numéro 94 de la présente Convention et, si nécessaire, les autres Secteurs de l'Union, et en tenant dûment compte des directives du Conseil relatives à cette préparation;	MOD 218	a) er nimmt kraft seines Amtes an den Beratungen der Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens und der Studienkommissionen für die Entwicklung des Fernmeldewesens und der anderen Gruppen teil, jedoch nur in beratender Eigenschaft. Der Direktor trifft alle für die Vorbereitung der Konferenzen und Tagungen des Sektors für die Entwicklung des Fernmeldewesens notwendigen Maßnahmen, wobei er das Generalsekretariat nach Nummer 94 dieser Konvention sowie erforderlichenfalls die anderen Sektoren der Union befragt und die Richtlinien des Rates für diese Vorbereitung gebührend berücksichtigt;
MOD 223A PP-98	g) établit chaque année un plan opérationnel glissant de quatre ans qui couvre l'année suivante et les trois années d'après, assorti des incidences financières des activités que doit entreprendre le Bureau pour aider le Secteur dans son ensemble; ce plan opérationnel de quatre ans est examiné par le Groupe consultatif pour le développement des télécommunications conformément à l'article 17A de la présente Convention et est examiné et approuvé, chaque année, par le Conseil;	MOD 223A PP-98	g) er erstellt jedes Jahr einen gleitenden operativen Vierjahresplan für das darauf folgende Jahr und die drei weiteren Jahre, in dem auch die finanziellen Auswirkungen der Tätigkeiten, die das Büro zur Unterstützung des Sektors ausführen muss, dargestellt werden; dieser operative Vierjahresplan wird von der beratenden Gruppe für das Funkwesen nach Artikel 17A dieser Konvention geprüft und jedes Jahr vom Rat geprüft und verabschiedet;

Chapitre II		Kapitel II	
MOD PP-98	Dispositions particulières concernant les conférences et les assemblées	Besondere Bestimmungen für die Konferenzen und Versammlungen	MOD PP-98
Article 23		Artikel 23	
MOD	Admission aux Conférences de plénipotentiaires	Zulassung zu den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten	MOD
SUP* 255 à 266			SUP* 255 bis 266
(MOD) 267	1. Sont admis aux Conférences de plénipotentiaires:	1. Zu den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten sind zugelassen:	(MOD) 267
ADD 268A	b) les fonctionnaires élus, à titre consultatif;	b) die gewählten Beamten, in beratender Eigenschaft;	ADD 268A
ADD 268B	c) le Comité du Règlement des radiocommunications, conformément au numéro 141A de la présente Convention, à titre consultatif;	c) der Funkregulierungsausschuss gemäß Nummer 141A dieser Konvention, in beratender Eigenschaft;	ADD 268B
MOD 269 PP-94	d) les observateurs des organisations, institutions et entités suivantes:	d) die Beobachter der nachfolgend genannten Organisationen, Institutionen und Körperschaften:	MOD 269 PP-94
ADD* 269A	i) l'Organisation des Nations Unies;	i) die Organisation der Vereinten Nationen;	ADD* 269A
ADD* 269B	ii) les organisations régionales de télécommunication dont il est fait mention à l'article 43 de la Constitution;	ii) die in Artikel 43 der Konstitution erwähnten regionalen Fernmeldeorganisationen;	ADD* 269B
ADD* 269C	iii) les organisations intergouvernementales exploitant des systèmes à satellites;	iii) die zwischenstaatlichen Organisationen, die Satellitensysteme betreiben;	ADD* 269C
ADD* 269D	iv) les institutions spécialisées des Nations Unies ainsi que l'Agence internationale de l'énergie atomique;	iv) die Sonderorganisationen der Vereinten Nationen sowie die Internationale Atomenergie-Organisation;	ADD* 269D
ADD* 269E	v) les Membres des Secteurs visés aux numéros 229 et 231 de la présente Convention et les organisations ayant un caractère international représentant ces Membres.	v) die in den Nummern 229 und 231 dieser Konvention erwähnten Sektormitglieder und die Organisationen mit internationalem Charakter, die diese Mitglieder vertreten.	ADD* 269E
ADD* 269F	2. Le Secrétariat général et les trois Bureaux de l'Union sont représentés à la Conférence à titre consultatif.	2. Das Generalsekretariat und die drei Büros der Union sind in beratender Eigenschaft bei der Konferenz vertreten.	ADD* 269F
Article 24		Artikel 24	
MOD	Admission aux conférences des radiocommunications	Zulassung zu den Funkkonferenzen	MOD
SUP* 270 à 275			SUP* 270 bis 275
(MOD) 276	1. Sont admis aux conférences des radiocommunications:	1. Zu den Funkkonferenzen sind zugelassen:	(MOD) 276
(MOD) 278	b) les observateurs des organisations et des institutions visées aux numéros 269A à 269D de la présente Convention;	b) die Beobachter der in den Nummern 269A bis 269D dieser Konvention genannten Organisationen;	(MOD) 278
MOD 279	c) les observateurs d'autres organisations internationales invitées par le gouvernement et admises par la Conférence conformément aux dispositions pertinentes du chapitre I des Règles générales régissant les conférences, assemblées et réunions de l'Union;	c) die Beobachter anderer internationaler Organisationen, die nach den einschlägigen Bestimmungen aus Kapitel I der Geschäftsordnung der Konferenzen, Versammlungen und Tagungen der Union von den Regierungen eingeladen und von der Konferenz zugelassen wurden;	MOD 279

SUP* 281			SUP* 281
(MOD) 282 PP-98	e) les observateurs des Etats Membres qui participent, sans droit de vote, à la conférence régionale des radiocommunications d'une région autre que celle à laquelle appartient lesdits Etats Membres;	e) die Beobachter der Mitgliedstaaten, die ohne Stimmrecht an der regionalen Funkkonferenz einer anderen Region als derjenigen, der sie angehören, teilnehmen;	(MOD) 282 PP-98
ADD* 282A	f) à titre consultatif, les fonctionnaires élus, lorsque la conférence traite des affaires qui relèvent de leur compétence, et les membres du Comité du Règlement des radiocommunications.	f) in beratender Eigenschaft die gewählten Beamten, wenn die Konferenz Angelegenheiten behandelt, die in ihre Zuständigkeit fallen, und die Mitglieder des Funkregulierungsausschusses.	ADD* 282A
Article 25		Artikel 25	
MOD PP-98	Admission aux assemblées des radiocommunications, aux assemblées mondiales de normalisation des télécommunications et aux conférences de développement des télécommunications	Zulassung zu den Funkversammlungen, den weltweiten Versammlungen für die Standardisierung im Fernmeldewesen und den Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens	MOD PP-98
SUP* 283 à 294			SUP* 283 bis 294
(MOD) 295	1. Sont admis à l'assemblée ou à la conférence:	1. Zu der Versammlung oder Konferenz sind zugelassen:	(MOD) 295
MOD 297	b) les observateurs des organisations et des institutions suivantes:	b) die Beobachter nachfolgend genannter Organisationen und Institutionen:	MOD 297
SUP* 298			SUP* 298
ADD* 298A	i) les organisations régionales de télécommunication dont il est fait mention à l'article 43 de la Constitution;	i) die in Artikel 43 der Konstitution erwähnten regionalen Fernmeldeorganisationen;	ADD* 298A
ADD* 298B	ii) les organisations intergouvernementales exploitant des systèmes à satellites;	ii) die zwischenstaatlichen Organisationen, die Satellitensysteme betreiben;	ADD* 298B
ADD* 298C	iii) toute autre organisation régionale, ou autre organisation internationale, s'occupant de questions qui intéressent l'assemblée ou la conférence;	iii) jede andere regionale oder internationale Organisation, die sich mit Angelegenheiten befasst, die für die Versammlung oder die Konferenz von Interesse sind;	ADD* 298C
ADD* 298D	iv) l'Organisation des Nations Unies;	iv) die Organisation der Vereinten Nationen;	ADD* 298D
ADD* 298E	v) les institutions spécialisées des Nations Unies et l'Agence internationale de l'énergie atomique;	v) die Sonderorganisationen der Vereinten Nationen und die Internationale Atomenergie-Organisation;	ADD* 298E
ADD* 298F	c) les représentants des Membres des Secteurs concernés.	c) die Vertreter der betreffenden Sektormitglieder.	ADD* 298F
ADD 298G	2. Les fonctionnaires élus, le Secrétaire général et les Bureaux de l'Union, selon les cas, sont représentés à l'assemblée ou à la conférence à titre consultatif. Deux membres du Comité du Règlement des radiocommunications, désignés par le Comité, doivent participer, à titre consultatif, aux assemblées des radiocommunications.	2. Je nach Bedarf sind die gewählten Beamten, das Generalsekretariat und die Büros der Union bei der Versammlung oder der Konferenz in beratender Eigenschaft vertreten. An den Funkversammlungen müssen zwei Mitglieder des Funkregulierungsausschusses, die von diesem zu benennen sind, in beratender Eigenschaft teilnehmen.	ADD 298G
SUP*	Article 26	Artikel 26	SUP*
SUP*	Article 27	Artikel 27	SUP*
SUP*	Article 28	Artikel 28	SUP*

SUP*	Article 29	Artikel 29	SUP*
SUP*	Article 30	Artikel 30	SUP*
	Article 31	Artikel 31	
	Pouvoirs aux conférences	Vollmachten bei den Konferenzen	
MOD 334 PP-98	5. Les pouvoirs doivent être déposés au secrétariat de la conférence dès que possible; à cet effet, les Etats Membres devraient envoyer leurs pouvoirs avant la date d'ouverture de la Conférence au Secrétaire général qui les transmet au secrétariat de la conférence dès que celui-ci est établi. La commission prévue au numéro 68 des Règles générales régissant les conférences, assemblées et réunions de l'Union est chargée de les vérifier; elle présente à la séance plénière un rapport sur ses conclusions dans le délai fixé par celle-ci. En attendant la décision de la séance plénière à ce sujet, toute délégation est habilitée à participer aux travaux et à exercer le droit de vote de l'Etat Membre concerné.	5. Die Vollmachten müssen so bald wie möglich beim Sekretariat der Konferenz hinterlegt werden. Daher sollten die Mitgliedstaaten ihre Vollmachten vor Beginn der Konferenz dem Generalsekretariat zuleiten, das sie an das Konferenzsekretariat weiterleitet, sobald dieses gebildet ist. Der Ausschuss nach Nummer 68 der Geschäftsordnung der Konferenzen, Versammlungen und Tagungen der Union ist beauftragt, sie zu prüfen; er legt der Plenarsitzung innerhalb einer von dieser gesetzten Frist einen Bericht über das Ergebnis der Prüfung vor. Solange die Plenarversammlung noch keine Entscheidung getroffen hat, ist jede Delegation berechtigt, sich an den Arbeiten zu beteiligen und das Stimmrecht des betreffenden Staates auszuüben.	MOD 334 PP-98
	Chapitre III	Kapitel III	
MOD	Règlement intérieur	Geschäftsordnung	MOD
	Article 32	Artikel 32	
MOD	Règles générales régissant les conférences, assemblées et réunions de l'Union	Geschäftsordnung der Konferenzen, Versammlungen und Tagungen der Union	MOD
MOD 339A PP-98	1. Les Règles générales régissant les conférences, assemblées et réunions de l'Union sont adoptées par la Conférence de plénipotentiaires. Les dispositions relatives à la procédure d'amendement de ces Règles et à l'entrée en vigueur des amendements sont contenues dans lesdites Règles.	1. Die Geschäftsordnung der Konferenzen, Versammlungen und Tagungen der Union wird von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten angenommen. Die Bestimmungen über das Verfahren für die Änderung der Geschäftsordnung und über das Inkrafttreten der Änderungen sind in der Geschäftsordnung selbst enthalten.	MOD 339A PP-98
MOD 340 PP-98	2. Les Règles générales régissant les conférences, assemblées et réunions de l'Union sont applicables sans préjudice des dispositions relatives à la procédure d'amendement contenue dans l'article 55 de la Constitution et l'article 42 de la présente Convention.	2. Die Geschäftsordnung der Konferenzen, Versammlungen und Tagungen der Union gilt unbeschadet der in Artikel 55 der Konstitution und in Artikel 42 dieser Konvention enthaltenen Bestimmungen über das Änderungsverfahren.	MOD 340 PP-98
	Chapitre IV	Kapitel IV	
	Autres dispositions	Andere Bestimmungen	
	Article 33	Artikel 33	
	Finances	Finanzen	
MOD 476 PP-94 PP-98	4. (1) Les organisations visées aux numéros 269A à 269E de la présente Convention et d'autres organisations internationales (sauf si elles ont été exonérées par le Conseil, sous réserve de réciprocité) et les Membres des Secteurs qui participent, conformément aux dispositions de la présente Convention, à une Conférence de plénipotentiaires, à une conférence, à une assemblée ou à une réunion d'un Secteur de l'Union, ou à une	4. (1) Die in den Nummern 269A bis 269E dieser Konvention erwähnten Organisationen sowie andere internationale Organisationen (es sei denn, sie sind unter Vorbehalt der Gegenseitigkeit vom Rat befreit worden) und die Sektormitglieder, die gemäß den Bestimmungen dieser Konvention an einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten, an einer Konferenz, Versammlung oder einer Tagung eines Sektors der Union teilnehmen oder	MOD 476 PP-94 PP-98

conférence mondiale des télécommunications internationales, contribuent aux dépenses des conférences, assemblées et réunions auxquelles ils participent en fonction du coût de ces conférences et réunions et conformément au Règlement financier. Toutefois, les Membres des Secteurs ne contribueront pas spécifiquement aux dépenses liées à leur participation à une conférence, une assemblée ou une réunion de leur Secteur respectif, sauf dans le cas des conférences régionales des radiocommunications.

Chapitre VI Arbitrage et amendement

Article 42

Dispositions pour amender la présente Convention

**MOD 523
PP-98**

5. Les Règles générales régissant les conférences, assemblées et réunions de l'Union s'appliquent, à moins que les paragraphes précédents du présent article, qui prévalent, n'en disposent autrement.

Partie II Date d'entrée en vigueur

Les amendements contenus dans le présent instrument entreront en vigueur, dans leur totalité et sous la forme d'un seul instrument, le 1^{er} janvier 2004 entre les Etats Membres qui seront alors parties à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et qui auront déposé avant cette date leur instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation du présent instrument ou d'adhésion à celui-ci.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires soussignés ont signé l'original du présent instrument d'amendement à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telle qu'amendée par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) et par la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998).

Fait à Marrakech, le 18 octobre 2002

einer weltweiten Konferenz für internationale Fernmeldedienste, beteiligen sich an den Ausgaben der Konferenzen, Versammlungen und Tagungen, an denen sie teilnehmen, entsprechend den Kosten dieser Konferenzen und Tagungen und gemäß den Finanzvorschriften. Die Sektormitglieder beteiligen sich hingegen nicht in besonderer Weise an den mit ihrer Teilnahme an einer Konferenz, Versammlung oder Tagung ihres Sektors verbundenen Ausgaben, außer im Falle regionaler Funkkonferenzen.

Kapitel VI Schiedsgerichtsbarkeit und Änderung der Konvention

Artikel 42

Bestimmungen zur Änderung der Konvention

**MOD 523
PP-98**

5. Sofern in den vorhergehenden Absätzen dieses Artikels, die maßgebend sind, nichts anderes bestimmt ist, gilt die Geschäftsordnung der Konferenzen, Versammlungen und Tagungen der Union.

Teil II Zeitpunkt des Inkrafttretens

Die in dieser Urkunde niedergelegten Änderungen treten in ihrer Gesamtheit als eine einzige Urkunde zum 1. Januar 2004 zwischen den Mitgliedstaaten in Kraft, die dann Vertragsparteien der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) sind und bis zu diesem Zeitpunkt ihre Ratifizierungs-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde dieser Urkunde bzw. ihre Beitrittsurkunde hinterlegt haben.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Regierungsbevollmächtigten die Urschrift dieser Änderungsurkunde der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) geänderten Form unterzeichnet.

Geschehen zu Marrakesch, den 18. Oktober 2002

Erklärungen und Vorbehalte
zum Abschluss der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion
(Marrakesch 2002)*)

Déclarations et réserves
faites à la fin de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications
(Marrakech, 2002)*)

En signant le présent document, qui fait partie des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002), les Plénipotentiaires soussignés confirment qu'ils ont pris acte des déclarations et réserves suivantes faites à la fin de la Conférence:

1

*Original: anglais***Pour le Népal:**

1. En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation du Népal réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un Etat Membre de l'Union n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998 et Marrakech, 2002) ou les dispositions des annexes et protocoles qui y sont joints, ou si des réserves formulées par tout Membre de l'Union compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication et portaient atteinte à sa souveraineté.
2. La délégation du Népal n'accepte pour son Gouvernement aucune incidence financière résultant de toute réserve qui pourrait être faite par un Membre sur des questions touchant aux finances de l'Union.

2

*Original: anglais***Pour la République des Philippines:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation de la République des Philippines réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire et suffisante, conformément à sa législation nationale, pour protéger ses intérêts, au cas où des réserves formulées par des représentants d'autres Etats Membres compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou porteraient atteinte à ses droits en tant que pays souverain.

La délégation des Philippines réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler des déclarations, ou des réserves et/ou de prendre, au besoin, d'autres mesures appropriées avant le dépôt de l'instrument de ratification des instruments d'amende-

*) Note du Secrétariat général – Les textes des déclarations et réserves sont présentés dans l'ordre chronologique de leur dépôt.

Dans la table des matières, ces textes sont classés dans l'ordre alphabétique des noms des Etats Membres dont ils émanent.

Mit der Unterzeichnung des vorliegenden Dokumentes, das ein Teil der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) ist, bestätigen die unterzeichnenden Regierungsbevollmächtigten, dass sie die folgenden Erklärungen und Vorbehalte zur Kenntnis genommen haben, die zum Abschluss der Konferenz vorgelegt wurden:

1

*Original: Englisch***Für Nepal:**

1. Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) behält die Delegation von Nepal ihrer Regierung das Recht vor, jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls ein Mitgliedstaat der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), geändert durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002), oder die Bestimmungen der dazugehörigen Anhänge und Protokolle missachtet oder falls die von irgendeinem Mitglied der Union geäußerten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste behindern und ihre Souveränität einschränken.
2. Die Delegation von Nepal akzeptiert für ihre Regierung keine finanzielle Auswirkung, die Folge irgendeines Vorbehaltes ist, der von einem Mitglied in Bezug auf finanzielle Fragen der Union geäußert werden könnte.

2

*Original: Englisch***Für die Republik der Philippinen:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) behält die Delegation der Republik der Philippinen ihrer Regierung das Recht vor, jede ihr notwendig und erforderlich erscheinende Maßnahme gemäß ihrer innerstaatlichen Gesetzgebung zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls die von den Vertretern anderer Mitglieder der Union geäußerten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste behindern und ihre Souveränitätsrechte einschränken.

Die Delegation der Philippinen behält darüber hinaus ihrer Regierung das Recht vor, Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren und/oder bei Bedarf andere geeignete Maßnahmen zu ergreifen, bevor eine Ratifikationsurkunde zu Änderungen (Mar-

*) Anmerkung des Generalsekretariats: Die Texte der Erklärungen und Vorbehalte werden in der chronologischen Reihenfolge ihrer Hinterlegung aufgeführt.

Im Inhaltsverzeichnis werden diese Texte in der alphabetischen Reihenfolge der Namen der Mitgliedstaaten aufgeführt, von denen sie vorgelegt werden.

ment (Marrakech, 2002) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou aux annexes et protocoles qui y sont joints, tels qu'amendés par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, et Minneapolis, 1998).

3

*Original: anglais***Pour la République de Saint-Marin:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation de la République de Saint-Marin réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un Membre de l'Union ne se conformerait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention, de ses annexes, des protocoles additionnels et des Règlements administratifs.

4

*Original: français***Pour la République de Bulgarie:**

La délégation de la République de Bulgarie à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002) déclare que la République de Bulgarie appliquera les dispositions adoptées sous la Constitution et la Convention de l'UIT, mais à partir de la date d'accession de la Bulgarie à la Communauté européenne, l'application de ces dispositions sera soumise aux obligations du Traité de fondation de la Communauté économique européenne.

En outre, elle réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts si un Membre de l'Union ne se conformait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) ou si les conséquences des réserves formulées par d'autres pays compromettraient les services de télécommunication de la Bulgarie;
2. de n'accepter aucune mesure financière pouvant entraîner une augmentation injustifiée de sa part contributive aux dépenses de l'Union;
3. de formuler toute déclaration ou réserve au moment de la ratification des amendements à la Constitution et à la Convention de l'UIT (Genève, 1992) adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002).

5

*Original: français***Pour la République de Guinée:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation de la République de Guinée réserve à son Gouvernement le droit souverain de prendre toutes les mesures et actions nécessaires pour protéger ses droits et intérêts nationaux au cas où certains Membres de l'Union manqueraient de quelque manière que ce soit, de respecter les dispositions desdits Actes et compromettraient directement ou indirectement les intérêts de ses services de télécommunications, ou mettraient en danger la sécurité de la souveraineté nationale.

rakesch 2002) der Konstitution oder der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder zu den dazugehörigen Anhängen und Protokollen, wie sie von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994 und Minneapolis 1998) geändert wurden, hinterlegt wird.

3

*Original: Englisch***Für die Republik San Marino:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) behält die Delegation der Republik San Marino ihrer Regierung das Recht vor, jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls ein Mitglied der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention, ihrer Anhänge und Zusatzprotokolle und der Vollzugsordnungen missachtet.

4

*Original: Französisch***Für die Republik Bulgarien:**

Die Delegation der Republik Bulgarien erklärt bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002), dass die Republik Bulgarien die im Rahmen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion angenommenen Bestimmungen anwenden wird, allerdings vom Zeitpunkt des Beitritts Bulgariens zur Europäischen Gemeinschaft an gerechnet; die Anwendung dieser Bestimmungen wird den Verpflichtungen des Gründungsvertrags der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterliegen.

Darüber hinaus behält sie ihrer Regierung das Recht vor:

1. jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls ein Mitglied der Union, in welcher Weise auch immer, gegen die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), geändert durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002), verstößt oder falls die Folgen der von anderen Ländern geäußerten Vorbehalte die Fernmeldedienste Bulgariens beeinträchtigen;
2. keine finanzielle Maßnahme anzunehmen, die eine ungegerechtfertigte Erhöhung seines Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnte;
3. zum Zeitpunkt der Ratifikation der Änderungen zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), angenommen durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002), jede Erklärung oder jeden Vorbehalt zu äußern.

5

*Original: Französisch***Für die Republik Guinea:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) behält die Delegation der Republik Guinea ihrer Regierung das uneingeschränkte Recht vor, alle ihr notwendig erscheinenden Maßnahmen und Vorkehrungen zu treffen und zu veranlassen, um ihre nationalen Rechte und Interessen zu schützen, falls gewisse Mitgliedstaaten der Union, in welcher Weise auch immer, die genannten Bestimmungen nicht beachten und direkt oder indirekt die Interessen ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder die Sicherheit der nationalen Souveränität gefährden sollten.

6

*Original: espagnol***Pour la République orientale de l'Uruguay:**

La délégation de la République orientale de l'Uruguay réserve à son Gouvernement le droit:

- de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Membres n'observeraient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002), ou les dispositions des annexes et des protocoles qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres Membres compromettaient le plein exercice de ses droits souverains ou le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;
- de formuler des réserves supplémentaires, en vertu de la Convention de Vienne de 1969 sur le droit des traités, au sujet des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), à tout moment qu'il jugera opportun entre la date de la signature et la date de ratification éventuelle des instruments internationaux qui constituent lesdits Actes finals.

7

*Original: anglais***Pour la République d'Indonésie:**

Au nom de la République d'Indonésie, la délégation de la République d'Indonésie à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002):

- réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute disposition ou mesure de protection qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts nationaux si des dispositions quelconques de la Constitution, de la Convention et des Résolutions ainsi que toute décision de la Conférence de plénipotentiaires de l'UIT (Marrakech, 2002) portaient atteinte directement ou indirectement à sa souveraineté ou étaient contraires à la Constitution, à la législation et à la réglementation de la République d'Indonésie ainsi qu'aux droits existants acquis par la République d'Indonésie en tant que partie à d'autres traités et conventions et découlant pour elle de tout principe du droit international;
- réserve en outre à son Gouvernement le droit de prendre toute disposition et mesure de protection qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts nationaux si un Membre quelconque n'observait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) ou si les conséquences des réserves formulées par un Membre quelconque compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou conduisaient à une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

8

*Original: espagnol***Pour la République d'El Salvador:**

La délégation de la République d'El Salvador réserve à son Gouvernement le droit:

- d'adopter les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts, au cas où certains Membres n'observeraient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de

6

*Original: Spanisch***Für die Republik Östlich des Uruguay:**

Die Delegation der Republik Östlich des Uruguay behält ihrer Regierung das Recht vor:

- jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls andere Mitglieder der Union die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), geändert durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002), oder die Bestimmungen der dazugehörigen Anhänge und Protokolle nicht beachten oder falls die von anderen Mitgliedern geäußerten Vorbehalte die volle Ausübung ihrer Souveränitätsrechte oder das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmelde-dienste beeinträchtigen;
- gemäß der Konvention von Wien aus dem Jahre 1969 über das Vertragsrecht ergänzende Vorbehalte zu den Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) zu jedem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt zwischen dem Datum der Unterzeichnung und dem Datum der möglichen Ratifikation der internationalen Urkunden, aus welchen die genannten Schlussakten bestehen, zu formulieren.

7

*Original: Englisch***Für die Republik Indonesien:**

Im Namen der Republik Indonesien behält die Delegation der Republik Indonesien bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) ihrer Regierung das Recht vor:

- jede ihr zum Schutz ihrer nationalen Interessen notwendig erscheinende Bestimmung oder Maßnahme geltend zu machen oder zu ergreifen, falls eine beliebige Bestimmung der Konstitution, der Konvention oder der Entschlüssen sowie irgendeine Entscheidung der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) direkt oder indirekt ihre Souveränität beeinträchtigen oder unvereinbar sind mit der Verfassung, der Gesetzgebung oder der Ordnung der Republik Indonesien oder mit den bestehenden Rechten, welche die Republik Indonesien als Vertragspartei anderer Verträge und Konventionen erworben hat und die sich für sie aus allen Grundsätzen des Internationalen Völkerrechts ergeben;
- darüber hinaus behält sie ihrer Regierung das Recht vor, jede ihr notwendig erscheinende Bestimmung oder Schutzmaßnahme festzulegen, um ihre nationalen Interessen zu schützen, falls irgendein Mitglied, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), geändert durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) nicht beachtet oder falls die Auswirkungen der von einem beliebigen Mitglied geäußerten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste gefährden oder zu einer Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union führen.

8

*Original: Spanisch***Für die Republik El Salvador:**

Die Delegation der Republik El Salvador behält ihrer Regierung das Recht vor:

- die ihr notwendig erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls bestimmte Mitglieder der Union die Bestimmungen der Konstitution und der Konven-

l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002), ou des annexes et protocoles joints auxdits instruments; ou si les réserves formulées par d'autres Membres compromettaient le plein exercice de ses droits souverains ou le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;

- de formuler des réserves additionnelles, en vertu de la Convention de Vienne de 1969 sur le droit des Traités, aux Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), à tout moment qu'il jugera opportun, entre la date de la signature et la date de la ratification éventuelle des instruments internationaux que constituent ces Actes finals.

9

Original: arabe/anglais

Pour le Royaume d'Arabie saoudite:

La délégation du Royaume d'Arabie saoudite à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002) déclare que son Gouvernement se réserve le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où d'autres pays n'observeraient pas les dispositions adoptées par la présente Conférence pour amender la Constitution et la Convention (Genève, 1992) et leurs amendements (Kyoto, 1994, et Minneapolis, 1998) ainsi que leurs annexes, ou s'ils n'assumaient pas leur part des dépenses de l'Union ou encore si leurs réserves, formulées maintenant ou dans l'avenir, ou leur non-respect des dispositions de la Constitution et de la Convention compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication du Royaume d'Arabie saoudite ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

La délégation du Royaume d'Arabie saoudite réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler les réserves additionnelles qu'il jugera nécessaires au sujet des Actes finals adoptés par la présente Conférence, jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification ou desdits Actes finals.

10

Original: arabe/anglais

Pour la République arabe syrienne:

La délégation du Royaume d'Arabie saoudite à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002) déclare, au nom du Gouvernement de la République arabe syrienne, que celui-ci se réserve le droit de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un Membre ne se conformerait pas, de quelque façon que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) ou si les réserves faites par ce Membre, maintenant ou dans l'avenir, en adhérant aux instruments susmentionnés ou en les ratifiant, compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la Syrie ou conduisaient à une augmentation de la part contributive de la Syrie aux dépenses de l'Union.

La République arabe syrienne se réserve en outre le droit de formuler toute réserve additionnelle qu'elle jugera nécessaire au sujet des Actes finals adoptés par la présente Conférence, jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification ou desdits Actes finals.

tion der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), geändert durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002), oder die Bestimmungen der zu den genannten Instrumenten gehörenden Anhänge und Protokolle nicht beachten oder falls die von anderen Mitgliedern geäußerten Vorbehalte die volle Ausübung ihrer Souveränitätsrechte oder das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste gefährden;

- gemäß der Konvention von Wien aus dem Jahre 1969 über das Vertragsrecht ergänzende Vorbehalte zu den Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) zu jedem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt zwischen dem Datum der Unterzeichnung und dem Datum der möglichen Ratifikation der internationalen Instrumente, aus welchen die genannten Schlussakten bestehen, ergänzende Vorbehalte zu formulieren.

9

Original: Arabisch/Englisch

Für das Königreich Saudi-Arabien:

Die Delegation des Königreichs Saudi-Arabien erklärt bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002), dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls andere Länder die von dieser Konferenz angenommenen Bestimmungen zur Änderung der Konstitution und der Konvention (Genf 1992) und ihrer Änderungen (Kioto 1994 und Minneapolis 1998) sowie ihrer Anhänge nicht beachten oder falls sie ihren Anteil an den Ausgaben der Union nicht leisten oder aber falls ihre zum jetzigen oder einem zukünftigen Zeitpunkt formulierten Vorbehalte oder ihre Missachtung der Bestimmungen der Konstitution und der Konvention das einwandfreie Funktionieren der Fernmeldedienste des Königreichs Saudi-Arabien gefährden oder eine Erhöhung seines Anteils an den Ausgaben der Union mit sich bringen.

Die Delegation des Königreichs Saudi-Arabien behält darüber hinaus ihrer Regierung das Recht vor, zusätzliche Vorbehalte zu formulieren, welche sie hinsichtlich der von dieser Konferenz angenommenen Schlussakten für notwendig erachtet, und zwar bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde oder der genannten Schlussakten.

10

Original: Arabisch/Englisch

Für die Arabische Republik Syrien:

Die Delegation des Königreichs Saudi-Arabien erklärt bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) im Namen der Regierung der Arabischen Republik Syrien, dass diese sich das Recht vorbehält, jede Maßnahme, die ihr notwendig erscheinen könnte, zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls ein Mitglied der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) missachtet oder falls die von diesem Mitglied zum jetzigen oder einem zukünftigen Zeitpunkt formulierten Vorbehalte, indem es den oben genannten Urkunden beitrifft oder sie ratifiziert, das einwandfreie Funktionieren der Fernmeldedienste Syriens gefährden oder zu einer Erhöhung des Anteils Syriens an den Ausgaben der Union führen.

Die Arabische Republik Syrien behält sich darüber hinaus das Recht vor, alle ihr notwendig erscheinenden zusätzlichen Vorbehalte in Bezug auf die von dieser Konferenz angenommenen Schlussakten zu formulieren, und zwar bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde oder der genannten Schlussakten.

11

*Original: arabe***Pour la République du Yémen:**

La délégation de la République du Yémen à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002) déclare, au nom du Gouvernement de la République du Yémen, qu'elle se réserve le droit de prendre toute mesure qu'elle jugera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications, ou si les réserves formulées par ce Membre compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication du Yémen ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

12

*Original: anglais***Pour la République de Chypre:**

La délégation de la République de Chypre réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où des Membres de l'Union n'assureraient pas leur part des dépenses de l'Union ou manqueraient, de quelque façon que ce soit, de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention (Genève, 1992) et/ou de ses annexes et des protocoles qui y sont joints, tels qu'amendés par les instruments (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002), ou encore si des réserves formulées par d'autres pays risquaient d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication, ou si d'autres mesures que prendrait ou envisagerait de prendre une personne physique ou morale portaient directement ou indirectement atteinte à sa souveraineté.

La délégation de la République de Chypre réserve en outre à son Gouvernement le droit de faire toute autre déclaration ou réserve jusqu'à ce que les instruments d'amendement (Marrakech, 2002) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les instruments de Kyoto, 1994 et les instruments de Minneapolis, 1998, soient ratifiés par la République de Chypre.

La délégation de Chypre déclare en outre que Chypre appliquera les dispositions adoptées en vertu de la Constitution et de la Convention de l'UIT mais à partir de la date d'accession de son pays à la Communauté européenne, l'application de ces dispositions sera soumise aux obligations qui découlent du Traité créant la Communauté économique européenne.

13

*Original: français***Pour la République centrafricaine:**

La délégation de la République centrafricaine réserve à son Gouvernement le droit de faire toute déclaration ou réserve au moment de la ratification des instruments d'amendement (Marrakech, 2002) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, et Minneapolis, 1998) et de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts si un Membre de l'Union n'observait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications, ou si les réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la République centrafricaine.

11

*Original: Arabisch***Für die Republik Jemen:**

Die Delegation der Republik Jemen erklärt bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) im Namen der Regierung der Republik Jemen, dass diese sich das Recht vorbehält, jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre nationalen Interessen zu schützen, falls ein Mitglied, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Constitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion nicht beachtet oder falls die von diesem Mitglied geäußerten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren der Fernmeldedienste der Republik Jemen gefährden oder zu einer Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union führen.

12

*Original: Englisch***Für die Republik Zypern:**

Die Delegation der Republik Zypern behält ihrer Regierung das Recht vor, jede ihr zum Schutz ihrer Interessen notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, falls Mitglieder der Union ihren Anteil an den Ausgaben der Union nicht leisten oder es versäumen sollten, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Constitution und der Konvention (Genf 1992) und/oder die Bestimmungen ihrer Anhänge und Zusatzprotokolle, wie sie durch die Urkunden (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geändert wurden, anzupassen oder falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte eine Erhöhung ihres Anteils an den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnten oder das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste gefährden oder falls andere Maßnahmen, die eine natürliche oder juristische Person ergreift oder zu ergreifen plant, direkt oder indirekt ihre Souveränität beeinträchtigt.

Die Delegation der Republik Zypern behält ihrer Regierung darüber hinaus das Recht vor, jede andere Erklärung oder jeden anderen Vorbehalt zu formulieren, bis die Ratifikationsurkunden zu Änderungen (Marrakesch 2002) zur Constitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie durch die Urkunden von Kioto 1994 und die von Minneapolis 1998 geändert wurden, von der Republik Zypern hinterlegt worden sind.

Die Delegation der Republik Zypern erklärt darüber hinaus, dass sie die gemäß der Constitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion angenommenen Bestimmungen anwenden wird, allerdings vom Zeitpunkt des Beitritts ihres Landes zur Europäischen Gemeinschaft an gerechnet, die Anwendung dieser Bestimmungen wird den Verpflichtungen unterliegen, die sich aus dem Gründungsvertrag der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ergeben.

13

*Original: Französisch***Für die Zentralafrikanische Republik:**

Die Delegation der Zentralafrikanischen Republik behält ihrer Regierung das Recht vor, jede Erklärung oder jeden Vorbehalt zum Zeitpunkt der Ratifikation der Änderungsurkunden (Marrakesch 2002) zur Constitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994 und Minneapolis 1998) geändert wurden, zu formulieren und jede ihr zum Schutz ihrer Interessen notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, falls ein Mitglied der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Constitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion missachtet oder falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren der Fernmeldedienste der Zentralafrikanischen Republik beeinträchtigen.

14

*Original: anglais***Pour la Grèce:**

En signant les Actes finals de la seizième Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation de la Grèce déclare:

1. qu'elle réserve à son Gouvernement le droit:
 - a) de prendre toute mesure conforme à sa législation nationale et au droit international qu'il pourra juger ou estimer nécessaire ou utile pour protéger et sauvegarder sa souveraineté, ses droits souverains et inaliénables et ses intérêts légitimes au cas où un Etat Membre de l'UIT n'observerait pas ou n'appliquerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des présents Actes finals et/ou des instruments de l'UIT (Constitution et/ou Convention et les annexes et le protocole facultatif qui y sont joints et/ou les Règlements administratifs), ou encore si des actions d'autres Etats, d'une entité publique ou privée, ou d'une tierce partie portaient atteinte, de manière générale, à sa souveraineté et à ses intérêts nationaux;
 - b) de formuler, en vertu de la Convention de Vienne de 1969 sur le droit des traités, toutes réserves auxdits Actes finals à tout moment qu'il jugera opportun entre la date de leur signature et la date de leur ratification, et de n'être lié par aucune disposition desdits Actes finals et/ou des instruments de l'UIT limitant, de quelque manière que ce soit, son droit souverain de formuler de telles réserves;
2. que toutes les déclarations, sans exception, formulées par son Gouvernement au moment de la signature des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (additionnelle) (Genève, 1992) (numéros 50 et 73), de la quatorzième Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) (numéros 73, 92 et 94) et de la quinzième Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) (numéros 53, 63, 65, 111, 112, 113) restent inchangées et valables dans leur intégralité.

15

*Original: anglais***Pour le Royaume du Lesotho:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002), la délégation du Royaume du Lesotho déclare, au nom du Gouvernement du Lesotho:

1. qu'elle n'acceptera aucune conséquence résultant des réserves formulées par un pays quel qu'il soit et, si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication, qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire;
2. qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un autre pays n'observerait pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires, respectivement, de Kyoto (1994), de Minneapolis (1998) et de Marrakech (2002) ou des annexes et protocoles qui y sont joints, des Règlements administratifs ou du Règlement intérieur des conférences, assemblées et réunions de l'Union.

14

*Original: Englisch***Für Griechenland:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der sechzehnten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) erklärt die Delegation von Griechenland:

1. dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält:
 - a) jede mit ihrer innerstaatlichen Gesetzgebung und dem Völkerrecht übereinstimmende Maßnahme zu ergreifen, die ihr notwendig oder zweckmäßig erscheinen könnte, um ihre Souveränität, ihre souveränen und unveräußerlichen Rechte und ihre rechtmäßigen Interessen zu schützen und zu bewahren, falls ein Mitgliedsstaat der Internationalen Fernmeldeunion, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen dieser Schlussakten und/oder der Urkunden der Internationalen Fernmeldeunion (Konstitution und/oder Konvention sowie die dazugehörigen Anhänge und das fakultative Protokoll und/oder die Vollzugsordnungen) missachtet oder nicht anwendet oder auch falls die Maßnahmen anderer Staaten, eines öffentlichen oder privaten Rechtssubjekts oder einer dritten Partei ganz allgemein ihrer Souveränität und ihren nationalen Interessen schaden;
 - b) gemäß der Konvention von Wien aus dem Jahre 1969 über das Vertragsrecht jegliche Vorbehalte zu den genannten Schlussakten zu formulieren, und zwar zu jedem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt zwischen dem Zeitpunkt ihrer Unterzeichnung und dem Zeitpunkt ihrer Ratifikation, und keine Bestimmung der genannten Schlussakten und/oder der Urkunden der Internationalen Fernmeldeunion als für sich als verbindlich anzusehen, welche, in welcher Weise auch immer, ihr Souveränitätsrecht einschränkt, derartige Vorbehalte zu formulieren;
2. dass ausnahmslos alle Erklärungen, welche ihre Regierung zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Schlussakten der zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Genf 1992) (Nummern 50 und 73) der vierzehnten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) (Nummern 73, 92 und 94) und der fünfzehnten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) (Nummern 53, 63, 65, 111, 112, 113) unverändert und in ihrer Gesamtheit gültig bleiben.

15

*Original: Englisch***Für das Königreich Lesotho:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) erklärt die Delegation des Königreichs Lesotho im Namen der Regierung von Lesotho:

1. dass sie keine Auswirkung annimmt, die sich aus Vorbehalten ergibt, welche ein beliebiges Land formuliert und, dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu treffen, falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste gefährden;
2. dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls ein anderes Land die Bestimmungen der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie jeweils durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten in Kioto (1994), in Minneapolis (1998) und in Marrakesch (2002) geändert wurden, und der dazugehörigen Anhänge und Protokolle, der Vollzugsordnungen oder der Geschäftsordnung der Konferenzen, Versammlungen und Tagungen der Union missachtet.

16

*Original: anglais***Pour la République de Pologne:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation de la République de Pologne déclare au nom de son Gouvernement:

1. qu'elle n'accepte aucune conséquence des réserves faites par d'autres gouvernements qui pourraient entraîner une augmentation de sa contribution aux dépenses de l'Union;
2. qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra estimer nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres n'assureraient pas leur part des dépenses de l'Union ou ne respecteraient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications telles qu'amendées par les Actes finals de la présente Conférence, ou si des réserves formulées par d'autres pays devaient compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;
3. qu'elle réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler des réserves spécifiques additionnelles à l'égard desdits Actes finals, ainsi que de tout autre instrument émanant d'autres conférences pertinentes de l'UIT qui n'a pas encore été ratifié, jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification correspondant.

17

*Original: anglais***Pour la République islamique du Pakistan:**

La délégation de la République islamique du Pakistan réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts, au cas où un Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) ou des annexes qui y sont jointes, ou encore si des réserves formulées par d'autres Membres compromettraient directement ou indirectement les intérêts de ses services de télécommunication ou porteraient atteinte à sa sécurité ou à sa souveraineté nationale.

18

*Original: anglais***Pour la République de Singapour:**

La délégation de la République de Singapour réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts si un Membre de l'Union ne respectait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002), ou des annexes et protocoles qui y sont joints, ou si une réserve formulée par un Membre de l'Union compromettrait le bon fonctionnement des services de télécommunication de la République de Singapour, portait atteinte à sa souveraineté ou entraînait une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

16

*Original: Englisch***Für die Republik Polen:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) erklärt die Delegation der Republik Polen im Namen ihrer Regierung:

1. dass sie keine Auswirkung akzeptiert, die sich aus Vorbehalten ergibt, welche andere Regierungen geäußert haben und welche zu einer Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union führen könnten;
2. dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, jede ihr zum Schutz ihrer Interessen notwendig erscheinende Maßnahme für den Fall zu ergreifen, dass bestimmte Mitglieder ihren Anteil an den Ausgaben der Union nicht leisten oder, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, so wie sie durch die Schlussakten dieser Konferenz geändert werden, missachten oder falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste gefährden sollten;
3. dass sie ihrer Regierung darüber hinaus das Recht vorbehält, zusätzliche, spezielle Vorbehalte zu formulieren, und zwar hinsichtlich der genannten Schlussakten und jedes anderen Instruments, das aus anderen relevanten Konferenzen der Internationalen Fernmeldeunion hervorgeht und welches noch nicht ratifiziert wurde, und zwar bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der entsprechenden Ratifikationsurkunde.

17

*Original: Englisch***Für die Islamische Republik Pakistan:**

Die Delegation der Islamischen Republik Pakistan behält ihrer Regierung das Recht vor, jede ihr zum Schutz ihrer Interessen notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, falls ein Mitglied der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Urkunden zur Änderung der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) angenommen wurden, oder der dazugehörigen Anhänge missachtet oder falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte direkt oder indirekt die Interessen ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder ihre Sicherheit und nationale Souveränität schädigen.

18

*Original: Englisch***Für die Republik Singapur:**

Die Delegation der Republik Singapur behält ihrer Regierung das Recht vor, jede Maßnahme, die ihr notwendig erscheint, zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls ein Mitglied der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geändert wurden, oder der dazugehörigen Anhänge und Protokolle missachtet oder falls ein von einem Mitglied der Union formulierter Vorbehalt das einwandfreie Funktionieren der Fernmeldedienste der Republik Singapur gefährdet, ihre Souveränität beeinträchtigt oder zu einer Erhöhung ihres Anteils an den Ausgaben der Union führt.

19

*Original: anglais***Pour la Mongolie:**

La délégation de la Mongolie réserve à son Gouvernement le droit de faire toute déclaration ou réserve au moment de la ratification des instruments d'amendement à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), et de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses intérêts si un Membre de l'Union n'observait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications, ou si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la Mongolie ou entraînaient une augmentation de sa contribution annuelle aux dépenses de l'Union.

20

*Original: anglais***Pour le Brunéi Darussalam:**

La délégation du Brunéi Darussalam réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un pays n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) ou des annexes et protocoles qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres pays nuisaient aux intérêts du Brunéi Darussalam ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

La délégation du Brunéi Darussalam réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler les réserves additionnelles qu'il estimera nécessaires, jusqu'au moment de la ratification par le Brunéi Darussalam de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et de ses amendements (Marrakech, 2002).

21

*Original: anglais***Pour la République populaire de Chine:**

La délégation de la République populaire de Chine, en signant les présents Actes finals, réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses intérêts si un Etat Membre ne se conformait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002), ou de leurs annexes, ou encore si des réserves formulées par d'autres pays menaçaient ses intérêts.

22

*Original: français***Pour la France:**

I. La délégation française réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra estimer nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où certains Etats Membres ne prendraient pas leur part aux dépenses de l'Union ou manqueraient de quelque façon que ce soit de se conformer aux dispositions des amendements à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles que modifiées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998), adoptées par la présente Conférence (Marrakech,

19

*Original: Englisch***Für die Mongolei:**

Die Delegation der Mongolei behält ihrer Regierung das Recht vor, jede Erklärung oder jeden Vorbehalt zum Zeitpunkt der Ratifikation der Urkunden zur Änderung der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) zu hinterlegen und jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls ein Mitglied der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion missachtet oder falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren der Fernmeldedienste der Mongolei gefährden oder zu einer Erhöhung ihres jährlichen Beitrags zu den Ausgaben der Union führen.

20

*Original: Englisch***Für Brunei Darussalam:**

Die Delegation von Brunei Darussalam behält ihrer Regierung das Recht vor, jede Maßnahme zu ergreifen, die ihr zum Schutz ihrer Interessen notwendig erscheint, falls ein Land, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), wie sie durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geändert wurden, oder der dazugehörigen Anhänge und Protokolle, missachtet oder falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte den Interessen von Brunei Darussalam schaden oder zu einer Erhöhung seines jährlichen Beitrags zu den Ausgaben der Union führen.

Die Delegation von Brunei Darussalam behält ihrer Regierung darüber hinaus das Recht vor, zusätzliche, ihr notwendig erscheinende Vorbehalte zu formulieren, und zwar bis zum Zeitpunkt der Ratifikation der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und ihrer Änderungen (Marrakesch 2002) durch Brunei Darussalam.

21

*Original: Englisch***Für die Volksrepublik China:**

Mit der Unterzeichnung dieser Schlussakten behält die Delegation der Volksrepublik China ihrer Regierung das Recht vor, jede Maßnahme, die ihr notwendig erscheint, zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls ein Mitglied der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geändert wurden, oder der dazugehörigen Anhänge missachtet oder falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte ihre Interessen gefährden.

22

*Original: Französisch***Für Frankreich:**

I. Die Delegation von Frankreich behält ihrer Regierung das Recht vor, jede Maßnahme, die ihr notwendig erscheint, zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls bestimmte Mitgliedstaaten ihren Anteil an den Ausgaben der Union nicht leisten oder, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Änderungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998) geändert wurden und von dieser Konferenz (Marrakesch 2002) angenommen werden,

2002), ou encore si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

- II. La délégation française déclare formellement que, pour ce qui concerne la France, l'application à titre provisoire ou définitif des amendements aux Règlements administratifs de l'Union telle que définie à l'article 54 de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telle qu'amendée par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, et Minneapolis, 1998), s'entend dans la mesure autorisée par le droit national.

23

*Original: anglais***Pour l'Islande, la Principauté de Liechtenstein et la Norvège:**

Au moment de signer les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002), les délégations des Etats Membres susmentionnés déclarent qu'elles maintiennent les déclarations et réserves que leurs pays respectifs ont formulées lors de la signature des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle (Genève, 1992), des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) et des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998).

24

*Original: anglais***Pour l'Islande, la Principauté de Liechtenstein et la Norvège:**

Les délégations des Etats Membres susmentionnés de l'Espace économique européen déclarent que lesdits Etats Membres appliqueront les instruments adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002) conformément à leurs obligations découlant pour elles du Traité instituant l'Espace économique européen.

25

*Original: anglais***Pour la Thaïlande:**

La délégation de la Thaïlande réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un Etat Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Actes finals des Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002), et les dispositions des annexes et protocoles qui y sont joints, ou si des réserves formulées par un autre Etat Membre compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

26

*Original: anglais***Pour la République populaire du Bangladesh:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation de la République populaire du Bangladesh réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un Membre ou des Membres de l'Union n'observeraient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions desdits Actes finals, de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications et des annexes ou protocoles qui y sont joints, ou si les réserves formulées par d'autres

missachten oder falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren seiner Fernmeldedienste gefährden oder zu einer Erhöhung seines Anteils an den Ausgaben der Union führen.

- II. Die französische Delegation erklärt ausdrücklich, dass, was Frankreich anbelangt, die vorläufige oder definitive Anwendung der Revisionen der Vollzugsordnungen der Union so wie sie in Artikel 54 der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), geändert durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kyoto 1994 und Minneapolis 1998), definiert wird, in dem Maße erfolgt, wie es die innerstaatliche Rechtsprechung zulässt.

23

*Original: Englisch***Für Island, das Fürstentum Liechtenstein und Norwegen:**

Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) erklären die Delegationen der oben genannten Mitgliedsländer, dass sie die Erklärungen und Vorbehalte beibehalten, die ihre jeweiligen Länder bei der Unterzeichnung der Schlussakten der zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Genf 1992), der Schlussakten der Regierungsbevollmächtigten (Kyoto 1994) und der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) formuliert haben.

24

*Original: Englisch***Für Island, das Fürstentum Liechtenstein und Norwegen:**

Die Delegationen der oben genannten Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes erklären, dass die genannten Mitgliedstaaten die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) angenommenen Urkunden gemäß ihren Verpflichtungen aus dem Gründungsvertrag des Europäischen Wirtschaftsraumes umsetzen werden.

25

*Original: Englisch***Für Thailand:**

Die Delegation von Thailand behält ihrer Regierung das Recht vor, jede Maßnahme, die ihr notwendig erscheint, zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls ein Mitglied der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kyoto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geändert wurden, und die Bestimmungen der dazugehörigen Anhänge und Protokolle missachtet oder falls die von einem anderen Mitglied der Union formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste gefährden oder zu einer Erhöhung ihres Anteils an den Ausgaben der Union führen.

26

*Original: Englisch***Für die Volksrepublik Bangladesch:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) behält die Delegation der Volksrepublik Bangladesch ihrer Regierung das Recht vor, jede Maßnahme, die ihr notwendig erscheint, zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls ein oder mehrere Mitglieder der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der genannten Schlussakten, der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion und der dazugehörigen Anhänge und Protokolle missachtet oder missachten oder falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte den

pays compromettaient le bon fonctionnement technique ou l'exploitation commerciale de ses services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

27

Original: arabe/anglais

Pour le Royaume d'Arabie saoudite, la République algérienne démocratique et populaire, le Royaume de Bahreïn, l'Etat du Koweït, la République arabe syrienne, la République du Yémen, les Emirats arabes unis, la République islamique d'Iran, la Tunisie, la République islamique du Pakistan, la Jamahiriya arabe libyenne populaire et socialiste, la Malaisie, le Sultanat d'Oman, et l'Etat du Qatar:

Les délégations susmentionnées à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002) déclarent que la signature et la ratification éventuelle par leurs Gouvernements respectifs des Actes finals de ladite Conférence ne sont pas valables vis-à-vis du Membre de l'UIT figurant sous l'appellation d'«Israël» et n'impliquent aucunement la reconnaissance de ce Membre par ces Gouvernements.

28

*Original: espagnol***Pour le Costa Rica:**

La délégation du Costa Rica à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002):

1. déclare qu'elle réserve à son Gouvernement le droit:
 - a) de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts nationaux et ses services de télécommunication au cas où d'autres Etats Membres n'observeraient pas les dispositions des Actes finals de ladite Conférence (Marrakech, 2002);
 - b) de formuler jusqu'à la date de ratification des Actes finals de ladite Conférence, les réserves qu'il jugera nécessaires au sujet de toutes les dispositions desdits Actes finals qui seraient contraires à la Constitution politique du Costa Rica à ses lois nationales, aux normes et règlements en vigueur;
2. déclare que le Costa Rica ne sera lié par les instruments de l'Union internationale des télécommunications, qui comprennent la Constitution, la Convention, les Règlements administratifs et les amendements ou modifications desdits instruments, que dans la mesure où leur application n'ira pas à l'encontre de l'ordre juridique national établi sur le territoire national ou dans des traités internationaux et après l'accomplissement des procédures constitutionnelles pertinentes.

29

*Original: anglais***Pour la République de l'Inde:**

1. En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation de la République de l'Inde déclare n'accepter pour son Gouvernement aucune conséquence financière résultant de réserves qui pourraient être formulées par un Membre sur des questions relatives aux finances de l'Union.
2. Par ailleurs, la délégation de la République de l'Inde réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour sauvegarder et protéger ses intérêts au cas où un Membre n'observerait pas, de quelque manière

einwandfreien technischen Betrieb oder die kommerzielle Nutzung ihrer Fernmeldedienste gefährden oder zu einer Erhöhung ihres Anteils an den Ausgaben der Union führen.

27

Original: Arabisch/Englisch

Für das Königreich Saudi-Arabien, die Demokratische Volksrepublik Algerien, das Königreich Bahrein, den Staat Kuwait, die Arabische Republik Syrien, die Republik Jemen, die Vereinigten Arabischen Emirate, die Islamische Republik Iran, Tunesien, die Islamische Republik Pakistan, die Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija, Malaysia, das Sultanat Oman und den Staat Katar:

Die oben genannten Delegationen bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) erklären, dass die Unterzeichnung und mögliche Ratifikation der Schlussakten der genannten Konferenz durch ihre jeweiligen Regierungen nicht gegenüber dem Mitglied der Internationalen Fernmeldeunion gelten, welches die Bezeichnung „Israel“ trägt und in keiner Weise die Anerkennung dieses Mitglieds durch diese Regierungen implizieren.

28

*Original: Spanisch***Für Costa Rica:**

Die Delegation von Costa Rica bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002)

1. erklärt, dass sie ihrer Regierung das Recht einräumt:
 - a) jede Maßnahme zu ergreifen, die ihr notwendig erscheint, um ihre nationalen Interessen und ihre Fernmeldedienste zu schützen, falls andere Mitgliedstaaten die Bestimmungen der Schlussakten der genannten Konferenz (Marrakesch 2002) missachten;
 - b) bis zum Zeitpunkt der Ratifikation der Schlussakten der genannten Konferenz die ihr notwendig erscheinenden Vorbehalte in Bezug auf alle Bestimmungen der genannten Schlussakten zu formulieren, die der Verfassung Costas Ricas und seiner innerstaatlichen Gesetzgebung sowie seinen geltenden Normen und Vorschriften widersprechen;
2. erklärt, dass Costa Rica an die Urkunden der Internationalen Fernmeldeunion zu denen die Konstitution, die Konvention, die Vollzugsordnungen und die Änderungen und Modifikationen der genannten Urkunden gehören, nur in dem Maße als für sich verbindlich anzusehen, wie ihre Umsetzung nicht gegen die auf dem nationalen Hoheitsgebiet oder im Rahmen internationaler Verträge und nach Abschluss der rechts-erheblichen, verfassungsmäßigen Verfahren errichtete Rechtsordnung verstößt .

29

*Original: Englisch***Für die Republik Indien:**

1. Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) erklärt die Delegation der Republik Indien im Namen ihrer Regierung, dass sie keine finanziellen Auswirkungen akzeptiert, die sich aus Vorbehalten ergeben, welche von anderen Mitgliedern in Bezug auf finanzielle Fragen der Union formuliert werden.
2. Die Delegation der Republik Indien behält ihrer Regierung das Recht vor, jede Maßnahme zu ergreifen, die ihr notwendig erscheint, um ihre Interessen zu schützen und zu wahren, falls ein Mitglied, in welcher Weise auch immer, eine

re que ce soit, une ou plusieurs dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et des amendements apportés par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002), ou des Règlements administratifs.

30

*Original: anglais***Pour la Malaisie:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation de la Malaisie réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres n'assureraient pas leur part des dépenses de l'Union ou si des Membres n'observaient pas, de quelque autre manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement (Marrakech, 2002) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998) ou des annexes qui y sont jointes, ou encore si les réserves formulées par d'autres Membres avaient pour effet de compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

La délégation de la Malaisie réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler toutes les réserves additionnelles qu'il pourra estimer nécessaires à l'égard des Actes finals adoptés par la présente Conférence et ce jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification pertinent.

31

*Original: anglais***Pour la République de Zambie:**

La délégation de la République de Zambie à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002) réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour sauvegarder ses intérêts au cas où un Etat Membre ou un Membre d'un Secteur de l'Union n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) ou si des réserves formulées par d'autres Membres compromettaient directement ou indirectement le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

32

*Original: français***Pour la République du Bénin:**

La délégation de la République du Bénin à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002) réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts, au cas où certains Membres n'observeraient pas les dispositions des présentes Constitution et Convention, ainsi que des annexes, protocoles additionnels et Règlements administratifs qui leur sont joints, ou si les réserves formulées par d'autres Membres devaient compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunications ou entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

oder mehrere der Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und ihrer Änderungen, vorgenommen durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002), oder der Vollzugsordnungen missachtet.

30

*Original: Englisch***Für Malaysia:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) behält die Delegation von Malaysia ihrer Regierung das Recht vor, jede Maßnahme zu ergreifen, die ihr notwendig erscheint, um ihre Interessen zu schützen, falls bestimmte Mitglieder ihren Anteil an den Ausgaben der Union nicht leisten oder falls Mitglieder, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Urkunden zur Änderung (Marrakesch 2002) der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994 und Minneapolis 1998) geändert wurden, oder der dazugehörigen Anhänge und Protokolle missachten oder auch für den Fall, dass die von anderen Mitgliedern geäußerten Vorbehalte zur Folge haben, dass das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste gefährdet wird.

Die Delegation von Malaysia behält ihrer Regierung darüber hinaus das Recht vor, alle zusätzlichen Vorbehalte zu formulieren, die ihr hinsichtlich der von dieser Konferenz angenommenen Schlussakten notwendig erscheinen, und zwar bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der rechtserheblichen Ratifikationsurkunde.

31

*Original: Englisch***Für die Republik Sambia:**

Die Delegation der Republik Sambia bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) behält ihrer Regierung das Recht vor, jede Maßnahme, die ihr notwendig erscheint, zu ergreifen, um ihre Interessen zu wahren, falls ein Mitgliedstaat oder ein Mitglied eines Sektors der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geändert wurden, missachtet oder falls die von anderen Mitgliedern formulierten Vorbehalte direkt oder indirekt das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste gefährden.

32

*Original: Französisch***Für die Republik Benin:**

Die Delegation der Republik Benin bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) behält ihrer Regierung das Recht vor, jede Maßnahme, die ihr notwendig erscheint, zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls bestimmte Mitglieder die Bestimmungen dieser Konstitution und Konvention sowie der dazugehörigen Anhänge, Zusatzprotokolle und Vollzugsordnungen missachten oder falls die von anderen Mitgliedern formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste gefährden oder zu einer Erhöhung ihres Anteils an den Ausgaben der Union führen müssen.

33

*Original: français***Pour le Burkina Faso:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002), la délégation du Burkina Faso réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger les intérêts du Burkina Faso:

1. si un Membre n'observait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002) et leurs annexes respectives;
2. si certains Membres refusaient volontairement de prendre part aux dépenses de l'Union;
3. si les réserves formulées par d'autres Membres étaient susceptibles de compromettre le bon fonctionnement et la bonne exploitation technique et/ou commerciale des services de télécommunication au Burkina Faso.

La délégation du Burkina Faso réserve par ailleurs à son Gouvernement le droit de faire toute déclaration ou réserve au moment de la ratification des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002).

34

*Original: espagnol***Pour la République du Guatemala:**

La délégation de la République du Guatemala réserve à son Gouvernement le droit de n'accepter aucune mesure financière pouvant entraîner une augmentation injustifiée de sa part contributive aux dépenses de l'Union internationale des télécommunications, de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts si les conséquences des réserves formulées par d'autres Etats Membres compromettaient le bon fonctionnement des systèmes de télécommunication de la République du Guatemala, ou si d'autres Etats Membres n'observaient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) ou d'autres instruments connexes, et de formuler des réserves et des déclarations avant la ratification et le dépôt des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002).

35

*Original: espagnol***Pour la République bolivarienne du Venezuela:**

La délégation de la République bolivarienne du Venezuela réserve à son Gouvernement le droit de prendre les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Membres, actuels ou futurs, ne respecteraient pas les dispositions des instruments d'amendement (Marrakech, 2002) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, et Minneapolis, 1998), des annexes ou protocoles qui y sont joints, ou si les réserves formulées par d'autres Membres compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

Elle formule également des réserves concernant les articles des instruments d'amendement (Marrakech, 2002) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunica-

33

*Original: Französisch***Für Burkina Faso:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) behält die Delegation von Burkina Faso ihrer Regierung das Recht vor, alle ihr zum Schutz der Interessen Burkina Fasos notwendig erscheinenden Maßnahmen zu treffen:

1. falls ein Mitglied die Bestimmungen der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) und ihrer jeweiligen Anhänge missachtet;
2. falls bestimmte Mitglieder willentlich ablehnen, sich an den Ausgaben der Union zu beteiligen;
3. falls die von anderen Mitgliedern geäußerten Vorbehalte voraussichtlich das einwandfreie Funktionieren der Fernmeldedienste und die ordnungsgemäße technische und/oder kommerzielle Nutzung der Fernmeldedienste in Burkina Faso beeinträchtigen.

Die Delegation von Burkina Faso behält ihrer Regierung im Übrigen das Recht vor, zum Zeitpunkt der Ratifikation der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) jede Erklärung oder jeden Vorbehalt zu äußern.

34

*Original: Spanisch***Für die Republik Guatemala:**

Die Delegation der Republik Guatemala behält ihrer Regierung das Recht vor, keine finanzielle Maßnahme zu akzeptieren, die zu einer ungerechtfertigten Erhöhung ihres Anteils an den Ausgaben der Internationalen Fernmeldeunion führen könnte, und jede ihr zum Schutz ihrer Interessen notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, falls die Auswirkungen der von anderen Mitgliedstaaten formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren der Fernmeldedienste der Republik Guatemala beeinträchtigen oder falls andere Mitgliedstaaten die Bestimmungen der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geändert werden, oder die Bestimmungen anderer damit verbundener Urkunden missachten sowie auch das Recht, Vorbehalte und Erklärungen vor der Ratifikation und der Hinterlegung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) zu formulieren.

35

*Original: Spanisch***Für die Bolivarische Republik Venezuela:**

Die Delegation der Bolivarischen Republik Venezuela behält ihrer Regierung das Recht vor, jede Maßnahme, die ihr notwendig erscheint, zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls andere, derzeitige oder künftige, Mitglieder die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Marrakesch 2002) zur Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998) geändert wurden, und die Bestimmungen der dazugehörigen Anhänge und Protokolle missachten oder falls die von anderen Mitgliedern formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste gefährden.

Sie äußert ebenfalls Vorbehalte bezüglich der Artikel der Änderungsurkunden (Marrakesch 2002) zur Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie

tions (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, et Minneapolis, 1998), relatifs à l'arbitrage comme moyen de règlement des différends, conformément à la politique internationale du Gouvernement de la République bolivarienne du Venezuela en la matière.

36

*Original: anglais***Pour la République arabe d'Égypte:**

Au nom de Dieu, le très clément, le très compatissant,

La délégation de la République arabe d'Égypte à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002), réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses droits et ses intérêts au cas où un autre Etat Membre n'observerait pas les dispositions des Actes finals (Marrakech, 2002) ou si une réserve formulée par le représentant d'autres Etats portait atteinte aux services de télécommunication de la République arabe d'Égypte, à sa sécurité nationale ou entravait le plein exercice de ses droits souverains ou conduisait à une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union;
2. de ne pas être lié par une disposition de la Constitution ou de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002) qui pourrait affecter directement ou indirectement sa souveraineté et contrevenir à la Constitution, aux lois et aux règlements de la République arabe d'Égypte;
3. de faire, en application de la Convention de Vienne de 1969 sur le droit des traités, toute autre déclaration ou réserve au sujet des Actes finals précités, adoptés par la présente Conférence (Marrakech, 2002), jusqu'au moment du dépôt des instruments de ratification pertinents.

37

*Original: français***Pour la République du Burundi:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation de la République du Burundi réserve à son Gouvernement le droit:

- de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où certains Etats Membres n'observeraient pas, de quelque façon que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'UIT ainsi que de ses annexes telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires de l'UIT (Marrakech, 2002), ou si les réserves formulées par d'autres Etats Membres devaient compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

38

*Original: anglais***Pour le Canada:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation du Canada réserve à son Gouvernement le droit de formuler des déclarations ou réserves additionnelles au moment du dépôt de ses instruments de ratification des amendements à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992)

durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998) geändert wurden, die sich auf die Schlichtung als Mittel zur Regelung von Streitfällen beziehen, und zwar entsprechend der diesbezüglichen internationalen Politik der Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela.

36

*Original: Englisch***Für die Arabische Republik Ägypten:**

Im Namen Allahs, des Barmherzigsten und Gnädigsten,

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) behält die Delegation der Arabischen Republik Ägypten bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) ihrer Regierung das Recht vor:

1. jede ihr zum Schutz ihrer Rechte und Interessen notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, falls ein anderer Mitgliedstaat die Bestimmungen der Schlussakten (Marrakesch 2002) missachtet oder falls ein von einem Vertreter anderer Staaten geäußelter Vorbehalt die Fernmeldedienste der Arabischen Republik Ägypten und ihre nationale Sicherheit beeinträchtigt oder die volle Ausübung ihrer souveränen Rechte behindert oder zu einer Erhöhung ihres Anteils an den Ausgaben der Union führt;
2. eine Bestimmung der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002), die direkt oder indirekt ihre Souveränität beeinträchtigen könnte und im Widerspruch zur Verfassung, zu den Gesetzen und Regelungen der Arabischen Republik Ägypten stehen könnte, als nicht verbindlich für sich anzusehen;
3. gemäß der Konvention von Wien aus dem Jahre 1969 über das Vertragsrecht jede andere Erklärung oder jeden anderen Vorbehalt bezüglich der genannten und von dieser Konferenz (Marrakesch 2002) angenommenen Schlussakten zu äußern, und zwar bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der rechtserheblichen Ratifikationsurkunden.

37

*Original: Französisch***Für die Republik Burundi:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) behält die Delegation der Republik Burundi ihrer Regierung das Recht vor:

- jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls bestimmte Mitgliedstaaten, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion sowie ihrer Anhänge, geändert durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002), missachten oder falls die von anderen Mitgliedstaaten formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen sollten.

38

*Original: Englisch***Für Kanada:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) behält die Delegation von Kanada ihrer Regierung das Recht vor, zusätzliche Erklärungen oder Vorbehalte zum Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Urkunden zur Ratifikation der Änderungen zur Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und ihrer bei dieser

et à ses amendements adoptés à la présente Conférence. Le Canada réserve en outre sa position en ce qui concerne les dispositions de la Convention adoptées par la présente Conférence au sujet des privilèges et immunités fonctionnels des personnes élues comme membres du Comité du Règlement des radiocommunications.

39

*Original: français***Pour la Tunisie:**

En signant les Actes finals de la Conférence des plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech 2002), la délégation tunisienne consigne les déclarations et réserves suivantes:

A – La délégation de la Tunisie réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts si des Membres de l'Union n'observaient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002);
2. de prendre les mesures nécessaires à la protection de ses intérêts, si des réserves déposées ou des mesures prises par d'autres Gouvernements devaient avoir pour conséquence de porter atteinte au bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou de conduire à une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union;
3. de refuser toute disposition desdites Constitution et Convention ou des annexes et protocoles qui y sont joints, qui pourrait affecter directement ou indirectement sa souveraineté.

B – Compte tenu de l'absence de dispositions de la Constitution et de la Convention qui définissent les rapports entre un Etat Membre et les Membres de Secteur qui ne relèvent pas de son autorité, qu'en cas de différend entre la Tunisie et de tels Membres de Secteurs, la Tunisie se réserve le droit, pour le règlement de ce différend, de demander l'application de l'article 56 de la Constitution vis-à-vis de tout Etat Membre dont relèveraient les Membres de Secteurs concernés.

C – La signature du présent document par la délégation de la Tunisie et sa ratification éventuelle par la République tunisienne ne sauraient représenter de quelque manière que ce soit:

- une reconnaissance implicite du Membre de l'UIT sous l'appellation d'Israël;
- de tout ou parties d'accords internationaux auxquels la Tunisie n'aurait pas expressément adhéré.

40

*Original: français/anglais***Pour l'Autriche, la Belgique et le Luxembourg:**

Les délégations des pays susmentionnés déclarent qu'elles maintiennent les déclarations et réserves faites ou reconfirmées à la fin de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Minneapolis, 1998) et que ces déclarations et réserves s'appliquent également aux instruments d'amendement à la Constitution et à la Convention adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002).

Konferenz angenommenen Änderungen zu formulieren. Kanada behält darüber hinaus seine Position bezüglich der Bestimmungen der Konvention bei, die von dieser Konferenz im Hinblick auf die zweckmäßigen Privilegien und Immunitäten der Personen, die als Mitglieder in den Funkregulierungsausschuss gewählt werden, angenommen werden.

39

*Original: Französisch***Für Tunesien:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) hinterlegt die tunesische Delegation die folgenden Erklärungen und Vorbehalte:

A – Die tunesische Delegation behält ihrer Regierung das Recht vor:

1. jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zum Schutz ihrer Interessen zu ergreifen, falls Mitglieder der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Union (Genf 1992), so wie sie durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geändert wurden, nicht beachten;
2. die zum Schutz ihrer Interessen notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, falls die von anderen Regierungen hinterlegten Vorbehalte oder ergriffenen Maßnahmen das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder zu einer Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union führen sollen;
3. jede Bestimmung der genannten Konstitution und Konvention oder der dazugehörigen Anhänge und Protokolle abzulehnen, die direkt oder indirekt ihre Souveränität beeinträchtigen könnte.

B – Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass keine Bestimmung der Konstitution und Konvention die Beziehungen zwischen einem Mitgliedstaat und den Sektormitgliedern definiert, die nicht seiner Autorität unterstehen, behält sich Tunesien das Recht vor, falls ein Streitfall zwischen Tunesien und einem solchen Sektormitglied auftauchen sollte, zur Regelung dieses Streitfalls die Anwendung des Artikels 56 der Konstitution gegenüber jedem Mitgliedstaat zu fordern, zu dem die betreffenden Sektormitglieder gehören.

C – Die Unterzeichnung dieses Dokuments durch die Delegation von Tunesien und seine eventuelle Ratifikation durch die tunesische Republik können in keiner Weise wie folgt verstanden werden:

- als implizite Anerkennung des Mitglieds der Internationalen Fernmeldeunion, das als Israel bezeichnet wird;
- als Anerkennung aller oder eines Teils der internationalen Abkommen, denen Tunesien nicht ausdrücklich beigetreten ist.

40

*Original: Französisch/Englisch***Für Österreich, Belgien und Luxemburg:**

Die Delegationen der oben genannten Länder erklären, dass sie die zum Abschluss der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Minneapolis 1998) geäußerten oder bestätigten Erklärungen und Vorbehalte beibehalten und dass diese Erklärungen und Vorbehalte auch für die Urkunden zur Änderung der Konstitution und der Konvention, angenommen von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002), gelten.

41

*Original: anglais***Pour le Royaume hachémite de Jordanie:**

La délégation du Royaume hachémite de Jordanie, en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002), réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toute mesure qu'il pourrait estimer nécessaire ou toute mesure requise pour protéger ses droits et ses intérêts au cas où d'autres Etats Membres de l'Union n'observeraient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) ou des annexes, protocoles ou Règlements qui y sont joints;
2. de protéger ses intérêts au cas où certains Etats Membres n'assumeraient pas leur part des dépenses de l'Union ou si les réserves formulées par d'autres Etats Membres compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication du Royaume hachémite de Jordanie;
3. de ne pas être lié par les dispositions des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002), qui peuvent directement ou indirectement porter atteinte à sa souveraineté et contrevenir à la Constitution, aux lois et aux règlements du Royaume hachémite de Jordanie;
4. de faire d'autres réserves ou déclarations jusqu'au moment où il ratifiera les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002).

42

*Original: anglais***Pour l'Union de Myanmar:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation de l'Union de Myanmar réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts, si un Membre ne se conformait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002);
2. de rejeter les conséquences de toute réserve formulée au sujet des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002) par d'autres Gouvernements, qui risquerait d'entraîner une augmentation de la part contributive de l'Union de Myanmar aux dépenses de l'Union ou qui risquerait de compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;
3. de formuler toute réserve qu'il jugera appropriée à l'égard de n'importe quel texte de la Constitution et de la Convention de l'UIT (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) et de leurs annexes, qui pourrait directement ou indirectement porter atteinte à sa souveraineté et aux intérêts de l'Union de Myanmar.

41

*Original: Englisch***Für das Haschemitische Königreich Jordanien:**

Die Delegation des Haschemitischen Königreichs Jordanien behält ihrer Regierung mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) das Recht vor:

1. jede Maßnahme, die ihr notwendig erscheinen könnte, oder jede erforderliche Maßnahme zu ergreifen, um ihre Rechte und Interessen zu schützen, falls andere Mitgliedstaaten der Union, in welcher Weise auch immer, gegen die Bestimmungen der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), geändert durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002), oder die dazugehörigen Anhänge, Protokolle oder Vollzugsordnungen verstoßen;
2. ihre Interessen zu schützen, falls bestimmte Mitgliedstaaten ihre Beiträge zu den Ausgaben der Union nicht leisten oder falls die von anderen Mitgliedstaaten geäußerten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren der Fernmeldedienste des Haschemitischen Königreichs Jordanien gefährden;
3. die Bestimmungen der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) als nicht verbindlich für sich anzusehen, welche direkt oder indirekt ihre Souveränität beeinträchtigen und gegen die Konstitution und die Gesetze und Vorschriften des Haschemitischen Königreichs Jordanien verstoßen;
4. andere Vorbehalte und Erklärungen, bis zu dem Zeitpunkt, zu dem sie die Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) ratifizieren wird, zu äußern.

42

*Original: Englisch***Für die Union Myanmar:**

Die Delegation der Union Myanmar behält ihrer Regierung mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) das Recht vor:

1. jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls ein Mitglied, in welcher Weise auch immer, gegen die Bestimmungen der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) verstößt;
2. die Auswirkungen jeglichen Vorbehaltes, den andere Regierungen in Bezug auf die Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) äußern, abzulehnen, wenn diese möglicherweise eine Erhöhung des Beitrags der Union Myanmar zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnten oder das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste dadurch gefährdet sein könnte;
3. jeden ihr angemessen erscheinenden Vorbehalt zu formulieren, und zwar in Bezug auf jeden beliebigen Text der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geändert wurden, und ihrer Anlagen, der direkt oder indirekt ihre Souveränität und die Interessen der Union Myanmar beeinträchtigen könnte.

43

*Original: anglais***Pour la République d'Estonie, la République de Lettonie et la République de Lituanie:**

Au moment de signer les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), les délégations des pays susmentionnés réservent à leurs Gouvernements respectifs le droit de prendre toute mesure qu'ils jugeront nécessaire pour protéger leurs intérêts si un Membre de l'Union ne se conformait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002), ou aux dispositions des annexes ou protocoles qui y sont joints, ou si les réserves d'un Membre de l'Union compromettaient le bon fonctionnement de leurs services de télécommunication.

44

*Original: anglais***Pour le Royaume du Swaziland:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation du Royaume du Swaziland déclare au nom de son Gouvernement qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts si des Membres ne se conformaient pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions des instruments de l'Union ou si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou portaient atteinte à sa souveraineté et que le Gouvernement du Royaume du Swaziland n'acceptera aucune conséquence des réserves faites par d'autres gouvernements qui pourraient entraîner une augmentation de la contribution du Royaume du Swaziland aux dépenses de l'Union.

45

*Original: espagnol***Pour la République de Colombie:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation de la République de Colombie:

1. déclare qu'elle réserve à son Gouvernement le droit:
 - a) d'adopter toute mesure qu'il jugera nécessaire, conformément à son ordre juridique interne et au droit international, pour sauvegarder ses intérêts nationaux au cas où d'autres Membres manqueraient de se conformer aux dispositions des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002) et au cas où les réserves formulées par les représentants d'autres Membres compromettraient les services de télécommunication de la République de Colombie ou le plein exercice de ses droits souverains;
 - b) de formuler des réserves, conformément à la Convention de Vienne de 1969 sur le droit des traités, au sujet des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002), à tout moment qu'elle jugera opportun entre la date de signature et la date de ratification éventuelle des instruments internationaux qui constituent lesdits Actes finals. En conséquence, elle ne s'estime pas liée par les règles qui limitent le droit souverain de faire des réserves au moment de la signature des Actes finals des conférences et autres réunions de l'Union;

43

*Original: Englisch***Für die Republik Estland, die Republik Lettland und die Republik Litauen:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) behalten die Delegationen der oben genannten Länder ihren jeweiligen Regierungen das Recht vor, jede ihnen zum Schutz ihrer Interessen notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, falls ein Mitglied der Union, in welcher Weise auch immer, gegen die Bestimmungen der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), in ihrer durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geänderten Form, oder gegen die Bestimmungen der dazugehörigen Anhänge und Protokolle verstößt oder falls die Vorbehalte eines Mitglieds der Union das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

44

*Original: Englisch***Für das Königreich Swasiland:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) erklärt die Delegation des Königreichs Swasiland im Namen ihrer Regierung, dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, jede ihr zum Schutz ihrer Interessen notwendig erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen, falls die Mitglieder, in welcher Weise auch immer, gegen die Bestimmungen der Urkunden der Union verstoßen oder falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder ihre Souveränität gefährden, und dass die Regierung des Königreichs Swasiland keine Auswirkung von Vorbehalten anderer Regierungen annehmen wird, die zu einer Erhöhung des Beitrags des Königreichs Swasiland zu den Ausgaben der Union führen könnten.

45

*Original: Spanisch***Für die Republik Kolumbien:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) erklärt die Delegation der Republik Kolumbien,

1. dass sie ihrer Regierung das Recht einräumt:
 - a) jede Maßnahme zu ergreifen, die ihr gemäß ihrer inneren Rechtsordnung und dem Völkerrecht notwendig erscheint, um ihre nationalen Interessen zu wahren, falls andere Mitglieder es versäumen, die Bestimmungen der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) zu beachten und falls die von den Vertretern anderer Mitglieder formulierten Vorbehalte die Fernmeldedienste der Republik Kolumbien oder die volle Ausübung ihrer Souveränitätsrechte beeinträchtigen;
 - b) gemäß der Konvention von Wien aus dem Jahre 1969 über das Vertragsrecht bezüglich der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) zu jedem ihr sinnvoll erscheinenden Zeitpunkt zwischen dem Zeitpunkt der Unterzeichnung und dem Zeitpunkt der möglichen Ratifikation der internationalen Urkunden, aus denen die genannten Schlussakten bestehen, Vorbehalte zu formulieren. Somit sieht sie die Vorschriften, die das souveräne Recht, Vorbehalte zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenzen oder anderer Sitzungen der Union zu hinterlegen, einschränken, als nicht verbindlich für sich an;

2. ratifie, quant au fond, les réserves N° 40 et 79 formulées à la Conférence administrative mondiale des radiocommunications (Genève, 1979), la réserve N° 64 formulée à la Conférence mondiale des radiocommunications (Istanbul, 2000) et la réserve N° 50 formulée à la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) en ce qui concerne les nouvelles dispositions qui figurent dans les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002), en particulier celles qui visent à amender la Constitution et la Convention;
3. déclare que la République de Colombie ne considérera comme contraignants les instruments de l'Union internationale des télécommunications, c'est-à-dire la Constitution, la Convention, les protocoles, les Règlements administratifs, que dans la mesure où elle aura dûment et expressément manifesté son consentement à être liée par chacun de ces instruments internationaux et sous réserve du respect des procédures constitutionnelles correspondantes. En conséquence, elle n'accepte pas de manifester son consentement supposé ou tacite à être liée;
4. déclare que, conformément au droit constitutionnel de la République de Colombie, son Gouvernement ne peut appliquer provisoirement les instruments internationaux qui constituent les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002) et les autres instruments de l'Union, en raison de leur contenu et de leur nature.

46

*Original: anglais***Pour la Nouvelle-Zélande:**

Au moment de signer les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002), la délégation de la Nouvelle-Zélande réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un autre pays ne respecterait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des Actes finals ou si les réserves formulées par un autre pays portaient préjudice ou atteinte aux intérêts de la Nouvelle-Zélande. La Nouvelle-Zélande se réserve en outre le droit de formuler des réserves et des déclarations précises pertinentes avant la ratification des Actes finals.

47

Original: anglais

Pour la République tchèque, la République d'Estonie, la République de Chypre, la République de Lettonie, la République de Lituanie, la République de Hongrie, Malte, la République de Pologne, la Roumanie, la République slovaque et la Turquie:

Les délégations de ces pays, qui sont candidats à l'Union européenne, déclarent que ceux-ci appliqueront les dispositions des Actes finals contenant la Constitution et la Convention de l'Union internationale des télécommunications, mais qu'à compter de la date de leur adhésion à la Communauté européenne, l'application de ces dispositions sera soumise aux obligations du Traité instituant la Communauté économique européenne.

48

Original: français/espagnol/anglais

Pour la République fédérale d'Allemagne, l'Autriche, la Belgique, le Danemark, l'Espagne, la Finlande, la France, la Grèce, l'Irlande, l'Italie, le Luxembourg, le Royaume des Pays-Bas, le Portugal, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et la Suède:

Les Délégations des Etats Membres de l'Union européenne déclarent que les Etats Membres de l'Union européenne appli-

2. dass sie den Inhalt der bei der weltweiten Verwaltungskonferenz für den Funkdienst (Genf 1979) formulierten Vorbehalte Nrn. 40 und 79, den bei der weltweiten Verwaltungskonferenz für den Funkdienst (Istanbul, 2000) formulierten Vorbehalt Nr. 64 und den bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) formulierten Vorbehalt Nr. 50 hinsichtlich der neuen Bestimmungen in den Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) und insbesondere die auf eine Änderung der Konstitution und die Konvention abzielenden Bestimmungen ratifiziert;
3. dass die Republik Kolumbien nur insoweit die Urkunden der Internationalen Fernmeldeunion, d. h. die Konstitution, die Konvention, die Protokolle und die Vollzugsordnungen als verbindlich für sich ansieht, als sie ausdrücklich und ordnungsgemäß ihre Zustimmung dazu erklärt hat, dass sie jede dieser internationalen Übereinkünfte als für sich verbindlich anerkennt, und zwar vorbehaltlich der Einhaltung der betreffenden verfassungsmäßigen Verfahren. Sie akzeptiert folglich nicht ein unterstelltes oder stillschweigendes Einverständnis, irgendwelche Bestimmungen als für sich verbindlich anzuerkennen;
4. dass ihre Regierung nach ihren verfassungsrechtlichen Bestimmungen die internationalen Urkunden, welche die Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) darstellen, sowie die anderen Übereinkünfte der Union wegen ihres Inhalts und ihrer Eigenart nicht vorläufig anwenden kann.

46

*Original: Englisch***Für Neuseeland:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) behält die Delegation von Neuseeland ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zum Schutz ihrer Interessen für erforderlich hält, falls andere Länder sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Schlussakten halten oder falls Vorbehalte anderer Länder die Interessen von Neuseeland verletzen oder beeinträchtigen. Ferner behält Neuseeland sich das Recht vor, vor der Ratifikation der Schlussakten geeignete besondere Vorbehalte und Erklärungen zu formulieren.

47

Original: Englisch

Für die Tschechische Republik, die Republik Estland, die Republik Zypern, die Republik Lettland, die Republik Litauen, die Republik Ungarn, Malta, die Republik Polen, Rumänien, die Slowakische Republik und die Türkei:

Die Delegationen dieser Länder, die Kandidatenländer für die Europäische Union sind, erklären, dass sie die Bestimmungen der Schlussakten, welche die Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion umfassen, anwenden werden, allerdings vom Zeitpunkt ihres Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft an gerechnet; die Anwendung dieser Bestimmungen wird den Verpflichtungen des Gründungsvertrags der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterliegen.

48

Original: Französisch/Spanisch/Englisch

Für die Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Belgien, Dänemark, Spanien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, das Königreich der Niederlande, Portugal, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und Schweden:

Die Delegationen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union erklären, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union die

queront les instruments adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002) conformément à leurs obligations au titre de traité instituant la Communauté économique européenne.

49

*Original: anglais***Pour la République slovaque:**

La délégation de la République slovaque réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un Etat Membre n'assumerait pas sa part des dépenses de l'Union ou ne respecterait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les instruments de Kyoto (1994), de Minneapolis (1998) et de Marrakech (2002) ou de leurs annexes, des protocoles ou des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002) qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres pays étaient susceptibles d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou, enfin si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

50

*Original: anglais***Pour la République tchèque:**

La délégation de la République tchèque réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts, au cas où un Etat Membre n'assumerait pas sa part des dépenses de l'Union ou ne respecterait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les instruments de Kyoto (1994), de Minneapolis (1998) et de Marrakech (2002) ou de leurs annexes, des protocoles ou des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002) qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres pays étaient susceptibles d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou, enfin si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

51

*Original: espagnol***Pour le Mexique:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation du Mexique réserve à son Gouvernement le droit:

De prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger et sauvegarder sa souveraineté, au cas où un autre Etat Membre n'observerait pas, de quelque façon que ce soit, ou cesserait d'appliquer les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications ainsi que les résolutions, les décisions, les recommandations, les annexes et les protocoles y joints, le tout constitue les Actes finals de ladite Conférence;

De formuler, en vertu de la Convention de Vienne sur le droit des traités, des réserves additionnelles au sujet des présents Actes finals à tout moment qu'il jugera opportun entre la date de leur signature et la date de leur ratification, conformément aux procédures prévues par sa législation nationale, et de ne se

von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) angenommenen Urkunden in Übereinstimmung mit ihren aus dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft abgeleiteten Verpflichtungen anwenden werden.

49

*Original: Englisch***Für die Slowakische Republik:**

Die Delegation der Slowakischen Republik behält ihrer Regierung das Recht vor, jede Maßnahme zu ergreifen, die sie zum Schutz ihrer Interessen für erforderlich hält, falls ein Mitgliedstaat seinen Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Änderungsurkunden (Kioto 1994) und die Änderungsurkunden (Minneapolis 1998) und die Änderungsurkunden (Marrakesch 2002) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen, der ihnen beigefügten Protokolle oder der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) halten sollte oder falls Vorbehalte anderer Länder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnten oder schließlich falls die Vorbehalte anderer Länder das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

50

*Original: Englisch***Für die Tschechische Republik:**

Die Delegation der Tschechischen Republik behält ihrer Regierung das Recht vor, jede ihr zur Wahrung ihrer Interessen notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, falls ein Mitgliedstaat seinen Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichtet oder, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), geändert durch die Urkunden von Kioto (1994), Minneapolis (1998) und Marrakesch (2002), oder ihrer Anhänge, der dazugehörigen Protokolle oder der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) missachtet oder falls Vorbehalte anderer Länder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnten oder schließlich falls die Vorbehalte anderer Länder das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

51

*Original: Spanisch***Für Mexiko:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) behält die Delegation von Mexiko ihrer Regierung das Recht vor:

Jede Maßnahme zu ergreifen, die sie zum Schutz und zur Wahrung ihrer souveränen Rechte für erforderlich hält, falls sich ein anderer Mitgliedstaat, in welcher Weise auch immer, nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion sowie an die dazugehörigen Entschlüsse, Entscheidungen, Empfehlungen, Anlagen und Protokolle hält, die zusammen die Schlussakten dieser Konferenz bilden;

Nach dem Wiener Übereinkommen von 1969 über das Vertragsrecht bis zum Zeitpunkt der Ratifikation dieser Schlussakten zusätzliche Vorbehalte zu diesen Schlussakten zu formulieren, und zwar zu jedem Zeitpunkt, der ihr zwischen ihrer Unterzeichnung und ihrer Ratifikation sinnvoll erscheint, und zwar gemäß

considérer lié à aucune disposition des présents Actes finals ayant pour effet de limiter son droit de formuler les réserves qu'il estime pertinentes;

De prendre les mesures qu'il jugera nécessaires pour sauvegarder ses intérêts en ce qui concerne l'utilisation de l'orbite des satellites géostationnaires et l'utilisation du spectre des fréquences radioélectriques aux fins de la prestation de ses services de télécommunication, au cas où des retards ou des difficultés dans l'application des procédures de coordination, de notification ou d'enregistrement des assignations de fréquence des réseaux à satellite causeraient un préjudice, en eux-mêmes, ou du fait d'autres Membres, compte tenu du principe de l'accès équitable à ces ressources;

De refuser la création et l'application d'une quelconque charge financière supplémentaire provenant d'une augmentation de l'unité contributive, autre que celle approuvée à la présente Conférence.

Par ailleurs, le Gouvernement du Mexique maintient et confirme les réserves qu'il a formulées lors de la signature des Actes finals des Conférences de plénipotentiaires (Genève, 1992, Kyoto, 1994, et Minneapolis, 1998) ainsi que celles formulées à l'occasion de l'adoption et de la révision des Règlements administratifs visés dans l'article 4 de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications, réserves qui doivent être considérées comme reproduites intégralement.

52

Original: français/anglais

Pour la République algérienne démocratique et populaire, le Royaume d'Arabie saoudite, la République arabe d'Égypte, la République islamique d'Iran, le Royaume hachémite de Jordanie, l'État du Koweït, le Royaume du Maroc, l'État du Qatar, la République du Yémen:

En signant les présents Actes finals, les pays suivants: la République algérienne démocratique et populaire, le Royaume d'Arabie saoudite, la République arabe d'Égypte, la République islamique d'Iran, le Royaume hachémite de Jordanie, l'État du Koweït, le Royaume du Maroc, l'État du Qatar et la République du Yémen déclarent, étant donné l'absence de dispositions de la Constitution et de la Convention qui définissent les rapports entre un État Membre et les Membres de Secteurs qui ne sont pas sous son autorité, qu'en cas de différend entre l'un d'entre eux et un Membre de Secteur, ils se réservent le droit d'appliquer l'article 56 de la Constitution vis-à-vis de l'État Membre concerné pour le règlement du différend.

53

Original: anglais

Pour la République fédérale d'Allemagne:

1. La délégation de la République fédérale d'Allemagne réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où certains États Membres n'assumeraient pas leur part des dépenses de l'Union ou ne respecteraient pas, de quelque autre manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement (Marrakech, 2002) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires de Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998 ou si des réserves formulées par d'autres États Membres étaient susceptibles d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou de compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

den durch ihre innerstaatliche Gesetzgebung vorgesehenen Verfahren, und keine Bestimmung dieser Schlussakten als verbindlich für sich anzusehen, die darauf ausgerichtet ist, ihr Recht, die ihr geeignet erscheinenden Vorbehalte zu formulieren, einzuschränken;

Die Maßnahmen zu ergreifen, die ihr zur Wahrung ihrer Interessen notwendig erscheinen, was die Nutzung der Umlaufbahn der geostationären Satelliten und die Nutzung des Funkfrequenzspektrums im Hinblick auf die Bereitstellung ihrer Fernmeldedienste angeht, falls Verzögerungen oder Schwierigkeiten bei der Anwendung der Koordinierungsverfahren, der Notifikation oder der Registrierung der Frequenzuteilungen der Satellitennetze an sich oder durch das Verhalten anderer Mitglieder eine Beeinträchtigung darstellen, wobei das Prinzip des gleichberechtigten Zugangs zu diesen Ressourcen berücksichtigt wird;

Die Bildung oder Umsetzung irgendeiner zusätzlichen finanziellen Belastung abzulehnen, die sich aus einer Erhöhung der Beitragseinheit ergibt und nicht mit der bei dieser Konferenz gebilligten Erhöhung übereinstimmt.

Ferner möchte die Regierung von Mexiko diejenigen Vorbehalte aufrechterhalten und bestätigen, die sie bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten von Genf (1992), Kioto (1994) und Minneapolis (1998) sowie bei der Annahme und Revision der Vollzugsordnungen formuliert hat und die in Artikel 4 der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion angesprochen werden, so als ob diese Vorbehalte hier in extenso abgedruckt wären.

52

Original: Französisch/Englisch

Für die Demokratische Volksrepublik Algerien, das Königreich Saudi-Arabien, die Arabische Republik Ägypten, die Islamische Republik Iran, das Haschemitische Königreich Jordanien, den Staat Kuwait, das Königreich Marokko, den Staat Katar, die Republik Jemen:

Mit der Unterzeichnung dieser Schlussakten erklären die folgenden Länder: die Demokratische Volksrepublik Algerien, das Königreich Saudi-Arabien, die Arabische Republik Ägypten, die Islamische Republik Iran, das Haschemitische Königreich Jordanien, der Staat Kuwait, das Königreich Marokko, der Staat Katar und die Republik Jemen angesichts der Tatsache, dass die Konstitution und die Konvention keine Bestimmungen enthalten, welche die Beziehungen zwischen einem Mitgliedstaat und den Sektormitgliedern definieren, die nicht der Autorität des Mitgliedstaates unterstehen, dass sie sich im Falle eines Streitfalls zwischen diesen und den Sektormitgliedern das Recht vorbehalten, Artikel 56 der Konstitution gegenüber dem entsprechenden Mitgliedstaat anzuwenden, um den Streitfall zu regeln.

53

Original: Englisch

Für die Bundesrepublik Deutschland:

1. Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitgliedstaaten ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Marrakesch 2002) zu der durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994 und Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten oder falls Vorbehalte anderer Länder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

2. La délégation de la République fédérale d'Allemagne déclare, à propos de l'article 4 de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), qu'elle maintient les réserves formulées au nom de la République fédérale d'Allemagne lors de la signature des Règlements administratifs visés à l'article 4.

54

*Original: anglais***Pour le Royaume des Tonga:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation du Royaume des Tonga déclare qu'elle réserve à son Gouvernement le droit:

- a) de prendre toute mesure conforme à son droit interne et au droit international, qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses intérêts nationaux au cas où d'autres Membres n'observeraient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par les Actes finals des Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002) ou si les mesures prises ou les réserves formulées par des représentants d'autres Etats portaient atteinte à sa souveraineté nationale ou au bon fonctionnement de ses télécommunications nationales ou encore entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union;
- b) de formuler, en vertu de la Convention de Vienne de 1969 sur le droit des traités, des réserves auxdits Actes finals à tout moment qu'il jugera opportun entre la date de leur signature et la date de leur ratification ou de leur approbation, et de n'être lié par aucune disposition desdits Actes finals ou de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications qui limiterait son droit souverain de formuler des réserves.

55

*Original: anglais***Pour le Japon:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002), sous réserve d'une ratification officielle, la délégation du Japon réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un Etat Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou des annexes qui y sont jointes, ou si des réserves formulées par d'autres pays nuisaient de quelque manière que ce soit à ses intérêts.

56

*Original: anglais***Pour Malte:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation de Malte déclare:

- a) que son Gouvernement n'accepte aucune conséquence des réserves faites par d'autres Gouvernements qui pourrait entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union;
- b) qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où des Membres n'assumeraient pas leur part des dépenses de l'Union ou n'observeraient pas de quelque manière que ce soit les dispositions de la Constitution et de

2. Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland erklärt im Hinblick auf Artikel 4 der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), dass sie die Vorbehalte, die im Namen der Bundesrepublik Deutschland bei der Unterzeichnung der in Artikel 4 genannten Vollzugsordnungen formuliert worden sind, aufrechterhält.

54

*Original: Englisch***Für das Königreich Tonga:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) erklärt die Delegation des Königreichs Tonga, dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält,

- a) alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften und dem Völkerrecht zur Wahrung ihrer nationalen Interessen für erforderlich hält, falls sich andere Mitglieder nicht an die Bestimmungen der durch die Schlussakten der Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten oder falls irgendwelche Maßnahmen oder Vorbehalte von Vertretern anderer Staaten ihre nationale Souveränität berühren, ihren nationalen Fernmeldesektor beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen;
- b) nach dem Wiener Übereinkommen von 1969 über das Vertragsrecht Vorbehalte zu den oben genannten Schlussakten zu formulieren, und zwar zu jedem Zeitpunkt, der ihr angemessen erscheint zwischen dem Zeitpunkt der Unterzeichnung und dem Zeitpunkt ihrer Ratifikation oder Annahme, und darüber hinaus keine Bestimmung dieser Schlussakten oder der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion als für sich verbindlich anzuerkennen, die ihr souveränes Recht, Vorbehalte zu formulieren, einschränkt.

55

*Original: Englisch***Für Japan:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) und vorbehaltlich ihrer offiziellen Ratifikation behält die Delegation von Japan ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitgliedstaat in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen halten oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Interessen in irgendeiner Weise beeinträchtigen.

56

*Original: Englisch***Für Malta:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) erklärt die Delegation von Malta:

- a) dass ihre Regierung keine Auswirkung von Vorbehalten anderer Regierungen anerkennt, die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnten;
- b) dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, jede ihre zum Schutz ihrer Interessen notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, falls die Mitglieder nicht ihren Anteil an den Ausgaben der Union entrichten oder falls sie, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der durch die Schlussakten

la Convention de l'Union internationale des télécommunications, telles qu'amendées par les Actes finals de la présente Conférence, ou si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de Malte;

- c) qu'elle réserve également à son Gouvernement le droit de formuler des réserves additionnelles au sujet des présents Actes finals ou de tout autre instrument découlant d'autres conférences pertinentes de l'UIT qui n'ont pas été ratifiés, jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification correspondant.

57

*Original: anglais***Pour l'Australie:**

La délégation de l'Australie déclare qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de faire toute déclaration ou réserve au moment du dépôt de ses instruments de ratification des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002).

58

*Original: anglais***Pour la République de Corée:**

La délégation de la République de Corée, en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002), réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un Etat Membre ne se conformerait pas de quelque manière que ce soit aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002) ou aux dispositions des annexes qui y sont jointes, ou si des réserves d'autres pays portaient atteinte de quelque manière que ce soit aux intérêts de la République de Corée.

59

*Original: russe***Pour la République d'Arménie, la République du Bélarus, la République kirghize, la République de Moldova, la République d'Ouzbékistan, la Fédération de Russie et l'Ukraine:**

Les délégations des pays susmentionnés réservent à leurs Gouvernements respectifs le droit de faire toute déclaration ou réserve au moment de la ratification des instruments d'amendement à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002) et de prendre toute mesure qu'ils jugeront nécessaire pour protéger leurs intérêts si un Membre de l'Union ne se conformait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications ou si les réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de leurs services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de leur contribution annuelle aux dépenses de l'Union.

60

*Original: français***Pour la République gabonaise:**

La délégation de la République gabonaise réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toutes mesures nécessaires pour protéger ses intérêts si certains Etats Membres n'observaient pas, de

dieser Konferenz geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion nicht beachten oder falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren der Fernmeldedienste von Malta beeinträchtigen;

- c) dass sie ihrer Regierung auch das Recht vorbehält, zusätzliche Vorbehalte zu diesen Schlussakten oder zu jeder anderen Urkunde zu erheben, die aus anderen einschlägigen Konferenzen der Internationalen Fernmeldeunion hervorgeht, welche noch nicht ratifiziert worden ist, und zwar bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der entsprechenden Ratifikationsurkunde.

57

*Original: Englisch***Für Australien:**

Die Delegation von Australien erklärt, dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, jede Erklärung oder jeden Vorbehalt zum Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Urkunden zur Ratifikation der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) abzugeben.

58

*Original: Englisch***Für die Republik Korea:**

Die Delegation der Republik Korea behält ihrer Regierung mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) das Recht vor, jede ihr zum Schutz ihrer Interessen notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, falls ein Mitgliedstaat, in welcher Weise auch immer, entweder die Bestimmungen der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), geändert durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002), oder die Bestimmungen der dazugehörigen Anhänge nicht beachten oder falls die Vorbehalte anderer Länder in irgendeiner Weise die Interessen der Republik Korea beeinträchtigen.

59

*Original: Russisch***Für die Republik Armenien, die Republik Belarus, die Kirgisische Republik, die Republik Moldau, die Republik Usbekistan, die Russische Föderation und die Ukraine:**

Die Delegationen der oben genannten Länder behalten ihren Regierungen das Recht vor, zu dem Zeitpunkt, zu dem die Änderungsurkunden (Marrakesch 2002) zu der geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion ratifiziert werden, jede Maßnahme zu ergreifen oder jeden Vorbehalt zu äußern, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich halten, falls sich ein Mitglied der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion hält oder falls Vorbehalte anderer Länder das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres jährlichen Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

60

*Original: Französisch***Für die Gabunische Republik:**

Die Delegation der Gabunischen Republik behält ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle zur Wahrung ihrer Interessen erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, falls sich bestimmte Mitgliedstaaten in irgendeiner

quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), ou les instruments d'amendement adoptés par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) ou encore, si des réserves formulées par d'autres Etats Membres étaient de nature à compromettre le fonctionnement de ses services de télécommunication;

2. d'accepter ou non les conséquences financières qui pourraient éventuellement résulter de ces réserves;
3. de formuler toutes réserves supplémentaires qu'il jugera nécessaires jusqu'au moment du dépôt des instruments de ratification.

61

*Original: anglais***Pour la République fédérative du Brésil:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation du Brésil déclare que, conformément aux dispositions de la Constitution du Brésil, cette signature doit être ratifiée par le Congrès national.

Par ailleurs, la délégation du Brésil tient à exprimer sa position concernant la Résolution 106 (Marrakech, 2002). D'une part, le Brésil souscrit en tous points à la proposition visant à étudier la révision de la structure et du fonctionnement de l'UIT et souligne l'importance d'une telle révision, qui est de nature à accroître rapidement l'efficacité et la souplesse des Secteurs. D'autre part, le Gouvernement du Brésil, conscient du fait que le groupe de travail du Conseil chargé d'étudier la question est ouvert à la participation de tous les Etats Membres et de tous les Membres des Secteurs, ainsi qu'il est spécifié dans la Résolution 106 (Marrakech, 2002), tient à maintenir son interprétation selon laquelle l'UIT est une organisation intergouvernementale et que seules les délégations des Etats Membres doivent représenter les pays dans les décisions de l'Union.

62

*Original: anglais***Pour l'Etat d'Israël:**

1. Le Gouvernement de l'Etat d'Israël déclare se réserver le droit:
 - a) de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts et pour sauvegarder le bon fonctionnement de ses services de télécommunication au cas où ils seraient compromis par les décisions ou les résolutions de la présente Conférence ou par des réserves formulées par d'autres Etats Membres;
 - b) de prendre toute mesure pour protéger ses intérêts au cas où un Etat Membre n'observerait pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) ou les dispositions des annexes et protocoles qui y sont joints, ou encore au cas où des réserves formulées par d'autres Etats Membres auraient pour effet de nuire au bon fonctionnement de ses services de télécommunication.
2. Le Gouvernement de l'Etat d'Israël se réfère à la Résolution 125 (Marrakech, 2002) et exprime sa position en l'espèce, à savoir que l'interprétation et l'application de ladite Résolution par tous les intéressés doivent être conformes et subordonnées aux dispositions de tout accord ou tout arrangement bilatéral, actuel ou futur, entre Israël et

ner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder an die von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) angenommenen Änderungsurkunden halten oder falls Vorbehalte anderer Mitgliedstaaten das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;

2. die finanziellen Folgen anzuerkennen oder abzulehnen, die sich aus diesen Vorbehalten ergeben könnten;
3. bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden erforderlichenfalls weitere Vorbehalte zu formulieren.

61

*Original: Englisch***Für die Föderative Republik Brasilien:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) erklärt die Delegation von Brasilien, dass diese Unterzeichnung gemäß den Verfassungsbestimmungen Brasiliens von seinem Parlament ratifiziert werden muss.

Ferner legt die Delegation von Brasilien Wert darauf, ihre Position bezüglich der Entschließung 106 (Marrakesch 2002) darzulegen. Einerseits unterstützt Brasilien in allen Punkten den Vorschlag zur Reform der Struktur und der Funktionsweise der UIT und unterstreicht die Wichtigkeit einer solchen Reform, welche zügig die Effizienz und Flexibilität der Sektoren steigern soll. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Arbeitsgruppe des Rates zur Untersuchung dieser Frage allen Mitgliedsländern und Sektormitgliedern zur Teilnahme offen steht, wie es in der Entschließung 106 (Marrakesch 2002) ausgeführt ist, legt die Regierung Brasiliens andererseits Wert darauf, an ihrer Auslegung festzuhalten, nach der die ITU eine zwischenstaatliche Organisation ist und nur die Delegationen der Mitgliedstaaten die Länder bei Entscheidungen der Union vertreten sollen.

62

*Original: Englisch***Für den Staat Israel:**

1. Die Delegation des Staates Israel behält ihrer Regierung das Recht vor,
 - a) alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen und zum Schutz ihrer Fernmeldedienste für erforderlich hält, falls Beschlüsse oder Entschlüsse dieser Konferenz oder Vorbehalte anderer Mitgliedstaaten ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen;
 - b) alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendein Mitgliedstaat nicht an die Bestimmungen der durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihre Anlagen oder die ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls die von anderen Mitgliedstaaten formulierten Vorbehalte zur Folge hätten, das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste zu beeinträchtigen.
2. Die Delegation des Staates Israel bezieht sich auf die Entschließung 125 (Marrakesch 2002) und legt ihre Position im vorliegenden Fall vor, d. h. dass die Auslegung und Anwendung der genannten Entschließung durch alle Betroffenen den Bestimmungen jedes derzeitigen oder zukünftigen Abkommens oder bilateralen Übereinkommens zwischen

la partie palestinienne. En outre, Israël interprétera et appliquera ladite Résolution conformément à la législation israélienne applicable et sous réserve de ladite législation.

3. Le Gouvernement de l'Etat d'Israël se réserve le droit de modifier les réserves et déclarations qui précèdent et de formuler toutes les nouvelles réserves ou les nouvelles déclarations qu'il jugera nécessaires jusqu'au moment du dépôt de ses instruments de ratification des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002).

63

*Original: anglais***Pour la République du Mozambique:**

La délégation de la République du Mozambique déclare que son Gouvernement:

1. se réserve le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où tout autre pays n'observerait pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), et de tout amendement apporté à ces instruments par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) et/ou les dispositions de tout autre instrument connexe;
2. n'acceptera pas toutes les conséquences quelles qu'elles soient de toute réserve formulée par un pays et qu'il se réserve le droit de prendre toute mesure qu'il jugera appropriée.

64

*Original: anglais***Pour la République islamique d'Iran:**

Au nom de Dieu, le très clément, le très compatissant,

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation de la République islamique d'Iran réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toute mesure qu'il pourrait estimer nécessaire ou toute mesure requise pour protéger ses droits et ses intérêts au cas où d'autres Etats Membres n'observeraient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des présentes Constitution et Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou les dispositions des annexes, protocoles et règlements qui y sont joints;
2. de protéger ses intérêts au cas où certains Etats Membres n'assureraient pas leur part des dépenses de l'Union ou si les réserves formulées par d'autres Etats Membres compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la République islamique d'Iran;
3. de ne pas être lié par toute disposition de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) qui risque directement ou indirectement de porter atteinte à sa souveraineté et de contrevenir à la Constitution, aux lois et aux règlements de la République islamique d'Iran;
4. de faire toute autre réserve ou déclaration jusqu'à la ratification des instruments d'amendement (Marrakech, 2002) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992).

Israel und der palästinensischen Seite entsprechen und unterliegen müssen. Ferner wird Israel die genannte Entschließung gemäß und vorbehaltlich seiner geltenden israelischen Gesetzgebung auslegen und anwenden.

3. Die Regierung des Staates Israel behält sich das Recht vor, die vorangegangenen Vorbehalte und Erklärungen zu ändern und alle ihr notwendig erscheinenden neuen Vorbehalte und Erklärungen zu äußern, und zwar bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung seiner Urkunden zur Ratifikation der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002).

63

*Original: Englisch***Für die Republik Mosambik:**

Die Delegation der Republik Mosambik erklärt, dass ihre Regierung:

1. sich das Recht vorbehält, jede ihr zum Schutz ihrer Interessen notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, falls ein anderes beliebiges Land die Bestimmungen der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und jeder Änderung, die diesen Urkunden durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) beigefügt wurde und/oder die Bestimmungen jeder anderen damit verbundenen Urkunde;
2. nicht alle beliebigen Auswirkungen jedes von einem Land formulierten Vorbehaltes annehmen wird und dass sie sich das Recht vorbehält, jede Maßnahme zu ergreifen, die ihr angemessen erscheint.

64

*Original: Englisch***Für die Islamische Republik Iran:**

Im Namen Allahs, des Barmherzigsten und Gnädigsten,

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) behält die Delegation der Islamischen Republik Iran ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zum Schutz ihrer Rechte und Interessen für erforderlich hält oder die hierzu erforderlich sind, falls sich andere Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen dieser Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder die Bestimmungen ihrer Anlagen, der ihnen beigefügten Protokolle und der dazugehörigen Vollzugsordnungen halten;
2. ihre Interessen zu wahren, falls bestimmte Mitgliedstaaten ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder falls Vorbehalte anderer Mitgliedstaaten die Fernmeldedienste der Islamischen Republik Iran beeinträchtigen;
3. nicht jede Bestimmung der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), die unmittelbar oder mittelbar ihre Staatshoheit berühren und der Verfassung, den Gesetzen und den Vorschriften der Islamischen Republik Iran zuwiderlaufen können, nicht als für sich verbindlich anzuerkennen;
4. weitere Vorbehalte oder Erklärungen zu formulieren, bis die Änderungsurkunden (Marrakesch 2002) zur Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) ratifiziert sind.

65

*Original: anglais***Pour la République du Botswana:**

La délégation de la République du Botswana déclare que le Gouvernement de la République du Botswana:

1. se réserve le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un autre pays n'observerait pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et des amendements qui y ont été apportés par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) et/ou d'autres instruments associés;
2. n'acceptera aucune conséquence résultant d'une réserve formulée par un pays et se réserve le droit de prendre toute mesure qu'il jugera appropriée.

66

*Original: espagnol***Pour l'Espagne:**

- I. La délégation de l'Espagne déclare au nom de son Gouvernement qu'elle n'accepte aucune des déclarations ou réserves formulées par d'autres gouvernements qui impliquent une augmentation de ses obligations financières.
- II. La délégation de l'Espagne, en vertu des dispositions de la Convention de Vienne sur le droit des traités du 23 mai 1969, réserve au Royaume d'Espagne le droit de formuler des réserves au sujet des Actes finals adoptés par la présente Conférence, jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification approprié.

67

Original: anglais

Pour la République fédérale d'Allemagne, la République azerbaïdjanaise, le Danemark, la République d'Estonie, la Finlande, la France, la République de Hongrie, l'Irlande, l'Italie, la République de Lettonie, Malte, le Royaume des Pays-Bas, le Portugal, la République slovaque, la République tchèque, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, la Suède, la Confédération Suisse et la Turquie:

Au moment de signer les Actes finals de la présente Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002), les délégations des pays susmentionnés déclarent formellement qu'elles maintiennent les déclarations et réserves que leurs pays respectifs ont formulées lors de la signature des Actes finals des précédentes Conférences de l'Union habilitées à conclure des traités comme si elles les avaient formulées intégralement à la présente Conférence de plénipotentiaires.

68

*Original: anglais***Pour la Turquie:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002), la délégation de la République de Turquie:

1. réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour sauvegarder ses intérêts, au cas où un Etat Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, puis Marrakech, 2002), ou des annexes ou protocoles qui y sont joints, ou si les réserves formulées par un Etat Membre

65

*Original: Englisch***Für die Republik Botsuana:**

Die Delegation der Republik Botsuana erklärt im Namen der Regierung der Republik Botsuana,

1. dass sie dieser das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich andere Länder nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und aller hierzu von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) vorgenommenen Änderungen und/oder andere zu ihnen gehörige Urkunden halten;
2. dass sie keine Folgen von Vorbehalten irgendeines Landes anerkennt und ihrer Regierung das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich hält.

66

*Original: Spanisch***Für Spanien:**

- I. Die Delegation von Spanien erklärt im Namen ihrer Regierung, dass sie weder Erklärungen noch Vorbehalte anderer Regierungen anerkennt, die eine Erhöhung ihrer finanziellen Verpflichtungen nach sich ziehen können.
- II. Die Delegation von Spanien behält nach dem Wiener Übereinkommen vom 23. Mai 1969 über das Vertragsrecht dem Königreich Spanien das Recht vor, bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der betreffenden Ratifikationsurkunde Vorbehalte zu den von dieser Konferenz angenommenen Schlussakten zu formulieren.

67

Original: Englisch

Für die Bundesrepublik Deutschland, die Republik Aserbaidschan, Dänemark, die Republik Estland, Finnland, Frankreich, die Republik Ungarn, Irland, Italien, die Republik Lettland, Malta, das Königreich der Niederlande, Portugal, die Slowakische Republik, die Tschechische Republik, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, Schweden, die Schweizerische Eidgenossenschaft und die Türkei:

Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Schlussakten dieser Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) erklären die Delegationen der oben genannten Staaten förmlich, dass sie die Erklärungen und Vorbehalte, die ihre jeweiligen Länder bei der Unterzeichnung der Schlussakten der vorangegangenen Konferenzen, die zum Abschluss von Verträgen befugt waren, beibehalten, als ob sie sie bei dieser Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in gleicher Weise formuliert hätten.

68

*Original: Englisch***Für die Türkei:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) erklärt die Delegation der Republik Türkei:

1. dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, jede ihr zur Wahrung ihrer Interessen notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, falls ein Mitgliedstaat, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in ihrer durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geänderten Form oder der dazugehörigen Anhänge und Protokolle nicht beachtet oder falls die von einem Mitgliedstaat

compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union;

2. réserve à son Gouvernement le droit, si nécessaire, de formuler des réserves additionnelles au sujet des présents Actes finals;
3. déclare, au nom de son Gouvernement, qu'elle n'accepte aucune conséquence résultant des réserves susceptibles d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union;
4. déclare formellement que les réserves faites auparavant au sujet de la Constitution, de la Convention et des Règlements administratifs de l'Union prévaudront à moins qu'il n'en soit déclaré autrement.

69

*Original: anglais***Pour la République azerbaïdjanaise:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002), la délégation de la République azerbaïdjanaise:

1. réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts, si un Etat Membre ne se conformait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, puis Marrakech, 2002) ou aux annexes et protocoles qui y sont joints, ou si les réserves formulées par un Etat Membre compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de sa contribution aux dépenses de l'Union;
2. réserve à son Gouvernement le droit, si nécessaire, de formuler des réserves additionnelles au sujet des présents Actes finals;
3. déclare, au nom de son Gouvernement, qu'elle n'accepte aucune conséquence de réserves qui pourraient entraîner une augmentation de sa contribution aux dépenses de l'Union;
4. déclare formellement que les réserves formulées précédemment au sujet de la Constitution, de la Convention et des Règlements administratifs de l'Union prévalent, sauf déclaration contraire.

70

*Original: anglais***Pour les Etats-Unis d'Amérique:**

Les Etats-Unis d'Amérique se réfèrent aux dispositions relatives aux réserves de l'article 32 de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et relèvent que, lors de l'examen des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002), ils seront peut-être amenés à formuler des réserves ou des déclarations additionnelles. En conséquence, les Etats-Unis d'Amérique se réservent le droit de formuler des déclarations ou des réserves additionnelles au moment du dépôt de leur instrument de ratification des amendements à la Constitution et à la Convention (Genève, 1992) adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002).

Les Etats-Unis d'Amérique réitèrent et incorporent par référence toutes les réserves et déclarations formulées lors de conférences administratives mondiales ou de conférences mondiales des radiocommunications avant la signature des présents Actes finals.

geäußerten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste gefährden oder zu einer Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union führen;

2. dass sie ihrer Regierung das Recht einräumt, falls erforderlich, zusätzliche Vorbehalte zu diesen Schlussakten zu formulieren;
3. im Namen ihrer Regierung, dass sie keine Auswirkung annimmt, die aus Vorbehalten hervorgeht, die zu einer Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union führen könnten;
4. förmlich, dass die Vorbehalte, die sie bereits früher bezüglich der Konstitution, der Konvention und der Vollzugsordnungen der Union gemacht hat, weiter bestehen bleiben solange sie sich nicht anders äußert.

69

*Original: Englisch***Für die Republik Aserbaidschan:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) erklärt die Delegation der Republik Aserbaidschan:

1. dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, jede ihr zur Wahrung ihrer Interessen notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, falls ein Mitgliedstaat, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in ihrer durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geänderten Form oder der dazugehörigen Anhänge und Protokolle nicht beachtet oder falls die von einem Mitgliedstaat geäußerten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste gefährden oder zu einer Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union führen;
2. dass sie ihrer Regierung das Recht einräumt, falls erforderlich, zusätzliche Vorbehalte zu diesen Schlussakten zu formulieren;
3. im Namen ihrer Regierung, dass sie keine Auswirkung annimmt, die aus Vorbehalten hervorgeht, die zu einer Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union führen könnten;
4. förmlich, dass die Vorbehalte, die sie bereits früher bezüglich der Konstitution, der Konvention und der Vollzugsordnungen der Union gemacht hat, weiter bestehen bleiben solange sie keine andere Erklärung abgibt.

70

*Original: Englisch***Für die Vereinigten Staaten von Amerika:**

Die Vereinigten Staaten von Amerika beziehen sich auf die Vorbehalte des Artikels 32 der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und weisen darauf hin, dass sie es bei der Prüfung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) für erforderlich erachten könnten, zusätzliche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren. Infolgedessen behalten die Vereinigten Staaten von Amerika sich das Recht vor, zusätzliche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren, während ihre Ratifikationsurkunden zu den von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) angenommenen Änderungen der Konstitution und der Konvention (Genf 1992) hinterlegt werden.

Die Vereinigten Staaten von Amerika wiederholen und übernehmen hiermit durch Bezugnahme alle bei weltweiten Verwaltungskonferenzen und weltweiten Funkkonferenzen vor der Unterzeichnung dieser Schlussakten formulierten Vorbehalte und Erklärungen.

Les Etats-Unis d'Amérique ne sauraient consentir, par la signature ou par toute ratification ultérieure des amendements à la Constitution et à la Convention adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002), à être liés par les Règlements administratifs adoptés avant la date de signature des présents Actes finals. Les Etats-Unis d'Amérique ne sauraient être considérés comme ayant consenti à être liés par les révisions partielles ou totales des Règlements administratifs adoptés après la date de signature des présents Actes finals, s'ils n'ont pas expressément notifié à l'Union internationale des télécommunications leur consentement à être liés.

71

*Original: anglais***Pour les Etats-Unis d'Amérique:**

S'agissant des privilèges et immunités qui seront octroyés conformément au numéro ADD 142A de l'article 10 de la Convention de l'Union internationale des télécommunications, les Etats-Unis d'Amérique accorderont aux membres du Comité du Règlement des radiocommunications les privilèges et immunités fonctionnels équivalents à ceux qui sont accordés aux fonctionnaires des organisations internationales visées dans la loi des Etats-Unis, sur les immunités accordées aux organisations internationales (International Organizations Immunities Act, 22 United States Code 288 et. seq.).

72

*Original: espagnol***Pour Cuba:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'UIT (Marrakech, 2002), la délégation de Cuba déclare que:

- devant la persistance des ingérences du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique, qui impose des émissions de radiodiffusion et de télévision dirigées vers le territoire cubain à des fins politiques et de déstabilisation, en violation flagrante des dispositions et principes régissant les télécommunications mondiales, qui consistent notamment à faciliter la coopération internationale et le développement économique et social entre les peuples, et au détriment du bon fonctionnement et du développement normal des services de radiocommunication cubains, l'Administration cubaine se réserve le droit de prendre toutes mesures qu'elle jugera nécessaires;
- les conséquences des mesures que l'Administration cubaine se verra obligée de prendre en raison des actes illégaux du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique seront de la responsabilité unique et entière de ce Gouvernement. Par ailleurs, l'Administration cubaine ne reconnaît en aucune manière la notification, l'inscription et l'utilisation de fréquences par le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique sur la partie du territoire cubain de la province de Guantánamo, qui est occupée par la force et contre la volonté expresse du peuple et du Gouvernement cubains;
- le Gouvernement de Cuba se réserve le droit de prendre les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Etats Membres ne respecteraient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement (Marrakech, 2002) de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, et Minneapolis, 1998), des Règlements administratifs ou des Règles générales régissant les conférences, assemblées et réunions de l'Union ou si les

Weder durch die Unterzeichnung noch durch eine spätere Ratifikation der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) angenommenen Änderungen der Konstitution und der Konvention erkennen die Vereinigten Staaten von Amerika die vor dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieser Schlussakten angenommenen Vollzugsordnungen als für sich verbindlich an. Ebenso wenig können die Vereinigten Staaten von Amerika so angesehen werden, als hätten sie die teilweisen oder vollständigen Revisionen der Vollzugsordnungen, die nach dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieser Schlussakten angenommen werden, als für sich verbindlich anerkannt, solange die Vereinigten Staaten von Amerika der Internationalen Fernmeldeunion nicht durch eine besondere Notifikation mitgeteilt haben, dass sie diese als für sich verbindlich anerkennen.

71

*Original: Englisch***Für die Vereinigten Staaten von Amerika:**

Bezüglich der Privilegien und Immunitäten, die gemäß Nr. ADD 142A des Artikels 10 der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion gewährt werden, gestehen die Vereinigten Staaten von Amerika den Mitgliedern des Funkregulierungsausschusses die zweckmäßigen Privilegien und Immunitäten zu, die denjenigen entsprechen, die den Beamten internationaler Organisationen zugebilligt werden und die im Gesetz der Vereinigten Staaten über die in internationalen Organisationen üblichen Immunitäten genannt werden (International Organizations Immunities Act, 22 United States Code 288 et. seq.).

72

*Original: Spanisch***Für Kuba:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) erklärt die Delegation der Republik Kuba Folgendes:

- Angesichts der fortdauernden Einmischung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, die auf kubanisches Hoheitsgebiet gerichtete Ton- und Fernseh Rundfunksender einsetzt und damit politische und destabilisierende Ziele verfolgt, was in offener Verletzung der weltweit das Fernmeldewesen regelnden Bestimmungen und Grundsätze geschieht, insbesondere des Grundsatzes der Erleichterung der internationalen Zusammenarbeit und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Völker, und was außerdem dem normalen Betrieb und der normalen Entwicklung der eigenen, kubanischen Funkdienste schadet, behält sich die Verwaltung von Kuba das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für angemessen hält;
- für die Folgen der Maßnahmen, die sich die kubanische Verwaltung angesichts der arglistigen Handlungen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu ergreifen gezwungen sieht, ist einzig und allein die genannte Regierung verantwortlich. Die kubanische Verwaltung erkennt in keiner Weise die Anmeldung, Eintragung und Benutzung von Frequenzen durch die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in dem Teil des kubanischen Hoheitsgebiets der Provinz Guantánamo an, der gewaltsam und gegen den ausdrücklichen Willen des kubanischen Volkes und der kubanischen Regierung besetzt wird;
- die Regierung von Kuba behält sich das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich andere Mitgliedsländer in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Marrakesch 2002) zu der durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994 und Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), der Vollzugsordnungen oder der Geschäftsordnung der Konferenzen, Versammlungen und Tagungen der Internationalen Fernmeldeunion halten

réserves formulées par d'autres Membres compromettaient, d'une manière quelconque, le bon fonctionnement des services de télécommunication de Cuba ou entraînaient une augmentation de sa contribution aux dépenses de l'Union. De même, le Gouvernement de Cuba se réserve le droit de formuler toute déclaration ou réserve additionnelle qui pourrait se révéler nécessaire au moment où il déposera son instrument de ratification des instruments d'amendement (Marrakech, 2002) de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, et Minneapolis, 1998).

73

*Original: français***Pour la République du Mali:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation de la République du Mali réserve à son Gouvernement le droit souverain de prendre toutes les mesures et actions nécessaires pour protéger ses droits et intérêts nationaux au cas où certains Etats Membres et Membres de Secteurs de l'Union manqueraient, de quelque manière que ce soit, de respecter les dispositions desdits Actes et compromettraient directement ou indirectement les intérêts de ses services de télécommunication ou mettraient en danger la sécurité de la souveraineté nationale.

74

*Original: anglais***Pour la République du Kenya:**

La délégation de la République du Kenya réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire et/ou appropriée pour sauvegarder et protéger ses intérêts au cas où un Membre ne se conformerait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et aux dispositions des amendements qui y ont été apportés par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002), et/ou de tout autre instrument connexe. En outre, le Gouvernement de la République du Kenya n'accepte aucune responsabilité pour les conséquences découlant de toute réserve faite par d'autres Membres de l'Union.

75

*Original: anglais***Pour la République sudafricaine:**

La délégation de la République sudafricaine réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses intérêts, au cas où un Membre de l'Union n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement (Marrakech, 2002) de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, et Minneapolis, 1998), ou si des réserves formulées par des Membres nuisaient, directement ou indirectement, au bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou portaient atteinte à sa souveraineté;
2. de formuler les réserves additionnelles qui s'imposeront jusqu'au dépôt, par la République sudafricaine, des instruments d'amendement (Marrakech, 2002) de la Constitution

oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder die Fernmeldedienste von Kuba in irgendeiner Weise beeinträchtigen oder eine Erhöhung des Beitrags von Kuba zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen. Ferner behält die Delegation von Kuba ihrer Regierung das Recht vor, alle zusätzlichen Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren, die sich zum Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde zu den Änderungsurkunden (Marrakesch 2002) zu der durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994 und Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) als erforderlich erweisen könnten.

73

*Original: Französisch***Für die Republik Mali:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) behält die Delegation der Republik Mali ihrer Regierung das souveräne Recht vor, alle zur Wahrung ihrer Rechte und nationalen Interessen erforderlichen Maßnahmen und Vorkehrungen zu treffen, falls sich bestimmte Mitglieder der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der genannten Schlussakten halten und mittelbar oder unmittelbar die Interessen ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder die Sicherheit der nationalen Souveränität gefährden.

74

*Original: Englisch***Für die Republik Kenia:**

Die Delegation der Republik Kenia behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung und zum Schutz ihrer Interessen für erforderlich und/oder angemessen hält, falls sich ein Mitglied nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und alle hierzu von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) vorgenommenen Änderungen oder irgendwelche anderen zu ihnen gehörigen Urkunden hält. Die Delegation bekräftigt ferner, dass die Regierung der Republik Kenia keinerlei Verantwortung für Folgen, die sich aus irgendwelchen Vorbehalten anderer Mitglieder der Union ergeben, anerkennt.

75

*Original: Englisch***Für die Republik Südafrika:**

Die Delegation der Republik Südafrika behält ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendein Mitglied der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Marrakesch 2002) zu der durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994 und Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) hält oder falls Vorbehalte solcher Mitglieder unmittelbar oder mittelbar das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder ihre Staatshoheit berühren;
2. ferner behält die Delegation der Republik Südafrika ihrer Regierung das Recht vor, bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Republik Südafrika die Änderungsurkunden (Marrakesch

et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, et Minneapolis, 1998).

76

*Original: anglais***Pour le Malawi:**

La délégation du Malawi à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002) réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire et/ou appropriée pour protéger ses intérêts au cas où un Membre ne se conformerait pas aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), et aux amendements qui y ont été apportés par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002), ou aux dispositions de tout autre instrument connexe. Elle déclare en outre que le Gouvernement du Malawi n'accepte aucune conséquence résultant des réserves faites par d'autres Membres de l'Union.

77

*Original: espagnol***Pour la République dominicaine:**

Au nom du Gouvernement de la République dominicaine, la délégation de ce pays déclare ce qui suit:

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation de la République dominicaine se réserve le droit de formuler de nouvelles réserves aux présents Actes à tout moment qu'elle jugera opportun, entre la date de la signature et la date de la ratification conformément à la procédure établie dans la législation de la République dominicaine.

La délégation de la République dominicaine n'accepte ni l'établissement ni l'application d'un montant financier en sus de celui qui a été approuvé par la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002).

La délégation de la République dominicaine se réserve le droit de prendre toute mesure qu'elle jugera nécessaire pour protéger et sauvegarder la souveraineté de son pays au cas où un Etat Membre n'observerait pas ou n'appliquerait pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications ainsi que les dispositions de ses résolutions, décisions, recommandations, annexes et protocoles qui constituent les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002).

78

*Original: anglais***Pour les Etats fédérés de Micronésie:**

Les Etats fédérés de Micronésie se réfèrent aux déclarations et réserves figurant dans le Document 228 de la Conférence faites par des Etats Membres qui se réservent le droit de prendre toute mesure qu'ils pourront estimer nécessaire pour protéger leurs intérêts eu égard à l'application des dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Edition 1999), et de leurs éventuels amendements. Les Etats fédérés de Micronésie se réservent le droit de prendre toute mesure qu'ils jugeront nécessaire pour protéger leurs intérêts compte tenu des mesures prises par lesdits Etats Membres.

2002) zu der durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994 und Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) ratifiziert, erforderlichenfalls weitere Vorbehalte zu formulieren.

76

*Original: Englisch***Für Malawi:**

Die Delegation von Malawi bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) behält ihrer Regierung das Recht vor, jede Maßnahme zu ergreifen, die ihr erforderlich und/oder angemessen erscheinen könnte, um ihre Interessen zu schützen, falls ein Mitglied die Bestimmungen der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und die Bestimmungen der von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten beschlossenen Änderungsurkunden (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) oder die Bestimmungen jeder anderen damit verbundenen Urkunde missachtet. Sie erklärt ferner, dass die Regierung von Malawi keine Auswirkung annimmt, die sich aus den von anderen Mitgliedern der Union geäußerten Vorbehalten ergibt.

77

*Original: Spanisch***Für die Dominikanische Republik:**

Im Namen der Dominikanischen Republik erklärt die Delegation dieses Landes Folgendes:

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) behält sich die Delegation der Dominikanischen Republik das Recht vor, zu jedem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt zwischen der Unterzeichnung und der Ratifikation gemäß dem durch die Gesetzgebung der Dominikanischen Republik eingeführten Verfahren neue Vorbehalte zu diesen Schlussakten zu formulieren.

Die Delegation der Dominikanischen Republik billigt weder die Festlegung noch die Einführung eines höheren finanziellen Betrags als denjenigen, der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) gebilligt worden ist.

Die Delegation der Dominikanischen Republik behält sich das Recht vor, jede ihr zum Schutz und zur Wahrung der Souveränität ihres Landes notwendig erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen, falls ein Mitgliedstaat die Bestimmungen der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion sowie die Bestimmungen ihrer Entschlüssen, Entscheidungen, Empfehlungen, Anhänge und Protokolle, welche die Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) bilden, missachtet oder nicht anwendet.

78

*Original: Englisch***Für die Föderierten Staaten von Mikronesien:**

Die Föderierten Staaten von Mikronesien nehmen Bezug auf die Erklärungen und Vorbehalte aus dem Dokument 228 der Konferenz, die von den Mitgliedstaaten vorgelegt wurden, die sich das Recht vorbehalten, alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihnen ggfs. erforderlich erscheinen, um im Rahmen der Anwendung der Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Auflage 1999) und eventueller Abänderungen ihre eigenen Interessen zu wahren. Die Föderierten Staaten von Mikronesien behalten sich das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie angesichts der von den genannten Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen für erforderlich halten, um ihre Interessen zu schützen.

79

*Original: anglais***Pour les Etats-Unis d'Amérique:**

Les Etats-Unis d'Amérique, prenant acte du texte N° 72 fait par la délégation de Cuba, rappellent qu'ils ont le droit d'émettre à destination de Cuba sur des fréquences appropriées exemptes de brouillages intentionnels ou illicites et réservent leurs droits en ce qui concerne les brouillages actuels ou futurs causés par Cuba à la radiodiffusion des Etats-Unis. En outre, les Etats-Unis d'Amérique font observer que leur présence à Guantánamo résulte d'un accord international actuellement en vigueur et qu'ils se réservent le droit de satisfaire à leurs besoins de radiocommunication sur cette partie du territoire cubain comme ils l'ont fait dans le passé.

80

*Original: anglais***Pour les Etats-Unis d'Amérique:**

Les Etats-Unis d'Amérique se réfèrent aux déclarations faites par divers Etats Membres se réservant le droit de prendre toute mesure qu'ils pourront estimer nécessaire pour protéger leurs intérêts eu égard à l'application des dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou de leurs éventuels amendements. Les Etats-Unis d'Amérique se réservent le droit de prendre toute mesure qu'ils jugeront nécessaire pour protéger leurs intérêts compte tenu des mesures prises par lesdits Etats Membres.

81

*Original: anglais***Pour la République des Iles Marshall:**

La République des Iles Marshall se réfère aux déclarations faites par divers Etats Membres se réservant le droit de prendre toute mesure qu'ils pourront estimer nécessaire pour protéger leurs intérêts eu égard à l'application des dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou de leurs éventuels amendements. La République des Iles Marshall se réserve le droit de prendre toute mesure qu'elle jugera nécessaire pour protéger ses intérêts compte tenu des mesures prises par lesdits Etats Membres.

82

*Original: anglais***Pour la République socialiste du Viet Nam:**

Ayant examiné les déclarations et réserves figurant dans le Document 228 de la Conférence, la délégation de la République socialiste du Viet Nam à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), déclare:

1. qu'elle maintient les réserves formulées par le Viet Nam à la Conférence de plénipotentiaires de Nairobi (1982) et réaffirmées aux Conférences de plénipotentiaires de Nice (1989), de Genève (1992), de Kyoto (1994) et de Minneapolis (1998);
2. qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un autre Etat Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution, de la Convention, des Règlements administratifs de l'Union internationale des télécommunications ainsi que les dispositions de leurs appendices et annexes, ou si des réserves formulées par d'autres Etats Membres compromettaient le bon

79

*Original: Englisch***Für die Vereinigten Staaten von Amerika:**

Bezug nehmend auf den von der Delegation Kubas abgegebenen Text Nr. 72 betonen die Vereinigten Staaten von Amerika ihr Recht, nach Kuba auf geeigneten und von absichtlichen oder illegalen Störungen freie Frequenzen zu senden und behalten sich alle ihre Rechte in Bezug auf derzeitige oder künftige Störungen des Funkverkehrs der Vereinigten Staaten durch Kuba vor. Außerdem weisen die Vereinigten Staaten darauf hin, dass ihre Anwesenheit in Guatánamo durch einen geltenden internationalen Vertrag abgesichert ist und sie sich vorbehalten, in diesem Teil des kubanischen Hoheitsgebietes ihre Erfordernisse im Bereich des Funkverkehrs wie in der Vergangenheit weiter zu erfüllen.

80

*Original: Englisch***Für die Vereinigten Staaten von Amerika:**

Bezug nehmend auf die Erklärungen verschiedener Mitgliedstaaten, die sich das Recht vorbehalten, alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihnen ggfs. erforderlich erscheinen, um im Rahmen der Anwendung der Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und eventueller Abänderungen ihre eigenen Interessen zu wahren. Die Vereinigten Staaten von Amerika behalten sich das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie angesichts der von den genannten Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen für erforderlich halten, um ihre Interessen zu schützen.

81

*Original: Englisch***Für die Republik Marschallinseln:**

Bezug nehmend auf die Erklärung verschiedener Mitgliedstaaten, die sich das Recht vorbehalten, alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihnen ggfs. erforderlich erscheinen, um im Rahmen der Anwendung der Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und eventueller Abänderungen ihre eigenen Interessen zu wahren. Die Republik Marschallinseln behält sich das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie angesichts der von den genannten Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen für erforderlich halten, um ihre Interessen zu schützen.

82

*Original: Englisch***Für die Sozialistische Republik Vietnam:**

Nach Prüfung der Erklärungen und Vorbehalte in dem Dokument 228 der Konferenz gibt die Delegation der Sozialistischen Republik Vietnam bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) folgende Erklärung ab:

1. sie bestätigt die von Vietnam bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Nairobi (1982) eingelegten und bei den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten in Nizza (1989), Genf (1992), Kioto (1994) und Minneapolis (1998) bekräftigten Vorbehalte;
2. sie behält sich für ihre Regierung das Recht vor, für den Fall, dass ein anderer Mitgliedstaat, in welcher Weise auch immer, gegen die Bestimmungen der Konstitution, der Konvention, der Verwaltungsverordnungen der Internationalen Fernmeldeunion oder der Bestimmungen aus ihren Zusätzen und Anhängen verstößt oder dass die von anderen Mitgliedstaaten eingelegten Vorbehalte das ordnungsgemäße Funktionieren der Fernmeldedienste der Sozialistischen Republik

fonctionnement des services de télécommunication de la République socialiste du Viet Nam, nuisaient à ses intérêts ou portaient atteinte à sa souveraineté;

- qu'elle réserve également à son Gouvernement le droit de formuler des déclarations et des réserves additionnelles jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification des amendements (Marrakech, 2002) à la Constitution et à la Convention.

83

Original: anglais

Pour la République fédérale démocratique d'Éthiopie:

Ayant examiné les déclarations et réserves figurant dans le Document 228 de la Conférence, la délégation de la République fédérale démocratique d'Éthiopie, en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où des membres n'observeraient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, et Minneapolis, 1998) ou les dispositions de leurs annexes, ou si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

La délégation éthiopienne réserve en outre à son Gouvernement le droit de ne pas être lié par des dispositions de la Constitution ou de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) qui pourraient porter atteinte à sa souveraineté et être en contradiction avec la Constitution, les lois et les règlements de la République fédérale démocratique d'Éthiopie.

84

Original: français

Pour la République du Sénégal:

Ayant pris connaissance du Document 228, la délégation de la République du Sénégal, en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), réserve à son Gouvernement:

- le droit de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour sauvegarder ses intérêts nationaux au cas où un Membre de l'Union n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires de Kyoto (1994), de Minneapolis (1998) et de Marrakech (2002) ou les dispositions, annexes et règlements administratifs qui y sont joints; ou si les conséquences des réserves formulées par d'autres Etats Membres compromettaient directement ou indirectement les services de télécommunication du Sénégal ou portaient atteinte à ses droits en tant que pays souverain;
- le droit de ne pas être lié par les révisions partielles ou totales des règlements administratifs adoptés après la date de signature des présents Actes finals, s'il n'a pas expressément notifié à l'Union internationale des télécommunications son consentement;
- de n'accepter aucune mesure financière pouvant entraîner une augmentation injustifiée de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

Vietnam gefährden, ihren eigenen Interessen schaden oder ihre Souveränität beeinträchtigen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die diese für erforderlich hält, um ihre Interessen zu schützen;

- sie behält sich für ihre Regierung auch das Recht vor, bis zu dem Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifizierungsakte der Abänderungen der Konstitution und Konvention (Marrakesch 2002) zusätzliche Erklärungen und Vorbehalte vorzulegen.

83

Original: Englisch

Für die Demokratische Bundesrepublik Äthiopien:

Nach Prüfung der Erklärungen und Vorbehalte in dem Dokument 228 der Konferenz behält sich die Delegation der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien bei der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) für ihre Regierung das Recht vor für den Fall, dass andere Mitgliedstaaten der Union, in welcher Weise auch immer, gegen die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in der von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994 und Minneapolis 1998) geänderten Form bzw. die Bestimmungen aus ihren Zusätzen und Anhängen verstoßen oder dass die von anderen Ländern eingelegten Vorbehalte das ordnungsgemäße Funktionieren der Fernmeldedienste beeinträchtigen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die diese für erforderlich hält, um ihre Interessen zu schützen.

Die äthiopische Delegation behält sich für ihre Regierung auch das Recht vor, sich nicht an die Bestimmungen der Konstitution oder der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) gebunden zu fühlen, wenn diese ihre Souveränität beeinträchtigen und gegen die Verfassung, die Gesetze und Verordnungen der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien verstoßen.

84

Original: Französisch

Für die Republik Senegal:

Nach Kenntnisnahme des Dokuments 228 behält sich die Delegation der Republik Senegal bei der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) für ihre Regierung das Recht vor:

- für den Fall, dass ein Mitglied der Union, in welcher Weise auch immer, gegen die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in der von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geänderten Form bzw. die dazugehörigen Bestimmungen, Anhänge und Verwaltungsverordnungen aus ihren Zusätzen und Anhängen verstößt oder wenn die Auswirkungen der von anderen Mitgliedstaaten eingelegten Vorbehalte die Fernmeldedienste des Senegal direkt oder indirekt gefährden oder seine Rechte als souveränes Land bedrohen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die diese für erforderlich hält, um ihre nationalen Interessen zu schützen;
- sich nicht an die teilweisen oder vollständigen Änderungen der Verwaltungsverordnungen gebunden zu fühlen, die nach dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieser Schlussakte verabschiedet werden, sofern sie nicht der Internationalen Fernmeldeunion ausdrücklich ihre Zustimmung mitgeteilt hat;
- keinerlei finanzielle Maßnahme zu akzeptieren, die eine nicht gerechtfertigte Erhöhung ihres Anteils an den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnte.

85

*Original: anglais***Pour la République socialiste démocratique de Sri Lanka:**

Ayant pris connaissance des déclarations faites par d'autres pays Membres, la délégation de Sri Lanka déclare que le Gouvernement de la République socialiste démocratique de Sri Lanka se réserve le droit:

1. de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts si un Membre de l'Union ne se conformait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Actes finals des Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) et aux dispositions des annexes et protocoles qui y sont joints, ou si les réserves formulées par d'autres pays de l'Union compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication, portaient atteinte à sa souveraineté ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union;
2. de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts nationaux si d'autres Etats Membres ne se conformaient pas aux dispositions des Actes finals de la présente Conférence (Marrakech, 2002);
3. de formuler des réserves additionnelles spécifiques concernant les Actes finals susmentionnés ou tout autre instrument découlant d'autres conférences pertinentes de l'UIT qui n'a pas encore été ratifié, jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification correspondant.

86

*Original: anglais***Pour le Royaume du Bhoutan:**

Après avoir pris connaissance des déclarations et des réserves formulées par d'autres Etats Membres, la délégation du Royaume du Bhoutan déclare qu'en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts si des Membres de l'Union ne se conformaient pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) ou aux dispositions des annexes et protocoles qui y sont joints, ou si les réserves d'un Membre de l'Union compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication du Bhoutan et portaient atteinte à sa souveraineté.

87

*Original: anglais***Pour la Papouasie-Nouvelle-Guinée:**

Après avoir examiné les déclarations et les réserves figurant dans le Document 228 de la Conférence, la délégation de la Papouasie-Nouvelle-Guinée, au moment de signer les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), réserve:

1. à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses intérêts si un Etat Membre ne se conformait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par les Actes finals des Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) et aux dispositions des annexes et protocoles qui y sont joints, ou si les réserves d'un Etat Membre

85

*Original: Englisch***Für die Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka:**

Nach Kenntnisnahme der Erklärungen anderer Mitgliedstaaten erklärt die Delegation von Sri Lanka, dass die Regierung der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka sich das Recht vorbehält:

1. für den Fall, dass ein Mitglied der Union, in welcher Weise auch immer, gegen die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in der durch die Schlussakte der Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) abgeänderten Form und gegen die Bestimmungen der dazugehörigen Anhänge und Protokolle verstößt oder dass die von anderen Ländern der Union eingelegten Vorbehalte das ordnungsgemäße Funktionieren der Fernmeldedienste gefährden, ihre Souveränität beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Anteils an den Ausgaben der Union nach sich ziehen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die diese für erforderlich hält, um ihre Interessen zu wahren;
2. für den Fall, dass andere Mitgliedstaaten gegen die Bestimmungen der Schlussakte dieser Konferenz (Marrakesch 2002) verstoßen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die diese für erforderlich hält, um die Interessen des Landes zu wahren;
3. weitere spezifische Vorbehalte gegen die oben genannte Schlussakte oder andere, zum Zeitpunkt der Hinterlegung der entsprechenden Ratifizierungsurkunde noch nicht ratifizierten Instrumente einer anderen einschlägigen Konferenz der ITU einzulegen.

86

*Original: Englisch***Für das Königreich Bhutan:**

Nach Kenntnisnahme der Erklärungen und Vorbehalte anderer Mitgliedstaaten erklärt die Delegation des Königreichs Bhutan, dass sie sich bei der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) für ihre Regierung das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für notwendig hält, um ihre Interessen zu wahren, wenn Mitglieder der Union, in welcher Weise auch immer, gegen die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in der von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) abgeänderten Form bzw. gegen die Bestimmungen der dazugehörigen Anhänge und Protokolle verstoßen oder wenn die Vorbehalte eines Mitglieds der Union das ordnungsgemäße Funktionieren der Fernmeldedienste Bhutans gefährden oder seine Souveränität beeinträchtigen.

87

*Original: Englisch***Für Papua-Neuguinea:**

Nach Prüfung der Erklärungen und Vorbehalte in dem Dokument 228 der Konferenz behält sich die Delegation von Papua-Neuguinea im Zeitpunkt der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) vor:

1. für ihre Regierung das Recht, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für notwendig erachtet, um ihre Interessen zu wahren, wenn ein Mitgliedstaat, in welcher Weise auch immer, gegen die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in der durch die Schlussakte der Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geänderten Form und gegen die Bestimmungen der dazugehörigen Anhänge und Protokolle verstößt oder wenn die von

de l'Union compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la Papouasie-Nouvelle-Guinée, portaient atteinte à sa souveraineté ou à ses intérêts ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union;

2. sa position à l'égard des dispositions de la Convention adoptées par la présente Conférence et concernant les privilèges et immunités fonctionnels des personnes élues comme membres du Comité du Règlement des radiocommunications;
3. à son Gouvernement, le droit de formuler des déclarations ou des réserves additionnelles, au besoin, avant la ratification des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002).

88

*Original: anglais***Pour la Roumanie:**

Le Gouvernement de la Roumanie se réfère aux déclarations faites par plusieurs Etats Membres relativement aux réserves formulées lors de précédentes conférences de l'Union habilitées à conclure des traités et déclare formellement qu'il maintient les déclarations et réserves qu'il a formulées lors de la signature des Actes finals de ces conférences, comme si elles avaient été faites intégralement à la présente Conférence de plénipotentiaires.

89

*Original: français***Pour la République du Cameroun:**

Après avoir pris connaissance du Document 228, en signant les présents Actes finals, la République du Cameroun se réserve le droit:

1. de prendre toutes les mesures nécessaires pour protéger ses intérêts si:
 - un Etat Membre venait à ne pas observer de quelque manière que ce soit les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et ses amendements subséquents adoptés par les Conférences de plénipotentiaires de Kyoto (1994), de Minneapolis (1998) et de Marrakech (2002);
 - les réserves formulées par d'autres Etats Membres portaient atteinte à ses intérêts;
2. de formuler toutes réserves supplémentaires qu'il jugera nécessaires jusqu'au moment du dépôt des instruments de ratification.

90

*Original: anglais***Pour l'Etat d'Israël:**

1. Les déclarations N° 27 et 39 (paragraphe C) faites par certains Etats Membres concernant les Actes finals sont en contradiction flagrante avec les principes et buts de l'Union internationale des télécommunications et sont donc dénuées de toute valeur juridique.
2. Le Gouvernement de l'Etat d'Israël souhaite qu'il soit pris acte de ce qu'il rejette lesdites déclarations qui politisent et sapent les travaux de l'UIT.
3. Au cas où un Etat Membre ayant formulé l'une des deux déclarations précitées agirait à l'égard d'Israël d'une façon qui violerait les droits qu'a Israël en tant qu'Etat Membre de l'UIT, ou ne se conformerait pas aux obligations qu'il a en

autres pays de l'Union énoncés dans les réserves formulées par les autres Etats Membres, ou si lesdites déclarations compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de l'Union, Israël se réserve le droit de formuler des réserves additionnelles, au besoin, avant la ratification des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002).

2. sa position à l'égard des dispositions de la Convention adoptées par la présente Conférence et concernant les privilèges et immunités fonctionnels des personnes élues comme membres du Comité du Règlement des radiocommunications;
3. à son Gouvernement, le droit de formuler des déclarations ou des réserves additionnelles, au besoin, avant la ratification des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002).

88

*Original: Englisch***Für Rumänien:**

Bezug nehmend auf die Erklärungen mehrerer Mitgliedstaaten zu den Vorbehalten, die bei früheren, zur Unterzeichnung von Verträgen ermächtigten Konferenzen eingelegt wurden, erklärt die Regierung Rumäniens in aller Form, dass sie die Erklärungen und Vorbehalte aufrechterhält, die sie bei der Unterzeichnung der Schlussakte dieser Konferenzen abgegeben hat, so als seien sie in vollem Umfang bei dieser Konferenz der Regierungsbevollmächtigten abgegeben worden.

89

*Original: Französisch***Für die Republik Kamerun:**

Nach Kenntnisnahme des Dokuments 228 behält sich die Republik Kamerun bei der Unterzeichnung der vorliegenden Schlussakte das Recht vor:

1. alle notwendigen Maßnahmen zur Wahrung ihrer Interessen zu ergreifen, wenn
 - ein Mitgliedstaat in irgendeiner Weise gegen die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und der späteren Änderungen durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten in Kyoto (1994), Minneapolis (1998) und Marrakesch (2002) verstößt;
 - die von den anderen Ländern eingelegten Vorbehalte ihre Interessen gefährden;
2. weitere Vorbehalte einzulegen, wenn sie dies zum Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden für erforderlich hält.

90

*Original: Englisch***Für den Staat Israel:**

1. Die Erklärungen Nr. 27 und 39 (Absatz C), die von einigen Mitgliedstaaten zu den Schlussakten abgegeben wurden, stellen einen groben Verstoß gegen die Grundsätze und Ziele der Internationalen Fernmeldeunion dar und entbehren daher jeglicher Rechtsverbindlichkeit.
2. Die Regierung des Staates Israel möchte zur Kenntnis geben, dass sie die genannten Erklärungen zurückweist, weil sie eine Politisierung und Unterminierung der Arbeiten der ITU bedeuten.
3. Sollte ein Mitgliedstaat, der eine der beiden oben genannten Erklärungen abgegeben hat, im Verhältnis zu Israel ein Verhalten an den Tag legen, das gegen die Rechte Israels als Mitgliedstaat der ITU verstößt, oder sollte er gegen die

tant qu'Etat Membre à l'égard d'Israël, l'Etat d'Israël se réserve le droit d'adopter à l'égard de cet Etat Membre une attitude de réciprocité.

91

*Original: anglais***Pour la République du Zimbabwe:**

Après avoir pris connaissance et pris acte des déclarations et réserves faites à la fin de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002) et figurant dans le Document 228, la délégation de la République du Zimbabwe déclare par la présente, au nom de son Gouvernement, qu'il:

1. se réserve le droit de prendre toute mesure qu'il pourra considérer nécessaire pour sauvegarder ses intérêts, au cas où un pays ne se conformerait pas aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), des amendements apportés par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002), et/ou de tout autre instrument associé;
2. n'acceptera aucune conséquence résultant de toute réserve formulée par un pays, quel qu'il soit, et se réserve le droit de prendre les mesures qu'il jugera appropriées.

92

*Original: anglais***Pour la République-Unie de Tanzanie:**

Ayant pris connaissance de certaines déclarations faites par des Etats Membres, la délégation de la Tanzanie, au nom de la République-Unie de Tanzanie, réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses intérêts si un Membre ne se conformait pas aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) ou aux dispositions des annexes et protocoles auxdits instruments, ou si les réserves formulées par d'autres Membres nuisaient au plein exercice de ses droits souverains ou compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

93

*Original: anglais***Pour la République fédérale du Nigéria:**

Ayant pris note du Document 228, la délégation de la République fédérale du Nigéria à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), en signant les Actes finals de ladite Conférence, réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts, si d'autres Etats Membres ne se conformaient pas aux dispositions des instruments d'amendement (Marrakech, 2002) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, et Minneapolis, 1998) ou à leurs annexes ou encore si des réserves formulées par d'autres Etats Membres, ou la non-observation de certaines dispositions, compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;
2. de formuler toute autre déclaration ou réserve jusqu'au moment de la ratification par la République fédérale du Nigéria des instruments d'amendement (Marrakech, 2002) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des

Pflichten verstoßen, die er als Mitgliedstaat gegenüber Israel hat, behält sich der Staat Israel vor, gegenüber diesem Mitgliedstaat auf der Basis der Gegenseitigkeit zu reagieren.

91

*Original: Englisch***Für die Republik Simbabwe:**

Nach Kenntnisnahme und Entgegennahme der Erklärungen und Vorbehalte, die am Ende der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) abgegeben und in dem Dokument 228 niedergelegt wurden, erklärt die Delegation der Republik Simbabwe hiermit im Namen ihrer Regierung:

1. sie behält sich das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für notwendig erachtet, um ihre Interessen zu wahren, wenn ein Land gegen die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), der Abänderungen durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) und/oder irgendeines anderen dazugehörigen Instruments verstößt;
2. sie lehnt alle Konsequenzen ab, die sich aus Vorbehalten irgendwelcher anderer Länder ergeben, und behält sich vor, die Maßnahmen zu ergreifen, die sie für geeignet hält.

92

*Original: Englisch***Für die Vereinigte Republik Tansania:**

Nach Kenntnisnahme einiger Erklärungen anderer Mitgliedstaaten behält sich die Delegation von Tansania im Namen der Vereinigten Republik Tansania für ihre Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für notwendig erachtet, um ihre Interessen zu wahren, wenn ein Mitgliedstaat gegen die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in der durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geänderten Form oder gegen die Bestimmungen der dazugehörigen Anhänge und Protokolle verstößt oder wenn die von anderen Mitgliedern eingelegten Vorbehalte die uneingeschränkte Ausübung seiner Rechte behindern oder das ordnungsgemäße Funktionieren der Fernmeldedienste gefährden.

93

*Original: Englisch***Für die Bundesrepublik Nigeria:**

Nach Kenntnisnahme des Dokuments 228 behält sich die Delegation der Bundesrepublik Nigeria bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) bei der Unterzeichnung der Schlussakte der genannten Konferenz für ihre Regierung das Recht vor:

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die diese für erforderlich hält, um ihre Interessen zu wahren, wenn andere Mitgliedstaaten gegen die Bestimmungen der Abänderungsakte (Marrakesch 2002) der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in der von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994 und Minneapolis 1998) oder ihrer Anhänge verstoßen oder wenn die von anderen Mitgliedstaaten eingelegten Vorbehalte bzw. die Nichteinhaltung bestimmter Bestimmungen das ordnungsgemäße Funktionieren der Fernmeldedienste gefährden;
2. im Zeitpunkt der Ratifizierung der Abänderungsinstrumente (Marrakesch 2002) der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in der von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994

télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, et Minneapolis, 1998);

- de n'accepter aucune conséquence résultant de réserves faites par d'autres Etats Membres susceptibles d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

94

*Original: espagnol***Pour l'Equateur:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002), et ayant pris connaissance des déclarations d'autres Etats Membres, la délégation de l'Equateur réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire, conformément à son droit souverain, à l'ordre juridique interne et au droit international, pour protéger ses intérêts au cas où ils seraient menacés du fait du non-respect par d'autres Etats Membres des dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) ou des annexes et protocoles joints audits instruments.

95

*Original: anglais***Pour la République de l'Ouganda:**

Après avoir examiné les déclarations et les réserves figurant dans le Document 228 de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation de l'Ouganda réserve à son Gouvernement le droit de formuler des réserves ou des déclarations au moment du dépôt de ses instruments de ratification des amendements à la Constitution et à la Convention (Genève, 1992) qui sont adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002).

96

*Original: espagnol***Pour la République du Paraguay:**

Ayant examiné les déclarations contenues dans le Document 228 et en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation du Paraguay, conformément aux dispositions de la Constitution nationale, déclare que ladite signature doit être ratifiée par le Congrès national.

97

*Original: français***Pour la République du Mali:**

Ayant examiné le Document 228, la République du Mali se réserve le droit de formuler des déclarations ou des réserves additionnelles au moment du dépôt de leur instrument de ratification des amendements à la Constitution et à la Convention (Genève, 1992) adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002).

98

*Original: anglais***Pour la Turquie:**

Ayant examiné les déclarations et réserves contenues dans le Document 228 de la Conférence, la délégation de la Turquie, en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires

und Minneapolis 1998) geänderten Form durch die Bundesrepublik Nigeria weitere Erklärungen abzugeben oder Vorbehalte einzulegen;

- sie lehnt alle Konsequenzen ab, die sich aus Vorbehalten anderer Länder ergeben, die zu einer Erhöhung ihres Anteils an den Ausgaben der Union führen könnten.

94

*Original: Spanisch***Für Ecuador:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) und nach Kenntnisnahme der Erklärungen anderer Mitgliedstaaten behält sich die Delegation von Ecuador für ihre Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie nach ihrem Souveränitätsrecht, nach ihrer internen Gesetzgebung und nach dem Völkerrecht für erforderlich hält, um ihre Interessen zu wahren, sofern diese durch die Nichteinhaltung der Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in der von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geänderten Form oder der dazugehörigen Anhänge und Protokolle durch andere Mitgliedstaaten bedroht sind.

95

*Original: Englisch***Für die Republik Uganda:**

Nach Prüfung der Erklärungen und Vorbehalte aus dem Dokument 228 der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) behält sich die Delegation von Uganda für ihre Regierung das Recht vor, im Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Ratifizierungsurkunden für die Abänderungen der Konstitution und der Konvention (Genf 1992), die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) verabschiedet werden, Vorbehalte einzulegen oder Erklärungen abzugeben.

96

*Original: Spanisch***Für die Republik Paraguay:**

Nach Prüfung der Erklärungen in dem Dokument 228 und bei Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) erklärt die Delegation Paraguays, dass gemäß den Bestimmungen ihrer Verfassung die Unterzeichnung vom Nationalkongress ratifiziert werden muss.

97

*Original: Französisch***Für die Republik Mali:**

Nach Prüfung der Erklärungen in dem Dokument 228 behält sich die Republik Mali das Recht vor, im Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Ratifizierungsurkunde für die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) verabschiedeten Abänderungen der Konstitution und der Konvention (Genf 1992) weitere Erklärungen abzugeben bzw. Vorbehalte einzulegen.

98

*Original: Englisch***Für die Türkei:**

Nach Prüfung der Erklärungen und Vorbehalte in dem Dokument 228 der Konferenz erklärt die Delegation der Türkei bei der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz der Regierungs-

(Marrakech, 2002), déclare qu'elle n'appliquera les dispositions desdits Actes finals qu'aux Etats parties avec lesquels elle entretient des relations diplomatiques.

99

*Original: arabe***Pour la Jamahiriya arabe libyenne populaire et socialiste:**

La délégation de la Jamahiriya arabe libyenne populaire et socialiste à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), ayant examiné le Document 228, déclare que la Jamahiriya arabe libyenne populaire et socialiste se réserve le droit de prendre toute mesure qu'elle estimera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Membres de l'Union n'observeraient pas les amendements adoptés par la présente Conférence à la Constitution et à la Convention de l'Union (Genève, 1992) telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, et Minneapolis, 1998) et les dispositions des annexes de la Constitution et de la Convention, et compromettraient ainsi le bon fonctionnement des services de télécommunication de la Jamahiriya arabe libyenne populaire et socialiste ou entraîneraient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

La Jamahiriya arabe libyenne populaire et socialiste se réserve le droit de formuler des réserves au sujet d'autres documents finals adoptés par la présente Conférence, jusqu'à la date de dépôt des instruments de ratification desdits documents.

100

*Original: espagnol***Pour le Chili:**

Ayant examiné le Document 28, la délégation du Chili réserve à son Gouvernement le droit:

- de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Membres n'observeraient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002), des annexes et protocoles qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres Membres portaient atteinte à ses droits souverains ou compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;
- de formuler des réserves additionnelles, en vertu de la Convention de Vienne de 1969 sur le droit des traités, au sujet des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002) à tout moment qu'il jugera opportun entre la date de signature et la date de ratification des instruments internationaux que constituent lesdits Actes finals.

101

Original: anglais

Pour la République fédérale d'Allemagne, l'Australie, l'Autriche, la République azerbaïdjanaise, la Belgique, le Canada, le Danemark, les Etats-Unis d'Amérique, la Finlande, la France, la République de Hongrie, l'Irlande, l'Islande, le Japon, la République de Lettonie, la Principauté de Liechtenstein, le Luxembourg, Malte, la Norvège, la Nouvelle-Zélande, le Portugal, la République slovaque, la République tchèque, la Roumanie, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, la Suède, la Confédération Suisse et la Turquie:

Les délégations des Etats susmentionnés se réfèrent à la déclaration faite par la République de Colombie (N° 45), dans la

bevollmächtigten (Marrakesch 2002), dass sie die Bestimmungen dieser Schlussakte nur auf die Staaten anwendet, mit denen sie diplomatische Beziehungen unterhält.

99

*Original: Arabisch***Für die Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija:**

Die Delegation der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) erklärt nach Prüfung des Dokuments 228, dass sich die Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich hält, um ihre Interessen zu wahren, wenn andere Mitglieder der Union die von dieser Konferenz verabschiedeten Abänderungen der Konstitution und der Konvention der Union (Genf 1992) in der von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994 und Minneapolis 1998) abgeänderten Form und die Bestimmungen der Anhänge der Konstitution und der Konvention nicht einhalten und damit das ordnungsgemäße Funktionieren der Fernmeldedienste der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija gefährden oder eine Erhöhung ihres Anteils an den Ausgaben der Union bedingen.

Die Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija behält sich das Recht vor, bis zum Tage der Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden für die genannten Dokumente zu anderen von dieser Konferenz verabschiedeten Schlussdokumenten Vorbehalte einzulegen.

100

*Original: Spanisch***Für Chile:**

Nach Prüfung des Dokuments 228 behält sich die Delegation Chiles für ihre Regierung das Recht vor:

- alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich hält, um ihre Interessen zu wahren, wenn andere Mitglieder die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in der von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geänderten Form oder die dazugehörigen Anhänge und Protokolle nicht einhalten oder wenn die von anderen Mitgliedern eingelegten Vorbehalte ihre Souveränitätsrechte gefährden oder das ordnungsgemäße Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;
- weitere Vorbehalte gemäß der Konvention von Wien 1969 über das Vertragsrecht gegen die Schlussakte der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) zu jedem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt zwischen dem Tag der Unterzeichnung und dem Tag der Ratifizierung der internationalen Urkunden, die diese Schlussakte darstellen, einzulegen.

101

Original: Englisch

Für die Bundesrepublik Deutschland, Australien, Österreich, die Republik Aserbaidschan, Belgien, Kanada, Dänemark, die Vereinigten Staaten von Amerika, Finnland, Frankreich, die Republik Ungarn, Irland, Island, Japan, die Republik Lettland, das Fürstentum Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Norwegen, Neuseeland, Portugal, die Slowakische Republik, die Tschechische Republik, Rumänien, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, Schweden, die Schweizerische Eidgenossenschaft und die Türkei:

Die Delegationen der oben genannten Staaten nehmen Bezug auf die Erklärung der Republik Kolumbien (Nr. 45), insoweit

mesure où cette déclaration et tout autre texte analogue se rapportent à la déclaration de Bogota en date du 3 décembre 1976, émise par les pays équatoriaux, ainsi qu'aux prétentions de ces pays à exercer des droits souverains sur certaines portions de l'orbite des satellites géostationnaires, considèrent que ces prétentions ne peuvent être reconnues par la présente Conférence.

Les délégations susnommées tiennent également à déclarer que la référence, dans l'article 44 de la Constitution, à «la situation géographique de certains pays», ne vaut pas reconnaissance de la revendication de droits préférentiels quelconques sur l'orbite des satellites géostationnaires.

102

*Original: anglais***Pour la République démocratique de Sao Tomé-et-Principe:**

La délégation du Portugal à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications, ayant examiné les déclarations contenues dans le Document 228, déclare, au nom du Gouvernement de la République démocratique de Sao Tomé-et-Principe, qu'elle réserve à celui-ci le droit de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire au cas où un Etat Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications et qu'il appliquera les Actes finals dans la mesure où ils ne seront pas contraires à son droit national.

103

*Original: anglais***Pour l'Etat du Koweït:**

Ayant examiné les déclarations et réserves contenues dans le Document 228 de la Conférence, la délégation de l'Etat du Koweït, en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où d'autres pays n'observeraient pas les dispositions adoptées par la présente Conférence pour amender la Constitution et la Convention (Genève, 1992), et leurs amendements (Kyoto, 1994, et Minneapolis, 1998) ainsi que leurs annexes, ou s'ils n'assumaient pas leur part des dépenses de l'Union ou si leurs réserves, actuellement ou dans l'avenir, ou leur non-respect de la Constitution et de la Convention, compromettraient le bon fonctionnement des services de télécommunication de l'Etat du Koweït ou entraîneraient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

104

*Original: français***Pour le Portugal:**

Ayant considéré les déclarations contenues dans le Document 228, la délégation du Portugal déclare au nom de son Gouvernement:

- a) qu'elle n'accepte aucune conséquence des réserves faites par d'autres gouvernements, qui entraîneraient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union;
- b) qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra estimer nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres ne prendraient pas leur part des dépenses de l'Union ou manqueraient de quelque façon que ce soit de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications telles que modifiées par les Actes finals de cette Conférence, ou encore si les réserves formulées par d'autres pays compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;

diese die von den Äquatorstaaten am 3. Dezember 1976 in Bogota abgegebene Erklärung betreffen, und auf den Anspruch dieser Länder, in bestimmten Teilen der Umlaufbahn geostationärer Satelliten ihre Souveränitätsrechte auszuüben, und sind der Ansicht, dass dieser Anspruch von dieser Konferenz nicht anerkannt werden kann.

Des Weiteren legen die oben genannten Delegationen Wert auf die Feststellung, dass die Bezugnahme auf die „geographische Lage bestimmter Länder“ in Artikel 44 der Konstitution keine Anerkennung der Forderung nach irgendwelchen Sonderrechten im geostationären Satelliten-Orbit bedeuten.

102

*Original: Englisch***Für die Demokratische Republik São Tomé und Príncipe:**

Die Delegation Portugals bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion erklärt nach Prüfung der Erklärungen in dem Dokument 228 im Namen der Regierung der Demokratischen Republik São Tomé und Príncipe, dass sie dieser das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die diese für erforderlich hält, wenn ein Mitgliedsstaat, in welcher Weise auch immer, gegen die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion verstößt, und dass diese die Schlussakte insoweit anwenden wird, als sie nicht gegen innerstaatliches Recht verstößt.

103

*Original: Englisch***Für den Staat Kuwait:**

Nach Prüfung der Erklärungen und Vorbehalte aus dem Dokument 228 der Konferenz behält sich die Delegation des Staates Kuwait bei der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) für ihre Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich hält, um ihre Interessen zu wahren, wenn andere Länder gegen die von dieser Konferenz verabschiedeten Bestimmungen zur Abänderung der Konstitution und der Konvention (Genf 1992) und ihrer Abänderungen (Kioto 1994 und Minneapolis 1998) sowie ihre Anhänge verstoßen oder wenn sie ihren Anteil an den Ausgaben der Union nicht übernehmen oder aber ihre jetzigen oder künftigen Vorbehalte bzw. ihre Nichteinhaltung der Konstitution und der Konvention das ordnungsgemäße Funktionieren der Fernmeldedienste des Staates Kuwait beeinträchtigen oder zu einer Erhöhung seiner Beitragszahlungen für die Ausgaben der Union führen.

104

*Original: Französisch***Für Portugal:**

Im Lichte der Erklärungen aus dem Dokument 228 erklärt die Delegation Portugals im Namen ihrer Regierung:

- a) sie lehnt alle Konsequenzen ab, die sich aus Vorbehalten anderer Regierungen ergeben, die zu einer Erhöhung ihres Anteils an den Ausgaben der Union führen könnten;
- b) sie behält sich für ihre Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihr erforderlich erscheinen, um ihre Interessen zu wahren, wenn einige Mitglieder ihren Anteil an den Ausgaben der Union nicht übernehmen oder in anderer Weise gegen die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion in der durch die Schlussakte dieser Konferenz geänderten Form verstoßen oder aber wenn die von anderen Ländern eingelegten Vorbehalte das ordnungsgemäße Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;

c) qu'elle réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler les réserves spécifiques additionnelles auxdits Actes finals, ainsi qu'à tout autre instrument émanant d'autres conférences pertinentes de l'UIT pas encore ratifié, jusqu'au moment du dépôt de leur instrument de ratification respectif.

105

*Original: français***Pour la République du Niger:**

Ayant examiné le Document 228 et en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de Marrakech (2002), la délégation de la République du Niger réserve à son Gouvernement le droit de remettre en cause tout acte ou résolution qui serait contraire à ses intérêts.

La réserve du Niger porte en particulier sur tout acte qui serait contraire aux dispositions de la Constitution de la République, à la souveraineté nationale et à ses intérêts fondamentaux et ses services de télécommunication.

Le Niger se réserve en outre un droit de réserve aux Actes finals de la présente Conférence jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification desdits Actes.

106

*Original: anglais***Pour l'Etat du Qatar:**

Ayant examiné les déclarations et réserves contenues dans le Document 228 de la Conférence, la délégation de l'Etat du Qatar, en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où d'autres pays n'observeraient pas les dispositions adoptées par la présente Conférence pour amender la Constitution et la Convention (Genève, 1992), et leurs amendements (Kyoto, 1994, et Minneapolis, 1998) ainsi que leurs annexes, ou s'ils n'assumaient pas leur part des dépenses de l'Union ou si leur non-respect de la Constitution et de la Convention compromettrait le bon fonctionnement des services de télécommunication de l'Etat du Qatar ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

107

*Original: espagnol***Pour la République argentine:**

Au moment de signer les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation de l'Argentine déclare qu'elle a pris note des déclarations et réserves formulées par les Etats Membres et réserve à son Gouvernement:

1. le droit d'adopter toute mesure qu'il jugera nécessaire, conformément à son ordre juridique interne et au droit international, afin de protéger les intérêts nationaux au cas où d'autres Etats Membres ne se conformeraient pas aux dispositions des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002) et si les réserves formulées par d'autres Etats Membres compromettraient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la République argentine ou ses droits souverains;
2. le droit de formuler des réserves au sujet des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002), entre la date de la signature des présents Actes finals et la date de

c) sie behält sich des Weiteren für ihre Regierung das Recht vor, bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der jeweiligen Ratifizierungsurkunde weitere spezielle Vorbehalte gegen die genannte Schlussakte sowie jede andere noch nicht ratifizierte Urkunde, die von anderen einschlägigen Konferenzen der ITU erarbeitet wird, einzulegen.

105

*Original: Französisch***Für die Republik Niger:**

Nach Prüfung des Dokumentes 228 und bei der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Marrakesch (2002) behält sich die Delegation der Republik Niger für ihre Regierung das Recht vor, jede Handlung oder Entschließung abzulehnen, die gegen ihre Interessen verstößt.

Der Vorbehalt des Niger gilt insbesondere für Handlungen, die den Bestimmungen der Verfassung der Republik, der nationalen Souveränität und ihren lebenswichtigen Interessen und den Erfordernissen ihrer Fernmeldedienste zuwiderlaufen.

Der Niger behält sich des Weiteren vor, bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der jeweiligen Ratifizierungsurkunde Vorbehalte gegen die Schlussakte dieser Konferenz einzulegen.

106

*Original: Englisch***Für den Staat Katar:**

Nach Prüfung der Erklärungen und Vorbehalte aus dem Dokument 228 der Konferenz behält sich die Delegation des Staates Katar bei der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) für ihre Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich hält, um ihre Interessen zu wahren, wenn andere Länder gegen die von dieser Konferenz verabschiedeten Bestimmungen zur Abänderung der Konstitution und der Konvention (Genf 1992) und ihrer Abänderungen (Kioto 1994 und Minneapolis 1998) sowie deren Anhänge verstoßen oder wenn sie ihren Anteil an den Ausgaben der Union nicht übernehmen oder aber sie durch Nichteinhaltung der Konstitution und der Konvention das ordnungsgemäße Funktionieren der Fernmeldedienste des Staates Katar beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Anteils an den Ausgaben der Union bedingen.

107

*Original: Spanisch***Für die Argentinische Republik:**

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) erklärt die Delegation Argentiniens, dass sie die Erklärungen und Vorbehalte der Mitgliedstaaten zur Kenntnis genommen hat und sich für ihre Regierung das Recht vorbehält:

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie gemäß ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung und dem internationalen Recht für erforderlich hält, um ihre nationalen Interessen zu wahren, wenn andere Mitgliedstaaten gegen die Bestimmungen der Schlussakte der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) verstoßen und wenn die Vorbehalte anderer Mitgliedstaaten das ordnungsgemäße Funktionieren der Fernmeldedienste der Argentinischen Republik oder aber ihre Souveränitätsrechte gefährden;
2. zwischen dem Zeitpunkt der Unterzeichnung der vorliegenden Schlussakte und dem Zeitpunkt der möglichen Vorlage der Ratifizierungsurkunden für die genannte Schlussakte

présentation éventuelle des instruments de ratification desdits Actes finals, conformément à la Convention de Vienne de 1969 sur le droit des traités.

108

*Original: français***Pour la République togolaise:**

Après avoir pris connaissance du contenu du Document 228, la délégation togolaise, en signant les présents Actes finals, réserve à son Gouvernement le droit:

- de ne pas être lié par les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications, telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires de Marrakech (2002) qui porteraient atteinte à sa souveraineté ou aux lois de la République togolaise;
- de prendre toutes les mesures nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Etats Membres n'observeraient pas les dispositions des présents Actes, la Constitution et la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) et si les réserves formulées par d'autres pays allaient à l'encontre de ses intérêts;
- de formuler toute autre réserve au moment de la ratification des instruments d'amendement à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications adoptés par la Conférence de plénipotentiaires de Marrakech (2002).

S'agissant particulièrement des privilèges et immunités qui seront octroyés conformément au numéro ADD 142 de l'article 10 de la Convention de l'Union internationale des télécommunications, la République togolaise accordera aux Membres du Comité du Règlement des radiocommunications les privilèges et immunités fonctionnels généralement accordés aux fonctionnaires des organisations internationales par les lois togolaises.

109

*Original: anglais***Pour le Ghana:**

Ayant examiné les déclarations et réserves de la Conférence, la délégation du Ghana fait au nom de son Gouvernement les déclarations additionnelles suivantes:

1. elle n'accepte aucune conséquence des réserves faites par d'autres gouvernements qui pourraient entraîner une augmentation de sa contribution aux dépenses de l'Union;
2. elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où des Membres n'assureraient pas leur part des dépenses de l'Union ou n'observeraient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications telles qu'amendées par les Actes finals de la présente Conférence, ou si des réserves exprimées par d'autres pays compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;
3. elle réserve à son Gouvernement le droit de formuler des réserves spécifiques additionnelles au sujet des Actes finals susmentionnés ou de tout autre instrument résultant d'autres conférences compétentes de l'UIT qui n'ont pas été ratifiés, jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification correspondant;
4. elle réserve aussi à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra estimer nécessaire pour protéger ses intérêts, au cas où un Membre manquerait, de quelque

gemäß Wiener Konvention von 1969 über das Vertragsrecht Vorbehalte gegen die genannte Schlussakte der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) einzulegen.

108

*Original: Französisch***Für die Republik Togo:**

Nach Kenntnisnahme des Inhalts des Dokumentes 228 behält sich die Delegation Togos bei der Unterzeichnung der vorliegenden Schlussakte für ihre Regierung das Recht vor:

- sich nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion in der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Marrakesch (2002) verabschiedeten Form gebunden zu fühlen, die gegen ihre Souveränität oder gegen Gesetze der Republik Togo verstoßen;
- alle Maßnahmen zur Wahrung ihrer Interessen zu ergreifen, wenn einige Mitgliedstaaten gegen die Bestimmungen der vorliegenden Akte, der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in der von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) verabschiedeten Abänderungsurkunden der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion weitere Vorbehalte einzulegen.

Was insbesondere die gemäß Nr. ADD 142 von Artikel 10 der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion gewährten Vorrechte und Immunitäten angeht, gewährt die Republik Togo den Mitgliedern des Funkregulierungsausschusses in Ausübung ihres Amtes die Vorrechte und Immunitäten, die nach den Gesetzen Togos den Beamten internationaler Organisationen zu gewähren sind.

109

*Original: Englisch***Für Ghana:**

Nach Prüfung der Erklärungen und Vorbehalte der Konferenz gibt die Delegation Ghanas im Namen ihrer Regierung nachfolgende Zusatzerklärungen ab:

1. sie kommt nicht für die Folgen der von anderen Regierungen eingelegten Vorbehalte auf, die zu einer Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union führen könnten;
2. sie behält sich für ihre Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für notwendig erachtet, um ihre Interessen zu wahren, wenn Mitglieder ihren Anteil an den Ausgaben der Union nicht übernehmen oder, in welcher Weise auch immer, gegen die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion in der durch die Schlussakte dieser Konferenz abgeänderten Form verstoßen, oder wenn die von anderen Ländern eingelegten Vorbehalte das ordnungsgemäße Funktionieren seiner Fernmeldedienste beeinträchtigen;
3. sie behält sich für ihre Regierung das Recht vor, bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der betreffenden Ratifizierungsurkunde zusätzliche spezifische Vorbehalte gegen die oben genannte Schlussakte oder eine andere von anderen zuständigen Konferenzen der ITU erstellte, aber noch nicht ratifizierte Urkunde einzulegen;
4. sie behält sich außerdem für ihre Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich hält, um ihre Interessen zu wahren, wenn es ein Mitglied, in welcher

manière que ce soit, de se conformer aux dispositions des instruments d'amendement de la Constitution et de la Convention adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002), ou aux dispositions des annexes qui sont jointes, ou si les réserves faites par d'autres Membres de l'Union compromettaient directement ou indirectement le bon fonctionnement de ses services de télécommunication, sa sécurité nationale ou sa souveraineté.

110

*Original: français***Pour la République d'Haïti:**

Ayant examiné le Document 228 et en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Marrakech, 2002), la délégation de la République d'Haïti réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où:

- a) un Etat Membre de l'Union n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires de Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002 ainsi que les annexes et protocoles qui y sont associés;
- b) les réserves formulées par d'autres Etats Membres étaient susceptibles de compromettre le bon fonctionnement de ses systèmes de télécommunication.

La délégation de la République d'Haïti réserve par ailleurs le droit à son Gouvernement de faire toute déclaration ou réserve jusqu'à la ratification des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002).

Weise auch immer, unterlässt, die Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) verabschiedeten Abänderungsurkunden der Konstitution und der Konvention oder die Bestimmungen der dazugehörigen Anhänge anzuwenden, oder wenn die von anderen Mitgliedern der Union eingelegten Vorbehalte das ordnungsgemäße Funktionieren seiner Fernmeldedienste, die Sicherheit des Landes oder seine Souveränität mittelbar oder unmittelbar gefährden.

110

*Original: Französisch***Für die Republik Haiti:**

Nach Prüfung des Dokuments 228 und bei Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Marrakesch 2002) behält sich die Delegation der Republik Haiti für ihre Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich hält, um ihre Interessen zu wahren, wenn:

- a) ein Mitgliedstaat der Union, in welcher Weise auch immer, gegen die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion in der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002 abgeänderten Form sowie gegen die dazugehörigen Anhänge und Protokolle verstößt;
- b) die von anderen Mitgliedstaaten eingelegten Vorbehalte Gefahr laufen, das ordnungsgemäße Funktionieren seiner Fernmeldesysteme zu gefährden.

Die Delegation der Republik Haiti behält sich außerdem für ihre Regierung das Recht vor, bis zur Ratifizierung der Schlussakte der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) weitere Erklärungen abzugeben oder Vorbehalte einzulegen.

Denkschrift

I. Allgemeines

Die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, die am 22. Dezember 1992 in Genf beschlossen und auf den Regierungskonferenzen am 14. Oktober 1994 in Kioto, am 6. November 1998 in Minneapolis sowie am 18. Oktober 2002 in Marrakesch geändert wurden, regeln auf weltweiter Basis die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Telekommunikation und legen den für die internationalen Telekommunikationsdienste notwendigen Rahmen fest. Die Konstitution und die Konvention werden von den in der Internationalen Fernmeldeunion zusammengeschlossenen Mitgliedstaaten beschlossen. Die Union besteht seit 139 Jahren; Deutschland gehört zu den Gründungsmitgliedern. Die Internationale Fernmeldeunion, der zurzeit 189 Mitgliedstaaten angehören, ist heute eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen.

Am 18. Oktober 2002 haben die Mitgliedstaaten der Internationalen Fernmeldeunion in Marrakesch eine Reihe von Änderungen der Konstitution und der Konvention beschlossen. Diese – von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten – Änderungen wurden auf der Basis der am 22. Dezember 1992 in Genf beschlossenen und von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten und ratifizierten Änderungen dieser Konstitution und Konvention sowie der am 14. Oktober 1994 in Kioto und der am 6. November 1998 in Minneapolis beschlossenen und von der Bundesrepublik Deutschland ebenfalls unterzeichneten und ratifizierten Änderungen dieser Konstitution und Konvention erarbeitet.

Gemäss den Teilen II der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Marrakesch 2002 beschlossenen Urkunden über die Änderungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, Genf 1992, der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Kioto 1994 und der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Minneapolis 1998 beschlossenen Änderungen dieser Konstitution und Konvention treten die in Marrakesch vereinbarten Änderungen am 1. Januar 2004 zwischen den Mitgliedern der Union in Kraft, die zu diesem Zeitpunkt Vertragspartei der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, Genf 1992, sind und die bis zu diesem Tage eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde bezüglich der in Marrakesch beschlossenen Änderungsurkunden hinterlegt haben. Für die übrigen Mitglieder – wie zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland – werden die Änderungen der Konstitution und der Konvention mit dem Tage der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde beim Generalsekretär der Union wirksam.

Artikel 54 der Konstitution enthält Regeln über die Verbindlichkeit der von den zuständigen weltweiten Funkkonferenzen und weltweiten Konferenzen für internationale Fernmeldedienste angenommenen Vollzugsordnungen sowie über die vorläufige und endgültige Verbindlichkeit von ihnen revidierter Vollzugsordnungen.

II. Besonderes

Die Änderungen der Konstitution und der Konvention Marrakesch (2002) betreffen vor allem folgende Punkte:

- Konstitution und Konvention sind gestrafft und an mehreren Stellen präzisiert worden. Beide Vertragswerke sind dadurch entlastet worden, dass alle Verfahrensregeln herausgezogen und in einem getrennten Regelwerk zusammengefasst worden sind (Artikel 23 bis 30 der Konvention, Artikel 32 der Konstitution).
- Für die Sektoren ist zusätzliche Flexibilität für die Arbeitsmethoden eingeführt worden. Die Arbeit kann nun neben den durch verhältnismäßig starre Regeln gebundenen Studienkommissionen auch in anderen Gruppen erledigt werden, deren Arbeitsmethoden und zu erzielende Arbeitsergebnisse den Aufgaben entsprechend festgelegt werden können (Artikel 13 der Konvention). Die Möglichkeit, Kompetenzen der Sektor-Versammlungen an die beratenden Ausschüsse im Funk-, Standardisierungs- und Entwicklungssektor zu delegieren, erlaubt es, erforderliche Anpassungen an die Umgebungsbedingungen auch im Zeitraum zwischen den vierjährigen Sektorversammlungen vorzunehmen und damit immer anforderungsgerechte Verfahren zur Verfügung zu haben (Artikel 11A, 14A und 17A der Konvention).
- Um den Haushalt der Union zu entlasten, sind die Erstattungsregeln für die Ländervertreter im Rat dahin gehend geändert worden, dass künftig nur noch die Ratsmitglieder aus Entwicklungsländern die Reisekosten für die Teilnahme an den Ratssitzungen erstattet bekommen (Artikel 4 Abs. 6 der Konvention).
- Die Verfahrensregelungen für den Funkregulierungsausschuss sind präzisiert worden, so dass eine transparente Entscheidungsfindung gewährleistet wird (Artikel 10 Abs. 2 der Konvention).

Durch die Einführung von jährlich anzupassenden Vierjahresplänen für Strategie, Betrieb und Finanzplanung werden Planungsverfahren eingeführt, die ermöglichen, den Bedarf jährlich an sich verändernde Umgebungsbedingungen anzupassen.

